

# Arbeiter

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 30. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Pleite der Polenpolitik.

Am 3. März 1908 hat Preußens Dreiklassenparlament das gegen den polnischen Grundbesitz gerichtete Expropriationsgesetz angenommen, indem es die vom Herrenhaus an der Enteignungsvorlage vorgenommenen Änderungen sans façon akzeptierte, obgleich dieses Gesetz nicht nur einen Bruch der preussischen Verfassung bedeutet, sondern auch — was für die vielfach auf usurpiertem Bauerland sitzenden Großgrundbesitzer der preussischen Ostprovinzen weit schwerer wiegt — offen den sozialdemokratischen Grundsatz proklamiert, daß, wenn das Privateigentum mit der Notwendigkeit der sozialen Entwicklung in Widerspruch gerät, es das Privateigentum ist, das weichen muß.

Seitdem sind mehr als zwei Jahre verflossen; doch das Expropriationsgesetz, das damals nach der Versicherung der Regierung die dringendste Forderung des Staatswohles war, ein Gesetz, dessen Ablehnung das preussische Vaterland in die schwersten Gefahren stürzen sollte: dieses aus Gründen der hohen Staatsräson absolut unentbehrliche Gesetz ist bisher noch immer nicht angewandt worden. Wohl steht das Gesetz fehn säuberlich auf dem Papier, aber obgleich zu den 75 437 Hektaren, die von 1896 bis 1906 in Posen und Westpreußen mehr aus deutschen in polnische Hände übergegangen sind als umgekehrt, inzwischen noch manches Stück deutschen Bodens hinzugekommen ist, findet noch immer die preussische Regierung nicht den Mut, das „absolut unentbehrliche“ Gesetz zur Anwendung zu bringen. Ja es hat trotz aller Vermehrung des polnischen Grundbesitzes sogar wieder eine gewisse Annäherung zwischen der preussischen Regierung und den sogenannten Pospolen stattgefunden. Hat doch die polnische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses für die Erhöhung der königlichen Zivilliste gestimmt.

Weshalb wird das Enteignungsgesetz nicht angewandt? Zum Teil, weil das Gesetz in seiner Grundlage ebenso verflucht ist, wie so manche anderen Gesetzgebungsprodukte, die in den letzten Jahren das preussische Dreiklassenparlament verlassen haben. Soll die Ansiedelung deutscher Bauern so betrieben werden, daß der polnische Grundbesitz tatsächlich abnimmt, dann reichen die 70 000 Hektar, auf die in dem Gesetz der Regierung ein Expropriationsrecht eingeräumt wird, bei weitem nicht aus, dann müssen der Ansiedelungskommission auf längere Zeit mindestens alljährlich 30 000 Hektar zur Verfügung gestellt werden. Doch diese Unzulänglichkeit des Polenenteignungsgesetzes ist nicht der wirkliche Grund, weshalb es nicht angewandt wird. Die eigentlichen Gründe bestehen darin, daß die Regierung es mit dem Wohlgefühlen der Konservativen, dem Zentrum, nicht verderben, sondern sich wenigstens vorläufig dessen Gunst erhalten möchte, vor allem aber in der zarten Rücksichtnahme der höheren preussischen Bureaucratie auf die Machtansprüche und die wirtschaftlichen Interessen der konservativen Großgrundbesitzer in den östlichen preussischen Landesteilen.

Die Herren Großgrundbesitzer fürchten nicht nur, daß durch die gewaltsame Enteignung des polnischen Grundbesitzes die durch die Zollpolitik und die bisherige kuföse Ansiedelungspolitik hochgetriebenen Güterpreise wieder sinken könnten; sie wollen auch von der Ansiedelung größerer deutscher Bauerngemeinden deshalb nichts wissen, weil sie befürchten, daß diese Gemeinden einen gewissen Einfluß auf die Kreisräte, Kreisbauerschüsse, Bezirksbauerschüsse erlangen und dadurch das politische Übergewicht des Großgrundbesitzes im Osten, auf dem zu einem wesentlichen Teil zugleich die herrschende Macht der Konservativen in Preußen beruht, geschwächt werden könnte. Und die Aufrechterhaltung dieser Macht erscheint ihnen von ihrem berückichtigten vaterländischen Standpunkte aus weit wichtiger, als das ganze sogenannte Staatswohl mit allem, was daran herumbammelt.

Daß es dieses Machtinteresse der Junker ist, das die ganze offizielle Ansiedelungspolitik im Osten hindert und auf falsche Bahnen leitet, gesteht selbst der als guter Kenner der polnischen Verhältnisse in der Ostmark bekannte Professor Ludwig Bernhard in der vor kurzem erschienenen zweiten Auflage seiner „Polenfrage“ zu, indem er schreibt:

„Schon seit Jahren konnte man beobachten, daß die deutschen Großgrundbesitzer mit eiferstichtiger Unruhe auf die deutschen Bauernsiedelungen, die verhärteten Kinder des Staates“, bildeten. Hierzu kamen gesellschaftliche Motive ganz eigener Art: im Gebiete des Nationalitätenkampfes sind bekanntlich viele Großgrundbesitzer isoliert und im Verkehr einigermaßen beschränkt (polnische Raubarn). Daher der lebhafteste Wunsch, den Bestand an deutschen Gütern zu vermehren, der erbitterte Widerstand gegen die Aufteilung, die oft den letzten gesellschaftlichen Zusammenhang zerreiht und dadurch die deutschen Raubargüter insanken bringt. Wohl spottet man gelegentlich über das gesellschaftliche Motiv, das „Stimmotiv“, aber seine Wirkung darf man nicht unterschätzen. Vermehrt wird die Sorge um die Erhaltung des deutschen Großgrundbesitzes dadurch, daß die heute noch in der Provinz Posen geltende ständische Verfassung einen starken Großgrundbesitz erforderlich macht, um den Polen in den Kreisräten, auf den Kreisbauerschüssen, Bezirksbauerschüssen und dem Provinziallandtag die Waage zu halten. Daher stehen die polnischen Beamten in Posen, insbesondere die Landräte, auf Seiten des Großgrundbesitzes und verlangen gemeinsam mit den Besitzern die Schaffung sogenannter

„Ressort“, um der ständischen Verwaltung „das deutsche Gesicht zu wahren“, wie die Phrase lautet. Natürlich weiß man ganz genau, daß sich die Kreis- und Provinzialverwaltung auch ohne Ressortgüter deutsch erhalten läßt. Einfach dadurch, daß man es königlicher Verordnung überläßt, den Ansiedelungsgemeinden geeignetenfalls das Vorkaufsrecht der aufgeteilten Rittergüter zu übertragen. Jedoch der Großgrundbesitz ist wenig geneigt, solch Zugeständnis zu machen, denn stärker als der nationale Instinkt ist die politische Ueberzeugung, daß die heute in Preußen herrschende Gewalt der Konservativen auf dem unangefasteten Großgrundbesitz beruht. Und man wird die Tragweite des Wortes ermessen: „Wir wollen nicht, daß man unter dem Vorwande des Nationalitätenkampfes dem deutschen Großgrundbesitz im Osten zu Leibe geht.“

Das Eingeständnis ist recht amüsan. Also erstens wollen die preussischen Junker nicht, daß man die polnischen Adligen von ihren Gütern vertriebt, damit sie Nachbarn behalten, mit denen sie bei gutem Willen Stat dreschen können, und zweitens möchten sie in den Kreis- und Provinzialräten, den Bezirksbauerschüssen usw. gerne ihre Uebermacht behalten. Zwar ließe sich, wo in diesen ständischen Körperschaften die Polen Aussicht haben, eine Majorität zu erlangen, die Gefahr leicht dadurch beseitigen, daß den deutschen Ansiedelungsgemeinden das Vorkaufsrecht der aufgeteilten Rittergüter übertragen würde; aber dann könnten möglicherweise die Bauern nach und nach politischen Einfluß auf die genannten ständischen Körperschaften erlangen. Das darf nicht sein! So weit reicht die junkerliche Vaterlandsliebe nicht. Eher mag die ganze Polenpolitik zum Teufel gehen.

Und die preussische Regierung als geschäftlicher Ausschuss des preussischen Junkertums respektiert gehorsam diese Machtansprüche des ostelbischen Junkertums und verlegt sich deshalb in weiser Beschränkung darauf, hin und wieder einen polnischen Agitator einzusperrn, Volksschullehrer, die polnisch wählten, nach abgelegenen Gegenden zu versetzen, polnische Eltern, die ihre Kinder aus der deutschen Schule fernhielten, mit Geldstrafen zu belegen oder die Redakteure polnischer Blätter wegen Beamtenebeidigung zu verklagen. Solche Nadelstichpolitik soll den preussischen Staat retten und, wie die schöne Phrase heißt, das Deutschtum aus der polnischen Umklammerung erlösen. Kein Wunder, daß trotz der mehr als dreihundert Millionen Mark, die auf Kosten der preussischen Steuerzahler schon verpulvert sind, die Polen stetig an Terrain gewinnen. Der einzige Erfolg besteht darin, daß die Preise der ländlichen Grundstücke in der sogenannten Ostmark enorm in die Höhe getrieben worden sind und nicht wenige der verschuldeten konservativen Patrioten beim Verkauf ihrer Besitzungen an die Ansiedelungskommission Preise erzielten, die sie sonst in keinem Fall erhalten hätten. Wollte die Kommission nicht die verlangten hohen Summen bewilligen, dann drohten die patriotischen Herren einfach damit, ihr Land an Polen zu verkaufen, und des edlen vaterländischen Zweckes wegen zahlte schließlich die Kommission, was verlangt wurde.

Wir sind von vornherein entschiedene Gegner des Polenenteignungsgesetzes gewesen, und halten dieses Gesetz wie die gesamte Polenpolitik der Regierung für völlig verfehlt; aber nützlich ist es immerhin, zu konstatieren, daß an dem Fehlschlagen dieser Politik das rohe Macht- und Gewinninteresse der Junker einen wesentlichen Anteil hat und daß das Geschwätz von Vaterlandsliebe, Staatswohl und Opferwilligkeit, mit dem das Enteignungsgesetz von den Konservativen im preussischen Landtage befürwortet worden ist, nichts als verlogenes Lament war.

#### Von der Kampforganisation der Bergherren.

Ueber seine Ende Mai abgehaltene Generalversammlung hat der Bergverband nur ganz kurze Mitteilungen in die Presse gelangen lassen. Es lohnt sich deshalb, nachdem jetzt das Protokoll der Verhandlungen vorliegt, darauf zurückzukommen. Es ist selbstverständlich, daß die Bergherren die Vorsicht gebrauchten, in ihrer offiziellen Generalversammlung nur bestimmte Materien und diese in einer Weise zu behandeln, die das Risiko einer ev. Veröffentlichung nicht allzu groß erscheinen läßt. Trotzdem bietet auch der offizielle Bericht interessantes Material.

Die Zusammenkunft der Generalversammlung ist ein Beweis dafür, wie die Grubengewaltigen es verstehen, ihre Schanzmachereinsparungen in die Kreise der staatlichen Bureaucratie hineinzutragen. Als Gäste waren in der Generalversammlung anwesend elf Beamte des Oberbergamts Dortmund, Berghauptmänner, Berg- und Oberbergleute, acht Herren von den Eisenbahndirektionen Essen, Elberfeld und Münster, drei Herren von der königlichen Regierung in Münster resp. der königlichen Kanalbauverwaltung in Essen, die drei Polizeipräsidenten von Essen, Gelsenkirchen und Bochum, die Oberbürgermeister von Essen und Gelsenkirchen; ferner die Leiter der Bergschule in Bochum und des Instituts für Hygiene und Bakteriologie in Gelsenkirchen. Außerdem nahmen teil Herr Vued von Zentralverband der Industriellen und der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände sowie Vertreter der Anapptischberufsgenossenschaft, des Kohlenhandels und anderer Interessentenverbände. Fehn Herren von der Geschäftsführung des Bergverbandes sind als Teilnehmer im Protokoll vermerkt, acht von ihnen sind Bergassessoren. Unter den Vertretern der 67 Bergbauwerke befanden sich sechshundertzweiundzwanzig Herren, die Bergrat, Bergmeister, Berginspek-

toren oder Bergassessoren waren. Es ist also ganz erklärlich, wenn die staatliche Bureaucratie ganz vom Geist der Zechenschanzmacher erfüllt ist, ganz erklärlich, daß im vorigen Jahr die „Aufklärungen“ des Zechenverbandes genügen, dem preussischen Bergwerksminister die Ueberzeugung beizubringen, daß der Zwangsarbeitsnachweis eine für die Bergarbeiter segensreiche Einrichtung sei.

Der Rechnungsbericht pro 1909 sowie der Voranschlag für 1910 sind nicht ohne Interesse. 1909 weist eine Ausgabe von rund 52 000 M. auf, darunter „für besondere Zwecke zur Verfügung des Vorstandes“ 11 482,20 M. Im Voranschlag für 1910 erscheinen 40 000 M. für Gehälter, 21 000 M. für Miete, Reisen und Verwaltungsmaterial, außerdem „40 000 M. für besondere Zwecke zur Verfügung des Vorstandes“ und 88 500 Mark für Sonstiges.

Also 76 500 M., mehr als die gesamten sonstigen Unkosten, will der Zechenverband für besondere Zwecke interner Art ausgeben. Es ist bekannt, daß der Zechenverband die bürgerliche Presse in seinem Sinne informiert und ausdrücklich darum ersucht, die „Quelle“ nicht zu nennen. Daß die Verlage der Zeitungen für ihre Liebenswürdigkeit in irgend einer Form belohnt werden, ist zwar nicht nachzuweisen, aber anzunehmen. Wofür die 76 500 M. Verwendung finden sollen, liegt danach fast auf der Hand. Für den Arbeitsnachweis direkt wird die Summe jedenfalls nicht gebraucht, denn sowohl die Einrichtungskosten der Nachweisstellen mit 76 680 M. wie die laufenden Unkosten von zirka 125 000 M. werden besonders umgelegt.

Der Arbeitsnachweis beschäftigte die Generalversammlung nicht lange. Sie ließ sich lediglich von dem Leiter desselben, Bergassessor Arach, einen kurzen Bericht erstatten. Herr Arach wiederholte noch mal all die bekannten Phrasen, mit denen die Schanzmacher ihren Zwangsarbeitsnachweis rechtfertigen und stützte der Regierung, den Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen den Dank ab für die „glatte Abgabe“, die sie den Bergleuten in Sachen des Arbeitsnachweises erteilt hätten. Die Ausführungen von Theologen wie Kaumann und Fleisch sind Herrn Arach nur ein Beweis dafür, „wie weit die Verkennung der wirklichen Verhältnisse und die Mißachtung des Arbeitgeberstandpunktes bei derartigen philanthropischen Doktrinen geht“. Daß Herr Arach die der Wahrheit widersprechende Behauptung wiederholte, es sei in keinem Falle nachgewiesen, daß ein kontraktbrüchiger Vergemann zu Unrecht auf die schwarze Liste gesetzt worden, sei nur nebenhin erwähnt.

Wichtiger wie alles andere scheint den Herren im Zechenverband die Frage der Tarifverträge zu sein, ein Beweis, wie hoch sie diese „Gefahr“ einschätzen. Bergassessor v. Loewensteins Geschäftsbericht drehte sich nur um diese Frage, er bezeichnete als besonders wichtig die Aufgabe des Zechenverbandes, „das Augenmerk auf die wirtschaftlichen und politischen Interessenorganisation der Arbeiter, die gewerkschaftlichen Verbindungen mit ihrer neuzeitlichen, tief in unser gesamtes wirtschaftliches Leben einschneidenden Betätigung zu richten, namentlich schon um deswillen, um die mannigfache, stets wechselnde, sich alle Neuerungen auch auf gesetzgeberischem Gebiet anpassende Taktik der führenden Kreise der Arbeiterverbände bezw. Gewerkschaften rechtzeitig zu erkennen und daraus die nötigen Lehren zu ziehen.“

Ganz im Sinne des Dr. Tille malte dann Herr v. Loewenstein ein schauerliches Bild, wohin man mit den Tarifverträgen kommen würde. Als „verhältnismäßig harmlos“ erschienen dem Herrn v. Loewenstein noch diejenigen, die den Tarifvertrag „nur als Lohnschraube“ benutzen wollen.

„Weniger harmlos ist aber die unheilvolle Verquickung der Tarifvertragsidee mit den Theorien des Gewerkschaftswesens, mit denen des extremen Sozialismus: planmäßige Verminderung des Angebots von Arbeitskräften, planmäßige Herabsetzung der persönlichen Arbeitsleistung bei gesteigertem Einkommen, Risikoverlagerung der Arbeitsleistung, indem man den starken, fleißigen, befähigten Arbeiter auf das Niveau des ungeschickten, unfähigsten Arbeiters herabdrückt, Abschaffung arbeitssparender Maschinen usw., wie schließlich das Endziel die Einführung der konstitutionellen Arbeitsverfassung, in der der Arbeiter nicht nur Kraft der Gesetze, sondern Kraft seiner Organisation und der von ihr genehmigten Tarifverträge das Mitbestimmungsrecht besitzt.“

Die Buchdruckerarbeitsgemeinschaft sei ein Beweis, wie groß die Gefahr sei. Mit ihrer Hilfe sei der sozialdemokratische Aufsaugungsprozess unter den Buchdruckern raslos vorwärts geschritten, der neutrale Buchdruckerverband völlig ins sozialdemokratische Fahrwasser eingeschwenkt, viele Arbeitgeber mühten aus Not um ihre Existenz dem sozialdemokratischen Verband und seinen Führern Gefolgschaft leisten und man müsse ernsthaft mit der Gefahr rechnen, „daß in nicht mehr entfernter Zukunft das Monopol des Buchdruckgewerbes vollkommen in den Händen der Sozialdemokratie ruht.“ An anderer Stelle nannte Herr v. Loewenstein den „Korrespondent“ ein „sozialistisches Organ der Buchdrucker“! Auch Schweden und England mühten herhalten, um zu beweisen, daß Tarifverträge weder vor wirtschaftlichen Kämpfen schützen, noch die Arbeiter materiell wesentlich besser stellen. Die Versuche, Tarifverträge im Bergbau einzuführen oder das Tarifvertragswesen gesetzlich zu regeln, mühten deshalb energisch belämpft werden. Und

„sollte das von der Reichsregierung in Aussicht gestellte Gesetz kommen, ein Gesetz, das den Tarifvertragsbruch unmöglich macht oder wenigstens mit sehr hohen Strafen belegt, ein Gesetz, das Schadenersatzforderungen an die Zentralgewerkschaften zuläßt, ein Gesetz, das die sozialdemokratische Propaganda auf der Betriebsstätte verbietet und den führenden Kreisen der Sozialdemokratie keine Handhabe mehr gibt, die sozialistischen Ideen in die

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengebote und Schlussstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.



Praxis umzusetzen, in demselben Moment wird die Sozialdemokratie auf den Tarifvertrag pfeifen und das heibersehnte Friedensinstrument hängt wieder in der Luft."

Nach diesen Auslassungen erscheint es ja nicht unmöglich, daß die Scharfmacher nächstens als beste Belämpfung der Tarifverträge ein „Gesetz zum Schutz der Tarifverträge“ empfehlen!

## Indien und die Engländer.

London, 27. Juli. (Fig. Ver.) Zwei Seelen wohnen in der Brust des Herrn Montagu, des Unterstaatssekretärs für Indien, der gestern die Debatte über das indische Budget im Unterhause einleitete. Die eine Seele möchte es mit den liberalen Ideen nicht verderben, die andere wiederum möchte gern den Ansichten und Vorurteilen der liberalen und konservativen Politiker Rechnung tragen, die in Indien fette Posten ergattert haben und die alle Reformbestrebungen des indischen Volkes als den gefährlichsten Hochverrat denunzieren. So kommt es denn, daß der Unterstaatssekretär auf der einen Seite zugibt, daß die Bewegung in Indien berechtigt, ja unvermeidlich ist, auf der anderen Seite jedoch das Knebelungsgesetz gegen die Presse gutheißt und schärfere Maßregeln gegen eine vermeintliche Verschwörung fordert.

Aber wie lächerlich sind doch die Mittel, die der Unterstaatssekretär anwendete, um bei seinen Zuhörern eine gruselige Stimmung zu erzeugen. Er verlas zum Beispiel folgendes Schreiben, das vor kurzem in Bengalen verbreitet worden sein soll und sich wie die Stillübung eines Schuljungen liest, der Indianerhäuptling spielt:

„Werte Leser! Wir erscheinen an diesem Zeitpunkt, weil die Lage von äußerster Wichtigkeit ist. Laßt Euch nicht durch falsche Hoffnungen und zeitweilige Konzessionen irreleiten. Laßt Euch nicht durch Beschwichtigungsmaßregeln der Regierung bestechen und laßt Euch nicht von Eurem Pfad scheuchen. Opfert weisses Blut, Anermischung und rein, auf dem Altar der Freiheit. Die Gebeine der Märtyrer schreien nach Rache. Ihr werdet Verräter an Eurem Vaterlande sein, wenn Ihr dem Rufe nicht Folge leistet. Ermordet die Weissen ohne Unterschied, ob Männer, Frauen oder Kinder, und Ihr werdet keine Sünde begehen. Wir werden wieder erscheinen mit mehr Einzelheiten.“

Die Redaktion.

Europa wird dem zweiten Erscheinen dieses fürchterlichen Schriftstückes mit Spannung entgegensehen. Aber bitte, etwas mehr Rücksicht zu nehmen auf unsere Intelligenz, Herr Politziagent.

Die lange Rede Herrn Montagus, die sich wegen ihrer Reichhaltigkeit schlecht resumieren läßt, klang mit einem Lob auf die Verwaltung Indiens während der letzten fünf Jahre der liberalen Kera in Großbritannien aus. Er bemerkte, daß in diesem Zeitraum die Steuerlast Indiens um mehr als drei Millionen Pfund Sterling verringert, daß die Hungersnot bekämpft und die Grenze verteidigt worden sei. Die Arbeitsbedingungen in den Fabriken, die sanitären Zustände und die Lückhaftigkeit der Polizei seien gehoben worden. Der Sold der einheimischen Armee sei vermehrt und die Beziehungen zu den indischen Staaten gebessert worden. Liberale Reformen hätten der gebildeten Klasse ein weites Feld eröffnet, auf dem sie an der Regierung des Landes mitarbeiten könnten. Das sei ein schönes Zeugnis.

Der linksliberale Wedgwood, der der Arbeiterpartei nahe steht, wartete mit der Kehre der Medaille auf. Er setzte dem Gegenstand des verhänglichen Frage, ob denn auch gegen die englische Presse in Indien das Pressegesetz zur Anwendung kommen soll. In Kalkutta erscheine täglich eine Zeitung, die sich „The Englishman“ nenne. Sie veröffentliche tagtäglich die beleidigendsten, aufreizendsten, ungerechtesten und ungereimtesten Dinge über die eingeborenen Indier. Die Zeitung scheine ein wahres Vergnügen daran zu haben, die Eingeborenen zu beunruhigen; wo immer sich eine Gelegenheit biete, verleumde sie die Indier und reize sie zur Wut. Keir Gardie bemerkte in treffender Weise, daß sich alle die Unterdrückungsmaßregeln gegen die Schichten der indischen Bevölkerung richteten, deren Unterstützung die Regierung gerade suchen sollte, gegen die mittleren gebildeten Volksschichten, die in der Presse die Bestrebungen des indischen Volkes zum Ausdruck bringen könnten.

Am interessantesten waren jedoch die Ausführungen des oben erwähnten Parlamentsmitgliedes Wedgwood. Dieser hatte folgende Resolution gestellt: „Während dieses Haus irgend welche Sympathie mit politischen Verbrechen oder Agitationsmethoden, die geeignet sind, zu solchen Verbrechen zu führen, leugnet, beklagt es die Einführung und Handhabung beschränkender Gesetze, besonders der Gesetze über die Presse und Versammlungsfreiheit.“ Der Antrag wurde mit 277 gegen 48 Stimmen verworfen. Der Unterstaatssekretär hatte sich in seiner Rede in überaus scharfen Worten gegen ein früheres Parlamentsmitglied ausgesprochen, der eine Broschüre gegen die indische Polizei herausgegeben hat. Herr Wedgwood bemerkte hierzu, daß es die autoritative Regierung sei, die eine schlechte Polizei schaffe. Die indischen Prinzen im Rate des Vizekönigs hielten die Gewaltmaßnahmen gegen das Volk willkommen, da sie sowohl als auch die Regierung dadurch von der Kritik verschont blieben. Der Maharajah von Burdwan sei sogar soweit gegangen, daß er Keir Gardie als einen Kuli bezeichnet habe. Er frage: Wollen wir wirklich, daß Indien einmal frei sei und sich selbst regiere oder wollen wir es nicht? Wenn nicht, so möge man doch all das gleisnerische Gerede fallen lassen und es frei aussprechen. Wenn ja, so solle man frei und offen sein und dem indischen Volke sagen, daß man jene Lösung erstrebe. Man solle dann seine Pläne danach einrichten und ohne Schwanken dabei bleiben. Eine löbliche Satire auf seinen Parteigenossen Lord Morley, den Staatssekretär für Indien, leistete sich Herr Wedgwood, indem er die Worte und die Latenz dieses Ministers — Gladstones „honest John“ — gegenüberstellte. Lord Morley sagte noch vor achtzehn Monaten im Oberhause: „Nehmen wir an, daß sie die Pressefreiheit abschaffen oder suspendieren; das wird der Sache kein Ende bereiten. Sie werden die Schulen und Universitäten schließen müssen; denn was würde es nützen, die Zeitungen

zu unterdrücken, wenn man die Schulen und Universitäten nicht schließt? Auch wird das nicht alles sein. Sie werden das Drucken unerlaubter Bücher verbieten müssen. Der Besitz eines Exemplars von Milton, Burke oder Macaulay oder der Reden Brights und der ganzen glänzenden Phalanx der Schriftsteller und Redner, die der Ruhm unserer großen, unserer edlen englischen Zunge sind, wird nach dieser sonderbaren und finsternen Regierungsidee dem Besitze einer Bombe gleichkommen und wir werden die Einführung eines Gesetzes gegen explosive Bücher anzuordnen haben. All dieses nebst seinen verschiedenen Folgerungen und Zusätzen bildet, wenn man will, eine Politik. Aber nachdem eine solche Politik ein stimmtes, trotziges, gebundenes und lebloses Indien erzeugt hätte, könnten wir dieses Indien kaum noch wie jetzt das schönste Juwel der Reichskrone nennen.“

Es hiesse Gold vergolden, wenn man dieser Schilderung des Unterstaatssekretärs zwischen liberalen Taten und Worten auch nur ein Jota hinzufügte.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juli 1910.

### Wahlsieg in Württemberg.

Unsere württembergischen Genossen haben in Belzheim einen schönen Wahlsieg davongetragen. Bei der Erziehung um das bisher von dem Nationalliberalen Sieber vertretene Landtagsmandat erhielt die Sozialdemokratie am 15. Juli d. J. 1000 Stimmen, während es die Freisinnigen auf 770, die Nationalliberalen auf 597, die Landwirtschaftsbündler auf 602 und die Ultramontanen auf 94 Stimmen brachten.

Da bei den Stichwahlen in Württemberg die einfache Majorität ausschlaggebend ist, hoffte der Freisinn, mit Hilfe der Nationalliberalen zu siegen. Satten doch die Liberalen bei der Hauptwahl zusammen 1367 Stimmen gegenüber den 1000 sozialdemokratischen Stimmen aufgebracht.

Trotzdem trug die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg davon. Sie brachte es bei der Stichwahl auf 1448 Stimmen, während die vereinigten Liberalen sich mit 1200 Stimmen begnügen mußten. Der bündlerische Kandidat erhielt 1079 Stimmen.

Bei der Stichwahl wurden also insgesamt 3727 Stimmen abgegeben, gegenüber 3063 Stimmen bei der Hauptwahl. Von diesem Mehr an Stimmen entfiel der größte Teil auf den sozialdemokratischen Kandidaten, sodas er trotz des Zusammengehens des Freisinn und der Nationalliberalen mit starker Mehrheit gewählt wurde!

Wir betrachten diesen Wahlsieg als glückliches Omen für die Reichstagswahlwahl in Kannstatt-Ludwigsburg. Auch dort hoffen wir einen Sozialdemokraten als Erben des Sieber'schen Mandats begrüßen zu können!

### Stichwahltaktik.

Es gibt noch immer freisinnige Helden, denen es davor graut, daß ihre Wähler endlich einzusehen beginnen, daß es nur die Reaktion unterstützen heißt, wenn sie bei der Stichwahl aus Angst vor der Sozialdemokratie einem Schnapsblodbruder ihre Stimmen geben. Diese Leute suchen jetzt Verwirrung zu stiften, indem sie der Frage ihres Verhaltens bei den Stichwahlen sorgsam aus dem Wege gehen und dafür um so eifriger vom „Großblod“ reden, für den die Sozialdemokratie doch nicht zu haben sei. Die Herren spielen sich plötzlich auf die Alles-oder-Nichts-Politik hinaus und verlangen von der Sozialdemokratie alle möglichen Prinzipienopfer, wofür sie dann so gnädig sein wollten, sich ihre Unterstützung zu überlegen. Daß diese Taktik des Herumdübelns um die einzig praktische und politische bedeutsame Frage durch das Großblodgerede nur unterstügt wird, hat auch das „Verl. Tagebl.“ bemerkt und es wirft heute der „Voss. Jtg.“ vor, die Großblodidee nur dazu benutzen zu wollen, jene „einzige verständige Stichwahltaktik zu vereiteln, die manche kleinlichen Klienteninteressen störe“. So weit, so gut. Aber das „Verl. Tagebl.“ kommt wieder mit dem alten Ladenaüter, daß wir der Reaktion durch unsere radikale Haltung in die Hände arbeiten. Darauf muß in aller Gelassenheit erwidert werden, daß das, was das „Verl. Tagebl.“ als „radikale Haltung“ zu bezeichnen beliebt, nichts anderes ist als sozialdemokratische Haltung. Wir können nur mit aller Bestimmtheit wiederholen: daß die Liberalen in der Stichwahl gegen die Reaktion stimmen, ist ihr eigenes Parteinteresse. Tun sie es nicht, so beschleunigen sie höchstens den Uebertritt ihrer Wähler zur Sozialdemokratie als der einzigen Partei, die im Kampf gegen die Reaktion feststeht.

Für die Sozialdemokratie besteht nicht der geringste Grund, ihre Taktik oder gar ihre Ziele irgendwie zu ändern. Wir bleiben dieselben, an den Liberalen wird es sein zu zeigen, wie weit ihr Liberalismus der Angst vor der roten Flut standhält.

### Beamten-Revolte.

Von einer weit verbreiteten Mißstimmung unter den Kanzlei-Beamten des Reichsamts des Innern weiß der „Verl. Lokalanz.“ zu berichten. Bei der im vorigen Jahre gewährten Gehaltsaufbesserung ist das Gehalt dieser Beamten nur von 3000 auf 3200 M. erhöht worden, während zum Beispiel den Postbeamten 3300 M. zugeflossen wurden. Als Ersatz verweise die Regierung die Kanzlei-Beamten auf Nebenverdienst durch Ueberstunden. Nun ist ihnen durch die neue Kanzleiverordnung des Reichsfinanzamts auch diese Einnahme erheblich vermindert worden. Die Verordnung verlangt von den Kanzlei-Beamten eine um ein Drittel erhöhte Arbeitsleistung und setzt für die Ueberstunden folgende Preise fest: Für die Seite zu 24 Zeilen mit mindestens je 13 Silben 10 Pf. Das macht für die Stunde nicht mehr als 40 Pf., gegenüber 70 Pf. nach den alten Bedingungen.

Die Beamten erklärten diese Bezahlung für unzulässig und weigerten sich, Ueberstunden zu machen. Die Folge davon ist, daß im Patentamt, Reichsversicherungsamt, Gesundheitsamt, Statistisches Amt, der physikalisch-technischen Reichsanstalt und der Normal-Eichungskommission Laufende von unerledigten Schriftstücken seit Wochen in den Büchern liegen. Im Reichsversicherungsamt sind es allein weit über 2000 solcher Akten.

Nach Ablauf dieser 14 Tage verfuhr das Reichsamt des Innern die Kanzlei-Beamten durch einen Kanzleischreiber zu bewegen, nun wieder dauernd Ueberstunden zu machen, aber zu dem herabgesetzten Preise. Um sie zu überreden, gab er ihnen gewisse-mäßen den „Tip“, sie sollten angeben, daß zu kopierende Original wäre zu schlecht geschrieben, oder sie hätten Nacht- oder Sonntagarbeit verrichtet, Umstände, die besonders bewertet werden. Die Entscheidung über die Frage, ob tatsächlich schlechte Schrift bzw. die Notwendigkeit zur Nacht- und Sonntagarbeit vorgelegen hätte, sollte dem Bureauvorsteher zustehen!

Ein kleiner Teil der Beamten ist auf diesen Vorschlag des Reichsamts des Innern eingegangen und macht nun wieder Ueberstunden; die anderen Beamten weisen ihn zurück, sie wollen ihr Geld nicht

von Fall zu Fall durch Willkür zugebilligt erhalten, sondern verlangen eine humane gesetzliche Regelung.

Diese im Interesse der betroffenen Beamten und der Aktenadressaten höchst unerquidlichen Zustände herrschen nun schon seit mehr als vier Wochen.

### Ein Verwaltungs-Jdyll.

Ein klassisches Beispiel dafür, wie nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Linksliberalen in Hinterpommern behandelt werden, liefert ein Bericht der „Frankfurter Zeitung“ über eine liberale Wahlversammlung im Dorfe Nordeschagen (Wahlkreis Stolberg-Köslin), wo der Kandidat der Liberalen, Rektor Judo (Kölsberg) zu sprechen gedachte. Der Gastwirt des Ortes, der anfangs sein Lokal zugesagt hatte, wurde plötzlich anderen Sinnes. Er verweigerte das Lokal, angeblich weil er nicht rechtzeitig verständigt worden sei. Daß dann aber unangemeldet am gleichen Abend in demselben Lokal eine konservative Versammlung abgehalten wurde, daß der Amtsvorsteher, Rittergutsbesitzer von Blankenburg (Strippow) nicht die geringsten Schwierigkeiten machte, nimmt nicht weiter wunder. Da der Nordeschagener Saal nun abfolot nicht zu erhalten war, beschloß man, die Versammlung unter freiem Himmel oder bei ungünstiger Witterung in der Werkstatt eines Drechslermeisters abzuhalten. Der Parteisekretär der Liberalen begab sich zum Amtsvorsteher v. Blankenburg, um die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung einzuholen. Der Amtsvorsteher war nicht anwesend, ein Diener eröffnete dem Parteisekretär, daß er sich am „Amistage“ einzufinden habe. Auf einen schriftlichen Antrag erhielt der Parteisekretär folgendes, vom Herrn Dr. jur. und phil. v. Blankenburg in wunderbarem Deutsch abgefaßte Schreiben zugesandt:

Strippow, 20. Juli 1910.

Herrn Franz Rizo

in Köslin, Karlstraße 24.

Auf Ihr Schreiben vom 10. 7. 10 teile ich mit, daß ich die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen politischen Versammlung im Hofraum des Drechslermeisters Jd. Nordeschagen nicht erteile, da dieser Raum wegen der benachbarten Strohdächer wegen Feuergefahr durch das Rauchen der eventuellen Besucher ungeeignet ist, gleichzeitig auch in der Gegend eine Diphtherieepidemie herrscht, welche vorläufig Abhaltung von Versammlungen jeder Art im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt verbietet.

Der Amtsvorsteher

v. Blankenburg-Strippow, Dr. jur.

Von der „Diphtherie-Epidemie“ hatte allerdings niemand eine Ahnung, auch nicht das Landratsamt in Köslin, denn auf Beschwerde der Liberalen wurde das Verbot des Amtsvorstehers durch den Kösliner Landrat aufgehoben! Die Versammlung fand denn auch statt und war von circa 150 Dorfbewohnern besucht.

Es ist sicherlich anerkennenswert von dem Kösliner Landrat, daß er das Verbot aufgehoben hat; er würde sich aber um die deutsche Sprache verdient gemacht haben, wenn er dem Herrn Amtsvorsteher zugleich ein Fremdwörterbuch und das bekannte Wulfsmannsche Wächlein „Allerhand Sprachsummenheiten“ hätte überreichen lassen.

### Reichsverbandarbeit.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie beginnt allmählich einzusehen, daß seine bisherige Firma an Jugkraft eingeehrt hat. Er betreibt seine „Belämpfung“ der Sozialdemokratie deshalb in neuerer Zeit mit Vorliebe unter der Firma „Aus-schuh zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine“.

Dieser „Förderungs-ausschuh“ hat kürzlich einen öffentlichen Aufruf erlassen mit der Bitte, ihm die „Erfüllung seiner dringenden nationalen Aufgaben“ durch Einwendung von Beiträgen zu ermöglichen, dem er jetzt Geldgesuche an solche Einzelpersonen folgen läßt, von denen er annimmt, daß er sie seinen Wünschen geneigt machen könnte. Den Aufforderungen sind umfangreiche gedruckte Ausführungen beigegeben, in denen dargelegt wird, wie sich der Ausschuh die Erledigung seiner dringenden nationalen Aufgaben denkt. Die Verbeirakt der nationalen Arbeitervereine soll vor allem dadurch gestärkt werden, daß es ihnen ermöglicht wird, ihren Mitgliedern und deren Familien mindestens die gleichen Vorteile jeder Art zu bieten, wie die ähnlichen sozialdemokratischen Organisationen. Der Förderungs-ausschuh hält einen Arbeiterverein für lebensfähig in Betrieben mit mindestens 100, besser noch 200 Arbeitern. Er rechnet mit einem Rekrutierungsgebiet von 7-8 Millionen Arbeitern für vaterländische Arbeitervereine. Im Deutschen Reich gäbe es rund 22 Millionen Arbeiter, die mit ihren Familien bereits die Mehrheit des Volkes bilden, was ein Beweis für die Wichtigkeit der Arbeiterfrage, sowie für die Bedeutung und Dringlichkeit der Aufgaben des Förderungs-ausschusses sei.

Recht interessant ist das von dem Herrn Generalmajor a. D. v. Loebell, dem Vorsitzenden des Förderungs-ausschusses, höchst eigenhändig unterzeichnete, mit Schreibmaschine angefertigte Begleichschreiben. Es heißt darin:

„Ev. Hochwohlgeborenen beehre ich mich, inliegend unseren Aufruf mit der ergebenen Bitte um gütige Bewilligung eines Beitrages zu überreichen.“

Zur Feststellung eines genauen Arbeitsplanes, wozu u. a. die dringend notwendige Anstellung nationaler Arbeitersekretäre, sowie der Ausbau der nationalen Arbeiterpresse gehören, ist es für uns von größtem Wert, wenn uns Ihr gütiger Beitrag gleich für einige Jahre zugesichert wird.

Der Erfolg unserer Tätigkeit hängt wesentlich von der Höhe unserer Mittel ab, da die Sozialdemokratie über große Nachmittell verfügt. Ihre Jahreseinnahmen betragen mehr als 60 Millionen Mark. Annähernd 200 politische und gewerkschaftliche Blätter neben Millionen von Flugblättern predigen den Massenhaß. 260 Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen wirken als Werbeburau. Die Agitation wird geleitet von 48 Reichstagsabgeordneten, etwa 150 Landtagsabgeordneten und fast 7500 Mitgliedern deutscher Gemeindevereine. In den Angestellten der Krankenkassen, der Konsumvereine, der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stehen der Sozialdemokratie zehntausende von Agitatoren zur Verfügung. Wir erhoffen daher von Ihrer patriotischen Opferwilligkeit eine wirksame Unterstützung unserer nationalen Aufgaben.“

So anschaulich der Förderungs-ausschuh die Größe der Macht der Sozialdemokratie und damit die Größe der „sozialdemokratischen Gefahr“ auszumalen weiß, so wenig wird sein Appell an die patriotische Opferwilligkeit den Erfolg haben, den sich der Ausschuh wünscht. Gibt es doch schon gar zu viele Leute, die von der Unterstützung reichsverbändlerischer Vereirungen nicht, wie der Förderungs-ausschuh in Aussicht stellt, eine Gesundung unserer inneren politischen Verhältnisse erhoffen, sondern vielmehr davon eine Vergiftung unseres politischen Lebens befürchten.

### Dr. Pichler und das freie Versammlungsrecht der Beamten.

München, 27. Juli. (Fig. Ver.)

Ein Ereignis im bayerischen Landtag: eine geheime Sitzung. Wie nicht anders zu erwarten, bringen die Zeitungen bereits ausführliche Berichte über diese „geheimen“ Sitzung, gegen deren Abhaltung die sozialdemokratische Fraktion von vornherein protestiert hat. Der Anlaß zu dieser geheimen Sitzung war recht geringfügiger Art: die Wahl eines Landtagsarchivars.



Interessant waren die Begleitumstände dieser Wahl. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte sich gegen den vorgeschlagenen Kandidaten, einen Bezirksamtmann, weil dieser früher Beamter und Bediensteter, die einer sozialdemokratischen Versammlung antwohnten, bei dem Ministerium zur Anzeige brachte.

Nun versuchte der Zentrumsführer Dr. Pichler das Vorgehen des Bezirksamtmannes zu rechtfertigen und führte aus, daß er der Meinung sei, daß der Beamte auch ohne Auftrag des Ministers nur seine Pflicht getan habe. Staatlichen Beamten und Bediensteten könne es nicht gestattet werden, an sozialdemokratischen Versammlungen teilzunehmen.

Diese Ausführungen des kulturell reaktionärsten Zentrumsführers riefen auf den Bänken der Sozialdemokraten einen Sturm der Entrüstung hervor, wie er wohl noch selten im bayerischen Parlament zu beobachten war. Es ist bezeichnend für die schlimme Situation des Zentrums auch in Bayern, daß es seine Zusucht schon zu den verwerflichsten Mitteln des Terrorismus und der Vergewaltigung der staatlichen Bediensteten nehmen zu müssen glaubt. Wie sagte der Bischof Venke? Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.

### Ein „brauchbarer und muster-gültiger“ Vorgesetzter!

Eine unglaubliche Soldatenquälerlei leistete sich der Unteroffizier Trenkner vom 64. Art.-Rgt. in Pirna, der sich wegen Mißhandlung eines Untergeordneten und Annäherung einer Befehlshaberin vor dem Dresdener Oberkriegsgericht zu verantworten hatte. Die Mannschaften des genannten Regiments waren am Sonntag, den 8. Mai, mit dem Reinigen des Stalles beschäftigt. Der Angeklagte bemerkte dabei, daß der Fahrer Weigand zwischen dem Mist, den er herausgeschaffte, einige Halms gutes Stroh hatte. Das darf nicht vorkommen, in solchen Kleinigkeiten ist unser „porzomer“ Militarismus sehr hausälterisch! Eine Anzahl Soldaten hatten schon den Befehl erhalten, aus dem auf dem Hofe liegenden Dünghaufen die guten Strohhälme herauszulesen! Auch Weigand wurde vom Angeklagten dazu befohlen. Dieser Auforderung soll der Soldat angeblich nicht schnell genug nachgekommen sein. Der Angeklagte ließ den Soldaten zur Strafe dafür an dem warmen Tage auf dem Kaiserhofe Lauffschritt machen. Trotzdem W. dadurch sehr erschöpft war, mußte er noch längere Zeit Kniebeugen mit Armerollen machen! Dann wurde nochmals Lauffschritt kommandiert! Nach dieser Quälerlei erhielt W. noch den Befehl, an den Dünghaufen zu treten und Stroh herauszulesen! Der Soldat war ganz erschöpft und hatte heftiges Seitenstechen, weshalb er zum Unteroffizier sagte: „Ich kann nicht mehr!“ „Ach was, Du bist bloß zu faul, hü dich nur“ antwortete der Quäler. Plötzlich wurde dem Soldaten unwohl und er brach, mit dem Kopf in den Dünghaufen fallend, ohnmächtig zusammen! Von einigen Kameraden wurde W. in den Stall gebracht, wo sie sich um ihn bemühten; längere Zeit lag er bewusstlos da. Der Angeklagte aber kümmerte sich nicht um das Opfer seiner Quälererei! Am nächsten Tage mußte sich W. krank melden und er war über 5 Wochen im Lazarett. Von ärztlicher Seite wurde erklärt, daß der Ohnmachtsanfall eine Folge der Ueberanstrengungen war. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, der Soldat habe den Unfall simuliert; dem wurde von Sachverständigen entgegengetreten. Das Kriegsgericht erkannte für diese gemeine Schänderei auf ganze

### 10 Tage mittleren Arrest,

weil der Angeklagte als ein brauchbarer und muster-gültiger Vorgesetzter geschilbert wird!

Diese Strafe war selbst dem Gerichtsherrn zu gelinde, er legte Berufung ein. Der Anklagevertreter bemerkte, daß sich die Vorinstanz zu sehr dem Eindruck der guten Beurteilung hingegeben habe und hielt eine Erhöhung der Strafe für angezeigt. Das Oberkriegsgericht hat aber die Berufung verworfen. Es habe keine Veranlassung vorgelegen, die Strafe zu erhöhen, dieselbe sei im vorliegenden Falle angemessen! Unglaublich!

### Geheimbundsprozess.

Ein großer politischer Prozess wegen Geheimbündelei und Aufreizung zu Gewalttaten steht in Posen bevor. Angeklagt sind 27 Personen, darunter auch der Landtagsabgeordnete Switala und der Probst Dyker in Put.

### Frankreich.

#### Die Affaire Rochette.

Paris, 29. Juli. Die Untersuchungskommission für die Angelegenheit Rochette hat sich bis zum 6. Oktober vertagt.

### Italien.

#### Aus der Romagna.

Rom, 27. Juli. (Fig. Ver.) In einem Teil des Kampfgbietes, in der Umgegend von Imola, ist endlich ein Einvernehmen zustande gekommen. Die Arbeiter verbessern ihre Tarife und jede den Unternehmern oder Halbpartnern gehörige Dreschmaschine muß von drei bis vier organisierten Arbeitern zu tarifmäßigen Löhnen bedient werden. In Ravenna dagegen dauert der Kampf fort. Die Grundbesitzer lassen die Tennen für die roten Maschinen sperren, während die Terziari, eine Art Tagelöhner in Naturallohn, die gelben Maschinen auf ihren Tennen nicht dulden wollen. An vielen Orten fängt man an, das Korn mit Dreschseglern, aber zu tarifmäßigem Preise, zu dreschen. In der Provinz Ravenna ist die Spannung immer noch sehr groß.

### Wieder ein blutiger Konflikt in Süditalien.

Rom, 27. Juli. (Fig. Ver.) In San Pietro Vernotico in der Provinz Lecce hat man schon wieder einmal bei der Demonstration die Waffen gegen die Volksmenge gerichtet. Die Bevölkerung des kleinen Ortes war erbittert, weil die Präfectur den Gemeinderat aufgelöst hatte. In der üblichen dummen Weise stellte man der demonstrierenden Menge eine Handvoll Karabinieri, im ganzen 7 Mann, gegenüber. Natürlich kam es zu einigen Steinwürfen, wie dies bei einer so heftigen und politisch rechtlosen Bevölkerung nicht zu verwundern ist. Im Bewußtsein ihrer geringen Zahl verloren die Karabinieri den Kopf und schossen, nach dem ohne vorher die vorgeschriebenen Signale zum Schießen den Befehl zu geben. Das Resultat waren zwei Tote und etwa 10 Verwundete. Man kann den geradezu stereotypen Vorgang dieser Meutereien nicht lesen, ohne sich zu fragen, warum die Regierung nicht endlich begreift, was doch nachgerade ein Kind oder ein Mobsittiger begreifen muß, daß man aus psychologischen Gründen einer Menge von mehreren Hundert Personen nicht ein halbes Duzend Karabinieri gegenüberstellen darf. Es ist bis zum Ueberdruß bewiesen, daß die Karabinieri, wenn sie sich in Gefahr fühlen, überwältigt zu werden — und 7 Menschen gegen 500 befinden sich eben in dieser Gefahr —, den Kopf verlieren und von den Waffen Gebrauch machen. Will man schon bewaffnete Macht schicken, was mit Rücksicht auf die aufreizende Wirkung gar nicht angebracht ist, so schide man eine hinreichende, ja eine imponierende Zahl ruhiger und vernünftiger Leute. Gerade das Bewußtsein ihrer Stärke wird dann den Karabinieri Ruhe und kühles Blut geben. Die heutigen Verhältnisse stellen ein ruckloses und freudvolles Spiel mit Menschenleben dar. Was man heute bei Volksbewegungen in Süditalien „die Ordnung aufrechterhalten“ nennt,

ist einer prompt und sicher funktionierenden Mansefalle zu vergleichen, mit der man Menschen ums Leben bringt.

### Spanien.

#### Der Konflikt mit dem Vatikan.

Madrid, 29. Juli. Die „Imparcial“ meldet, wird Ministerpräsident Canalejas dem König wegen der Verhandlungen mit dem Vatikan heute in San Sebastian die Vertrauensfrage stellen.

### England.

#### Annahme der Eidesformel.

London, 28. Juli. Unterhaus. Die gestern von dem Premierminister Asquith vorgeschlagene neue Fassung der Erklärung des Königs bei der Thronbesteigung wurde mit 244 gegen 54 Stimmen angenommen.

#### Die Vetokonferenz.

London, 29. Juli. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte Premierminister Asquith bezüglich der Vetokonferenz, die Vertreter der Regierung und der Opposition seien zwölfmal zusammengesessen und hätten mit Sorgfalt einen großen Teil der strittigen Materie in Erwägung gezogen. Obwohl wir bisher noch zu keinem Uebereinkommen gelangt sind, fuhr der Premierminister fort, so haben doch die Besprechungen zu solchen Fortschritten geführt, daß es nach unserer aller Meinung nicht nur notwendig, sondern wünschenswert ist, sie fortzusetzen. Ich kann tatsächlich noch weitergehen und sagen, wir würden es für falsch halten, sie in diesem Stadium abbrechen. Es handelt sich nicht um eine unbestimmte Fortdauer der Besprechungen. Wenn wir in den weiteren Beratungen während der Parlamentspause zu der Ansicht gelangen sollten, daß keine Aussicht auf eine Einigung vorhanden ist, welche dem Parlament im Laufe der gegenwärtigen Session mitgeteilt werden könnte, so werden wir die Konferenz schließen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kamen mehrere Redner auf die in Marokko verübten Grausamkeiten zu sprechen. Die Redner legten der Regierung nahe, in der Frage eine energisere Haltung einzunehmen und auch die französische Regierung auf die Dringlichkeit der Angelegenheit hinzuweisen. Parlaments-Untersekretär Mc Kinnon Wood erwiderte mit Bezug auf die Forderung der Frau des Gouverneurs von Fes, daß die englische Regierung der französischen das Material über diesen Fall zur Verfügung gestellt und sie dafür gewonnen habe, gemeinsam mit der englischen Regierung auf den Sultan den stärksten Druck auszuüben, um diesen scheußlichen Grausamkeiten ein Ende zu bereiten. Er glaube, daß die französische Regierung in diesem Bestreben ebenso eifrig sei wie die englische. Darauf vertagte sich das Haus bis zum 15. November. Zu einer formellen Sitzung wird das Haus indes am 3. August zusammentreten, um von der königlichen Genehmigung der Aenderung der Erklärung bei der Thronbesteigung Kenntnis zu nehmen.

## Aus der Partei.

### Die Mannheimer Genossen über die Budgetzwillingung.

Aus Mannheim wird uns telegraphiert: Eine sehr stark besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Mannheim beschäftigte sich mit der Tätigkeit der badischen Landtagsfraktion. Genosse Geiß erstattete den Bericht. Er verteidigte die Haltung der Fraktion in der Großblutfrage und wegen der Budgetfrage. In der Diskussion sprachen die Genossen Heim, Kemmele, Behmann, Dörter und W. Geiny scharf gegen die Stellung der Fraktion, nicht nur wegen der Zustimmung zum Budget, sondern auch wegen ihrer Zustimmung zur Gemeindeform, zum Schulgesetz und zum Einkommensteuergesetz. Allgemein wurde namentlich die Hofsängerei verurteilt und nachgewiesen, daß auch eine Verpflichtung aus der Geschäftsordnung hierzu nicht hergeleitet werden könne, schon weil der Landtag jetzt geschlossen ist, ein Vorstand nicht besteht, derselbe daher auch keine Befugnis habe, eine Deputation zur silbernen Hochzeit des Großherzogs zu entsenden. Scharf wurde hervorgehoben, daß der Disziplinbruch der Fraktion erst den Streit in die Partei gebracht habe. Die Mitglieder der Fraktion Süßkind und Dr. Frank verteidigten deren Haltung im Landtag und versuchten nachzuweisen, daß die Fraktion durch die Macht der Verhältnisse gezwungen gewesen sei, gegen die Beschlüsse des Nürnberger Parteitag zu verstößen. Rechts gegen 1 1/2 Uhr wurde eine Vertrauensresolution gegen eine starke Minderheit angenommen.

In Weimar wurde in einer stark besuchten Parteiversammlung nach einem Vortrage des Genossen Vaudert über: „Monarchie oder Republik“ folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Parteigenossen in Weimar bedauern die Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget und erblicken in diesem Vorgehen einen Bruch der Disziplin, der eine schwere Schädigung der Einheit innerhalb der Partei bedeutet.

Die Parteigenossen in Weimar verurteilen scharf die Teilnahme der badischen Landtagsfraktion an höfischen Kundgebungen, da solche als widersinnig mit dem republikanischen Charakter der sozialdemokratischen Partei zu bezeichnen sind.

Die Parteigenossen in Weimar erwarten vom Parteitag in Magdeburg, daß er Mittel und Wege findet, um der Beachtung von Parteitagsschluß die Geltung zu verschaffen, die zu einem einheitlichen taktischen und prinzipiellen Vorgehen der Partei unerlässlich ist.

Der bayerische Landesparteitag findet vom 18. bis 15. August in Erlangen statt. Als Tagesordnung ist vorläufig festgesetzt: 1. Bericht des Landesvorstandes und Reorganisation. 2. Bericht der Landtagsfraktion. 3. Parlamentarischer Bericht der Landtagsfraktion. a) Allgemeine Politik. Berichterstatter Adolf Müller. b) Steuerpolitik. Berichterstatter Dr. v. Haller. c) Sozialpolitik. Berichterstatter M. Segitz. 3. Gemeindefortschrittsprogramm. Berichterstatter Ed. Schmid. 4. Agitation und Presse. 5. Anträge und Neuwahlen.

Als Sekretär für das neu eingerichtete Parteisekretariat für den Wahlkreis Rassel-Welsungen wurde Genosse Strube-Hamburg gewählt.

### Eine österreichische Parteischule.

Auf dem Reichsberger Parteitag haben die Teplitzer Genossen den Antrag gestellt, die Partei möge eine Parteischule errichten, um den Vertrauensmännern der Provinz eine Gelegenheit für ihre methodische Fortbildung zu schaffen, wie sie den Arbeitern Wiens in unserer Arbeiterfakultät schon seit einigen Jahren geboten wird. Der Parteitag hat diesen Antrag der Parteivertretung zugewiesen. Dieser Plan ist jetzt verwirklicht worden: die Parteischule wurde letzten Montag in Bodenbach (Böhmen) eröffnet.

Der Unterrichtsdirektor dauert einen Monat. Der Unterricht wird täglich von 7 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und

von 5 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends in der Volkshalle, dem schönen Heim unserer Bodenbacher Genossen, erteilt. Der Lehrplan umfaßt die Volkswirtschaftslehre, die Geschichte des modernen Staates seit der Reformation, die Geschichte Oesterreichs seit 1848, Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Arbeiterkassengesetzgebung und Arbeiterversicherung, eine Einführung in das Arbeiterrecht und statistische Uebungen. Die Lehrer wurden dem Lehrkörper der Wiener Arbeiterfakultät entnommen. Als Schüler wurden nur diejenigen Genossen zugelassen, die von einer politischen, einer gewerkschaftlichen oder einer genossenschaftlichen Organisation in die Schule entsendet worden sind. Die Organisationen, die die Schüler delegiert haben, tragen auch die Kosten ihres Aufenthalts in Bodenbach; die anderen Kosten trägt die Reichspartei. An der Schule nehmen 30 Genossen und zwei Genossinnen teil, und zwar 30 Genossen aus Böhmen, drei aus Niederösterreich, drei aus Schlesien, je einer aus Mähren und aus Oberösterreich.

## Soziales.

### Lagerarbeiter.

Der sorben erschiene Bericht der Lager-Verufsgenossenschaft erwähnt, daß die Regierung erfreulicherweise den geplanten „schweren Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Verufsgenossenschaften“ aufgegeben habe und dafür natürlich die Krankenkassen weiter zu knebeln sucht.

Die Entwidlung der Verufsgenossenschaft ergibt sich aus folgenden Zahlen: Versichert waren im Jahre 1886: 7421 Betriebe, im Jahre 1908: 8575 Betriebe und im Jahre 1909: 73430 Betriebe mit 371 511 Arbeitern. Die Zahl der Unfälle hat sich von 19 815 auf 20 882 erhöht, während die entschädigten Fälle von 8738 auf 3632 zurückgegangen sind. Da wählten die Vertrauensräte ihres Amtes. An 21 089 Krüppeln wurden im Berichtsjahre Renten gezahlt. Die Anzahl der Verletzten wird immer größer. Die meisten Unfälle haben sich laut Bericht in der Section Berlin und Hamburg ereignet. Es wird auf die Konferenz im Reichsversicherungsamt hingewiesen, welche den Verufsgenossenschaften das Heilverfahren innerhalb der ersten 13 Wochen des Anfalls aus der Hand genommen hat. In der Besprechung hätten auch zahlreiche Ärzte teilgenommen — von Verufscherten ist natürlich gar keine Rede — und sei ausgeführt worden, daß heute die Verufsgenossenschaften nicht einmal 1 Proz. der Unfälle im Heilverfahren übernehmen würden. Unrichtige Diagnosen und ungenügende Behandlung schädigten jedoch Verletzte, wie auch die Verufsgenossenschaften, deren späteres Heilverfahren wenig Wert noch habe. Unsere berühmten Rentenquetschen machen doch alles, wenn auch die Wissenschaft dies nicht begreifen kann. Da aber die Lager-Verufsgenossenschaft selbst nur in 361 Fällen das Heilverfahren übernommen habe, dafür den Betrag von 20 188 M. herausgab, so wird vorgelegen ausgeführt, daß ja in dicht bevölkerten Bezirken mit großen Betrieben und gut arbeitenden Ortskrankenkassen, gut vorgebildeten Ärzten und muster-gültigen Heilanstalten naturgemäß das Bedürfnis zu einem umfassenden Vorgehen in dieser Beziehung weniger besteht. Ja, die Krankenkassen sind ja für die Entlastung der Verufsgenossenschaften da.

Die technischen Aufsichtsbeamten der Genossenschaft erwähnen im Bericht, daß ein Unternehmer in sehr scharfer Weise den Zutritt zu seinem Betrieb verweigert habe und viele andere Unternehmer sich darüber bitter beklagt hätten, daß sie sehr oft „belästigt“ würden. Auf die Kontrolle der Gemeindefektion folge die der Verufsgenossenschaft und dann noch die Kartenkontrolle der Invalidenversicherungsanstalt. So schlimm wird wohl die Kontrolle nicht gewesen sein. Von 8478 revidierten Betrieben haben die Beamten nur 2067 Betriebe in Ordnung befunden. Die Herren Unternehmer haben also gar keine Ursache sich über die „Belästigungen“ der Revisoren zu beschweren. Außerdem wird berichtet, daß die Aufsichtsbeamten auch „weibliche Personen an Kreis-sagen beschäftigt“ vorgefunden haben.

Ein anderer Weimarer meldet: „In den Schulferien häufig Schulknaben 10—14 Jahre alt Krüppeln — wohl meist ihren Vätern — als Handlanger behilflich waren. Es handelte sich hierbei oft um hohe Deckwagen, diese Arbeit kann daher nicht als ungefährlich bezeichnet werden.“

Man beschäftigt also Frauen an sehr gefährlichen Maschinen und benutzt auch Schulkinder aus deren Ferien zur Erholung dienen sollen. Nachdem der Bericht eine Reihe sehr guter Schulpflichtigen näher in Wort und Bild beschrieben hat, weist er auf die Infektionsgefahr in Lumpensortieranstalten, Knochen-, Fell- und Häutehandlungen hin, in denen aber gewöhnlich die notwendigen Waschgelegenheiten fehlen. Die Beamten begrüßen auch, daß in vielen Betrieben jetzt der Kaffeegenuß stark zunimmt, da „die Arbeiter sich immer mehr gegenseitig aufklären, wozu die im Berichtsjahre weit verbreitete Vorkostung des Bieres und des Schnapfes nicht unwesentlich beigetragen haben dürfte.“ Stimmt. Deswegen haben doch die Schiedsgerichte in 2616 Fällen zugunsten der Genossenschaft und nur in 603 Fällen zugunsten der Verletzten entschieden. Das Reichsversicherungsamt entschied gar in 80 Proz. der Fälle für die Genossenschaft.

### Abzug des Krankengeldes von der Unfallrente.

Der Hilfskassener W. Sch. zu Frankfurt a. M. erlitt durch Zusammenstoß der Waldbahn mit einem Personenzug einen schweren Unterschenkelbruch. Er bezog später von der Straßen- und Rheinbahn-Verufsgenossenschaft eine Rente, protestierte jedoch dagegen, daß ihm von dieser Rente außer dem Krankengelde der zugehörigen Ortskrankenkasse, auch noch das über die 13. Unfallwoche hinaus gewährte Krankengeld seitens der Zentralkrankenkasse der Sattler in Abzug gebracht wurde. Die Verufsgenossenschaft erklärte jedoch, daß sie bei den Krankenkassen Ersatz zu leisten habe, da diese ja den Verletzten unterstützt hätten. Der Bezirksausschuß zu Wiesbaden hatte sich nun mit dieser interessanten Streitfrage zu beschäftigen und gab in der ersten Entscheidung dem Verletzten recht. Die Verufsgenossenschaft wurde verurteilt, dem Kläger den Betrag von 19 M. herauszugeben, da § 25 des U.V.G. den Ersatzanspruch der Krankenkasse gerechtfertigt habe. Hiernach wollte der Gesetzgeber nur zulassen, daß dem Verletzten die Hälfte seiner Rente zu fließen sei und „dann, wenn er mehreren Krankenkassen angehört, nicht jeder von ihnen ein Anspruch bis zur Höhe derselben Rente eingeräumt werden, da dann der Fall eintreten könnte, daß die Raten zusammen die ganze Rente und mehr fordern, diese müssen sich vielmehr in die zwei halbe Monatsrenten teilen.“ Die Verufsgenossenschaft berichtigte sich jedoch bei dieser Entscheidung nicht, sondern stellte Antrag auf mündliche Verhandlung mit der Bemerkung, daß die beiden Krankenkassen beizulassen seien. Die Krankenkassen stellten sich auch auf den Standpunkt der Genossenschaft und wurde eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 7. Juli 1906 angeführt, wonach beiden Krankenkassen bis zur Höhe von sechs halben Monatsbeiträgen der Rente geleistet werden müßte. In der mündlichen Verhandlung brang denn auch die Verufsgenossenschaft mit ihrer Ansicht durch. Es wurde im Urteil angeführt, daß nach Kenntnis des früher nicht auffindbaren Urteils des Oberverwaltungsgerichts vom 7. Juli 1906 dem Bezirksausschuß genügt habe, in eine neue Prüfung der Berechtigung seines Bescheides einzutreten. Aus der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gehe aber hervor, daß die von den Krankenkassen hier gewährte Unterstützung grundsätzlich als „vorübergehende“ anzusehen seien und daher im Gegensatz zu „fortlaufenden“ Unterstützungen eine Bemessung der Ersatzpflicht je nach der Dauer der Unterstützung nicht stattfindet. Daher sei auch jede Krankenkasse berechtigt, als Ersatz der von ihr gewährten Unterstützung bis zu 3 halben Monatsrenten zu verlangen. Bei Unterstützung durch mehrere Krankenkassen kann jede Kasse zwar Befreiung bis zur Höhe von 3 halben Monatsrenten verlangen, aber nacheinander und nicht gleichzeitig aus der für drei Monate fälligen Rente.“ Angesichts dieser grundsätzlichen Festlegungen des Oberverwaltungsgerichts sei also lediglich zu unteruchen gewesen, ob die dem Kläger von seinen Renten gemachten Abzüge nicht übermäßig groß gewesen seien. Dies müsse nach Lage des Falles verneint werden und daher sei die Klage kostenfrei abzuweisen.



# Gewerkschaftliches. Christlich-Nationalliberal.

Bei der letzten Reichstagswahl wurden Mitglieder des Werkvereins „Königlich-christlicher“ Bergarbeiter vom Ortsvorstand in Saarbrücken zum Besuche der nationalliberalen Parteiverammlung am 5. Februar 1907 im Saalbau zu Saarbrücken beordert und haben aus der Gewerkschaftskasse Fahr- und Zehrgeld erhalten. Die Mitteilung davon hat wie Sprengpulver gewirkt und in Dudweiler so große Verwirrung angerichtet, daß die ganze „christliche“ Generalität ausruhen muß, die hochgehenden Wogen zu dämpfen. Herr Gutschke erklärte diese Mitteilung schlanke Weg für „erstunken und erlogen“ und der „Bergknappe“ druckte die Nachricht ab, sicherlich nur in dem Glauben, daß Gutschke seiner Sache sicher sei, er die Wahrheit sage und so fügte der „Bergknappe“ der Erklärung Gutschke noch hinzu, es sei nicht denkbar, daß Gewerkschaftsgelder für Wahlzwecke ausgegeben worden seien. Wenn Gewerkschaftsmitglieder sich an jener Versammlung beteiligt hätten, sei dadurch die von sozialdemokratischer Seite erhobene Beschuldigung, die „christlichen“ Gewerkschaften seien Zentrumsgeheimnisse, widerlegt. So leicht der „Bergknappe“ sich die Abwimmlung der Sache gedacht hat, die Mitgliedschaften haben sie ernster aufgefaßt. Diejenigen, die das Geld erhalten hatten, erklärten: „Wie kam Gutschke und der „Bergknappe“ das abstreiten? Es ist ja Tatsache, denn mehr als 200 Mitglieder haben doch Fahr- und Zehrgeld erhalten!“ Das rief allerdings eine Empörung bei den Zentrumsanhängern hervor, die von der Ortsverwaltung Auskunft verlangten, ob es sich um Mitgliederbeiträge handele oder wo sonst das Geld hergenommen worden sei, wenn nicht aus der Gewerkschaftskasse. Der Ortsvorstand gab die Erklärung ab, daß keine Mitgliederbeiträge für politische Wahlzwecke verwendet worden seien, sondern Gutschke habe vom nationalliberalen Wahlkomitee aus Saarbrücken 2000 Mark erhalten, von diesem Geldes seien jene Fahr- und Zehrkosten für die Versammlung bestritten und auch das Flugblatt mit Gutschke seiner Rede aus derselben Versammlung gedeckt worden! Zum bessern Verständnis über den Wert des Flugblattes muß noch bemerkt werden, daß dasselbe schon am 4. Februar, also einen Tag vorher in der Druckerei des Stummischen „Schleifstein“ hergestellt worden ist!

Ob die Nationalliberalen dem Herrn Gutschke, damals „Generalsekretär“ des „Königlich-christlichen“ Gewerkschafts, tatsächlich Geld gegeben haben und ob es 2000 Mark oder mehr gewesen sind, wollen wir vorläufig noch nicht als feststehende Tatsache betrachten, da es immerhin möglich ist, daß die „Christlichen“ sich auf diese Art aus der Partische herauszuziehen wollen, aber der nationalliberale Parteivorstand oder das damalige Wahlkomitee werden nicht umhin können, zu dieser Angelegenheit öffentlich Stellung zu nehmen. Sollte es sich wirklich bewahrheiten, daß Gutschke das Geld erhalten hat, wäre das ja ein Schauspiel für die Götter. Man denke sich die „christlichen“ Gewerkschaftsführer im Kampfe gegen die saarbrückischen Scharfmacher und diese Arbeiter, „führer“ holen sich bei denselben Scharfmachern Geld, um ihre Blagitation zu leiten und die „organisierten“ Bergarbeiter als Stimmvieh heranzuschleppen! Besser besorgen es die Gelben auch nicht. Weiter kennzeichnet diese Handlungsweise aber von neuem die „Ehrlichkeit“ dieser „christlichen“ „Charakterköpfe“. Nach der Wahl erschienen in der „Kölnischen Volkszeitung“ und in allen den München-Bladbachern gemogenen Zentrumsblättern, selbst im „Bergknappen“ gut geheuchelte Entrüstungsartikel darüber, daß die Sozialdemokraten die beiden Wahlkreise an die Scharfmacher ausgeliefert hätten, da die Parole der Stimmhaltung nicht befolgt worden sei. Die „Saarpost“ hat wiederholt geschrieben, daß die Sohlen, auf denen Herr Volk in den Reichstag gewandert sei, aus der Fabrik Leimpeters stammen und in der Bergarbeiterbewegung man das fortgesetzt gegen den Verband auszuspielen versucht, und nun erfahren wir, daß es die „Christlichen“ sind, welche dem Vertreter der saarbrückischen Scharfmacher die Schuhe gesohlt und in den Reichstag verholzen haben.

## Berlin und Umgegend.

### Die Lohnbewegung der Klemptner.

Ueber die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern erstattete die Kommission Bericht in einer Mitgliederversammlung der Klemptner, die am Donnerstagabend in den „Musterjulen“ stattfand. Bismarck ist bereits verhandelt worden, ohne daß über die wichtige Frage einer Lohnhöhung eine Einigung erzielt werden konnte. Auf Einladung des Arbeitgeberverbandes fanden die letzten Verhandlungen am Mittwoch unter dem Vorsitz von Heuer statt. Der Streik um den § 8 des Vertrages, die Löhne betreffend, wurde wieder nicht geschlichtet. Die Unternehmer beharren darauf, daß sie nur eine Zulage von 5 Pf. gewähren könnten. Dietrich, als Mitglied der Kommission, erklärte den Versammelten am Donnerstagabend, daß alle Verhandlungen als gescheitert zu betrachten seien, wenn die Arbeiter auf ihrer Forderung (7 1/2 Pf. Zulage) ebenfalls beharren.

Die Kommission machte daher den Vorschlag, den § 8 des Tarifs dahin zu ändern, daß er lautet: Der Mindestlohn beträgt mit Abschluß des Tarifs 75 Pf. pro Stunde, vom 1. April 1911 ab 77 1/2 Pf. und vom 1. April 1912 ab 80 Pf. — Für Jungausgelernte kann der Lohn geringer sein, jedoch im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 60 Pf., im zweiten Jahre nicht unter 70 Pf. Diese Sätze steigen am 1. April 1911 um 2 1/2 Pf., am 1. April 1912 wieder um 2 1/2 Pf., sodas der Stundenlohn im ersten Jahre 65 Pfennig und im zweiten Jahre 75 Pf. beträgt.

Die Arbeiter hatten in ihren Versammlungen vom 23. und 27. Juni beschloffen, die Lohnsätze von 77 1/2 Pf., 80 Pf. und 82 1/2 Pf. zu fordern und für Jungausgelernte 65 Pf. und 70 Pf., resp. 67 1/2 Pf. und 75 Pf., bei den gleichen Steigerungen um 2 1/2 Pf. pro Jahr wie in dem sogenannten Vorschlag der Kommission.

Zu der Diskussion traten zahlreiche Gegner des Kommissionsvorschlags auf. Verschiedene Redner meinten, man sollte lieber ohne Tarif arbeiten, denn an der Aufstellung eines Tarifs hätten die Unternehmer, die eine gute Konjunktur erwarten, das größte Interesse. Man wunderte sich auch darüber, daß das Kartell im Baugewerbe die Unterhandlungen für die Klemptnermeister führt, die offenbar einen Tarif zu ihrer Sicherheit gegen zukünftige höhere Ansprüche der Arbeiter herbeizuwinken.

Durch eine geheime Abstimmung wurde der Vorschlag der Kommission mit großer Mehrheit abgelehnt. Einen Tarifvertrag können die Unternehmer nur dann erhalten, wenn sie größere Zugeständnisse in der Lohnfrage machen.

**Achtung, Lithographen!** Infolge der Bewegung in den Privatlithographien sind gesperrt: M. Schöner, R. Hartwig und G. Jule. Der Streik im Kletter „Phönix“ ist am Donnerstag, den 28. Juli, zugunsten der Kollegen beendet worden. Sämtliche Streikende sind wieder eingestellt und ist der Verhandlungsstand anerkannt worden. Die Verwaltung.

Verantw. Redakt.: Richard Bars, Berlin. Inzeratenteil verantw.: G. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

## Tarifverhandlungen der Einseher.

Der neue Holzarbeitertarif gewährt den Arbeitern eine Lohn-erhöhung von 5 Proz. Auf Grund dieser Bestimmungen haben die Einseher seit einigen Wochen mit den Unternehmern verhandelt, um den Alfortarif so zu ändern, daß die tarifmäßige Erhöhung zum Ausdruck kommt. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen berichtete der Branchenobmann am Donnerstag in einer Versammlung der Einseher, daß die Unternehmer bereit sind, einen Teil der Positionen um annähernd 5 Proz. zu erhöhen, während sie auf andere Positionen keine oder nur eine zu geringe Erhöhung bewilligen wollen. Die Verhandlungen sind vor zwei Wochen vorläufig abgebrochen worden, weil besonders über die Differenzpunkte keine Einigung erzielt werden konnte. Daburch ist aber eine Verständigung noch nicht ausgeschlossen, denn die Verhandlungen werden, wie bereits von beiden Seiten vereinbart ist, in den nächsten Tagen wieder aufgenommen. Wenn die Parteien sich nicht einig werden, so hat nach den Bestimmungen des Holz-arbeitertarifes das Einigungsamt endgültig zu entscheiden.

Zu einem Streik in der Norddeutschen Gummiwarenfabrik, Tempelhofer Ufer, kam es am Freitagmorgen. 350 Mann legten die Arbeit nieder, um ihren neugewählten Arbeiterausschuß zu wählen. Am Mittwoch fanden die Wahlen statt und der Ausschuß wurde sogleich beauftragt, sich beim Direktor Schoen vorzustellen und einige Beschwerden zur Sprache zu bringen. Der Direktor wies den Ausschuß in sehr unhöflicher Weise ab und ließ sich nicht sprechen. Darüber waren die Arbeiter sehr enttäuscht. Als aber gar ein Mitglied des Ausschusses entlassen werden sollte, wandten sie sich sofort an ihren Verband. Ein Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes versuchte, die Differenzen zu schlichten, und der Direktor erklärte sich auch bereit, die Entlassung zurückzunehmen, verlangte aber, daß der betreffende Arbeiter nicht mehr als Mitglied des Ausschusses gelten sollte. Darauf gingen die Arbeiter aber nicht ein, sondern hand- fest hinter ihrem gewählten Vertrauensmann und legten die Arbeit nieder. — Zuzug von Gummiarbeitern aller Branchen ist bis zur Erledigung der Angelegenheit fernzuhalten.

Für das Recht der Organisation traten die Arbeiter im Hartsteinwerk der Phönixwerke, Spandauerweg, ein, indem sie, dreihing Mann stark, am Donnerstag die Arbeit niederlegten, als sie sich unbilligen Zumutungen des Meisters Manz gegenübersehen. Dieser verlangte, daß alle Arbeiter ihre Organisationspapiere abliefern, damit er sie kontrollieren könne; er müsse „einige Rote rauschmeißen, um mehr Ruhe im Werk zu haben“. Die Arbeiter antworteten darauf mit dem Streik. Dem Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes erklärte die Direktion, daß sie nichts gegen den Verband einzunehmen habe, aber ihrem forschenden Meister wollte sie auch nichts in den Weg legen.

## Deutsches Reich.

Die Arbeiter und Handwerker der Gasanstalt in Nordhausen beschloffen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie fordern einen Lohnsatz und Erhöhung des Tagelohnes um 50 Pf. im zweiten Jahre eine solche von 20, im dritten von 30 Pf. pro Tag. Die Arbeiter sind seit ausschließlich im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert und beauftragten die Gauleitung, mit der Direktion in Verhandlungen zu treten zum Abschluß des Tarifs.

Der Straßenbahnstreik in Danau a. M. wurde Donnerstag nach zweitägiger Dauer erfolgreich beendet. Die erzielten Erfolge sind: Herabsetzung der Arbeitszeit von 306 auf 290 Stunden im Monat, 2 Proz. Entnahmen von den Tagesentnahmen, macht pro Mann 7—11 M. pro Monat. Anstatt des 12. freien Tages wird künftig jeder 6. Tag freigegeben. Muß an einem dienstfreien Tag Dienst getan werden, so ist dafür eine Sondervergütung von 3 M. zu bezahlen. Nach einjähriger Dienstzeit hat jeder Angestellte drei Tage Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes. Vom 1. April nächsten Jahres ab werden die Gehälter erhöht um mindestens 5 M. pro Monat. Sämtliche Mündigungen werden von der Direktion zurückgenommen, kein Mann darf wegen seiner Beteiligung am Streik gemahregelt werden.

Die Tarifbewegung der Leipziger Bauarbeiter ist nunmehr endgültig beendet. Nach der offiziellen Beendigung der Aussperrung hatten die Leipziger Bauarbeiter die Ausnahme der Arbeit abgelehnt und den Streik erklärt, weil die im Dreidener Schiedspruch vorgesehene Lohnhöhung von 1 Pf. für dieses Jahr ihnen zu gering war. Durch die Verhältnisse gezwungen, nahmen sie dann die Arbeit wieder auf in der Erwartung, daß durch weitere Verhandlungen doch noch etwas zu erzielen sei. Das ist jetzt auch insofern gelungen, als die Leipziger Bauunternehmer einen weiteren Pfennig Lohnhöhung bewilligt haben, über den Dreidener Schiedspruch also hinausgegangen sind. Die gesamte Lohnhöhung beträgt nun für Leipzig 6 Pf., und zwar bis 31. März 1911 6 Pf., bis 31. März 1912 70 Pf. und bis 31. März 1913 72 Pf. für Maurer und Zimmerer und für Hilfsarbeiter 52, 54 und 57 Pf. Für besonders schwere Arbeiten erhalten die Hilfsarbeiter 3 Pf. Zuschlag pro Stunde. Diese Vereinbarung gilt für Groß-Leipzig; für 5 Landbezirke sind die Löhne entsprechend niedriger und abgestuft. Die Arbeitszeit ist in Groß-Leipzig 9 Stunden geblieben, in 3 Landbezirken 1 1/2 Stunden. Der Vertrag tritt sofort in Kraft und gilt bis 31. März 1913. Am Montag haben ihm die Hilfsarbeiter, am Dienstag die Zimmerer und am Mittwoch die Maurer — diese gegen eine erhebliche Minorität — zugestimmt.

Der Streik der Zinkhüttenarbeiter in Oberschlesien ist abgebrochen. Die auf den drei von Giesche's Erben gehörigen Zinkhütten in Schoppin-Rogdzin (Oberschlesien) streikenden Arbeiter haben in einer Versammlung am 25. d. M. beschloffen, den Streik abzugeben. Die angenommene Resolution hebt hervor, daß die Direktion der Hütten dem Streikkomitee erklärte, daß ein Teil der Wünsche der streikenden Arbeiter berücksichtigt wird, sobald sie zur Arbeit zurückkehren werden. Sollte dies nicht geschehen, dann werden die Arbeiter den Streik wieder aufnehmen. Den Streik leitete die polnische Berufsvereinigung.

## Ausland.

### Der Gasarbeiterstreik in Rom verloren.

Rom, 29. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Gasarbeiterstreik in Rom hat mit einer völligen Niederlage gendert, weil die Unternehmer die Gelegenheit benutzten, eine neue Gasbereitung einzuführen, wodurch drei Viertel der Arbeiter entbehrlich wurden. 240 Streikende wurden entlassen.

Im Buchdruckgewerbe Finnlands ist ein großer Lohnkampf in der Entwidlung begriffen. Der finnische Typographenverband hat vor einiger Zeit den Tarifvertrag gekündigt und verlangt beschiedene Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Graphische Arbeitgeberverband, dessen Zeitung übrigens auch an der Spitze des Allgemeinen finnischen Arbeitgeberverbandes steht, lehnt die Forderungen ab und will die Löhne, namentlich für die Maschinenführer, herabsetzen. Man hat sich schon aus Schweden eine besondere Schmelzmaschine verschafft, an der junge Herren und Damen aus dem Bürgertum zur Streikbrecherarbeit angelernt werden.

Der Streik an den Hochöfen von Piombino. Rom, 27. Juli. (Eig. Ber.) Wegen Lohnfragen und um eine Verminderung der Arbeitszeit zu erzielen, sind die Arbeiter an den Hochöfen von Piombino (Toskana) in den Ausstand getreten. Die Gesellschaft droht, alle 6000 Arbeiter auszusperrern.

### Chinesen und Japaner

als Mitglieder in amerikanischen Gewerkschaften, das ist eine so seltene Erscheinung, daß sie Aufsehen erregt, wo immer sie beobachtet werden kann. Jüngst hat der Bund der Gewerkschaften im Staate Wyoming, ein Teil des amerikanischen

Arbeiterbundes, mit 123 gegen 54 Stimmen beschloffen, 200 Chinesen und 500 Japaner, die in den Bergwerken von Rock Springs arbeiteten, in seine Reihen aufzunehmen. Diese Entscheidung erfolgte zur Anerkennung dafür, daß die Chinesen und Japaner sich nicht als Streikbrecher gebrauchen ließen, als die Weißen in einen Streik traten; sie legten sogar, was man gar nicht erwartet hatte, die Arbeit nieder und beteiligten sich an dem Streik.

## Verammlungen.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Filiale Groß-Berlin) hielt am Donnerstag im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine sehr gut besuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Buzly machte zunächst einige das Verbandsleben betreffende Mitteilungen. Das Resultat der Wahl der Delegierten zum internationalen Kongress in Kopenhagen, die in zwei über Deutschland sich erstreckenden Wahlkreisen vollzogen wurde, liegt jetzt vor. Die Wahl fiel auf Richard Heilmann-Stuttgart und Emil Buzly-Berlin. — Der Verstoß der neu angefallenen Gruppe der Privatbediensteten, für ihre Mitglieder Kontrollkarten einzuführen, sei durchgeführt. Es liege nun an allen Mitgliedern, nach dem Rechten zu sehen und auch nach Möglichkeit die Genossen zu informieren. In städtischen wie in Privatbediensteten möge man die Angestellten stets nach der Kontrollkarte fragen, damit ihnen klargemacht werde, daß sie in ihre Organisation gehörten. Das sei schon wegen des bestehenden Tarifs von großer Bedeutung. — Maßregelungen seien vorgekommen in der Jernanstalt zu Buch und in den Englischen Gaswerken. Jährlich müsse man sie hinnehmen, denn der Geist der dortigen Kollegen sei noch nicht ein derartiger, daß man dagegen vorgehen könnte. In Buch habe man ja immer Schwierigkeiten gehabt. Jetzt, wo dort etwas mehr Leben in die Kollegenchaft gekommen sei, habe man zwei Vertrauensleute einfach auf die Straße gesetzt, unter Berufung auf alle möglichen Bestimmungen der Hausordnung, die absolut nicht zuträfen. Es sei nicht gelungen, ihre Wiedereinstellung zu erwirken. — Die Englischen Gaswerke hätten zwei tüchtige Vertrauensleute, die sieben und zehn Jahre lang dort tätig waren, entlassen. Angeblich wegen Arbeitsmangels, obwohl erst kurz vorher Einstellungen von Arbeitern erfolgt seien und in dem Betriebe überhaupt dauernd Arbeiter eingestellt würden. Tatsächlich habe man sich der Leute entledigt, weil man befürchtete, daß sie in den Arbeiterausschuß gewählt werden würden. Die Folge dieser und anderer Vorgänge bei den Englischen Gaswerken sei wenigstens die, daß jetzt ein besserer Geist die Kollegen ergriffen habe. — Die Umfrage über die Zugehörigkeit zur politischen Organisation und über den täglichen Lebensloft haben nur 2915 Mitglieder von den damals vorhandenen rund 6000 Mitgliedern beantwortet. Von jenen 2915 lasen nur 1509 den „Vorwärts“ und nur 780 waren politisch organisiert. Das seien bedauerliche Zahlen. Und doch ist schon oft genug davon gesprochen worden, daß gerade die Kollegen in städtischen Betrieben die verdamnte Pflicht hätten, sich politisch zu organisieren; seien sie doch sehr darauf angewiesen, mit den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft zusammenzuwirken, wenn sie etwas erreichen wollten.

Ein Vorschlag der Ortsverwaltung, Verbandsangelegenheiten, wie Versammlungen und dergleichen, von nun ab im „Vorwärts“ zu publizieren, wurde angenommen.

Reichstagsabgeordneter Legien hielt darauf einen sehr instruktiven Vortrag über den Kampf der Unternehmerverbände gegen die Gewerkschaften, indem er die Entwicklung dieser Verbände und den Wechsel ihrer Kampfstrategie würdigte. Nach den einschlägigen Feststellungen ist damit zu rechnen, daß die in den maßgebenden Verbänden vereinigten Unternehmer an 8 Millionen Arbeiter beschäftigen und eine immense wirtschaftliche Macht in sich verkörpern. Auf der anderen Seite stehen nur annähernd zwei Millionen organisierter Arbeiter, deren Organisationskraft 1908 eine Einnahme von 48 544 000 M. und einen Kostenbestand von rund 40 800 000 M. hatten. Wenn nun auch, meinte Redner zum Schluß, trotz aller wechselnden Taktik der Unternehmerverbände die organisierte Arbeiterschaft ein erheblicher Faktor geworden sei, dürften wir unsere Kraft nicht überschätzen. Die Konzentration der eine so große wirtschaftliche Macht verkörpernden Unternehmerverbände in Zentralen werde, wie bei den Arbeiterorganisationen, immer mehr fortschreiten. Für Redner sei es außer Zweifel, daß eines Tages die gesamte organisierte Arbeiterschaft mit dem gesamtorganisierten Kapital in Kampf stehen werde. Darauf mühten wir uns vorbereiten. Es sei von jedem die ganze Kraft einzusetzen, die Organisation zu stärken, damit auch die Macht der Arbeiterschaft immer mehr wachse und sie gestärkt sei für jeden Fall. (Großer Beifall.)

Der Kassierer Hoffmann erstattete dann den Kassensbericht für das zweite Quartal. Die Hauptkasse balanzierte mit 30 423,85 M. in Einnahme und Ausgabe. Zur Ausgabe gehören 15 707,12 M., die an die Zentralstelle abgeliefert wurden. — Die Lokalstelle hatte einschließlich eines alten Bestandes von 27 090,55 M. eine Einnahme von 45 006,01 M. Insgesamt ausgegeben wurden 15 181,12 M., so daß ein Bestand von 24 824,89 M. verblieb. — Mitglieder hatte die Filiale am Schluß des Quartals 6700.

Dann erledigte man noch einige interne Verbandsangelegenheiten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Zur Unterschlagung im Postamt 17.

Kurz vor Redaktionsschluß geht uns vom Polizeibräsidium folgende Mitteilung in Sachen des Deftaudanten Bergmann zu:

„Es wurde festgestellt, daß der Briesträger Bergmann am 28. Juli früh 8 Uhr mit einer Droschke aus der Kadaistraße nach Ede Friedrich- und Karlstraße und weiter nach Marienstraße 31 gefahren ist, wo er sich von dem Friseur Giesler den Schnurrbart ganz kurz abschneiden ließ, dann Marienstr. 6 bei Pechel nach einem möblierten Zimmer gefragt hat, aber abgewiesen wurde. Seitdem ist er verschwunden. V. führt einen kleinen alten verstaubten schweren braunen Handkoffer bei sich und trug einen alten blauen Jodettanzug und schwarzen steifen Hut.“

### Ein politischer „Verbrecher“.

Batum, 29. Juli. (Melde. der Petersburger Telegr. Agentur.) Das Mitglied der türkischen Deputiertenkammer Pascha Madhian ist hier verhaftet worden unter der Beschuldigung der Teilnahme an politischen Verbrechen, die 1905 in Tiflis begangen worden sind.

### Ueberfall auf seine Frau.

Dortmund, 29. Juli. (W. G.) Der von seiner Frau getrennt lebende Arbeiter Fiedler kehrte gestern zurück und verlangte von derselben, daß sie die Arbeiter, die bei ihr in Kost waren, entlasse. Als die Frau erklärte, dem Wünsche nicht nachkommen zu können, wurde sie von ihrem Manne mißhandelt. Hierauf fielen drei Kostgänger über den Mann her und brachten ihm sechs Revolverschläge bei. Der Ehemann wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er schwer verletzt darniederliegt.

### Erdrutsch.

Trient, 29. Juli. Im Sextentale stürzte während eines heftigen Gewitters eine große Bergwiese ab, auf der eine Hütte stand, in welcher mehrere Personen vor dem Regen Schutz gesucht hatten. Ein Mädchen wurde getötet, mehrere andere Personen schwer verletzt.



Die Budgetbewilligungsfrage.

(Schluß.)

Die Gegensätze der Parteien sind in letzter Linie zurückzuführen auf die Gegensätze der Klassen, die sie vertreten.

Aber bei den bürgerlichen Parteien sehen wir, daß sie sich in Laufe der Entwicklung einander immer mehr nähern, ihre programmatischen Gegensätze immer mehr abstumpfen oder ihr Programm immer mehr aus den Augen verlieren.

Dahin wirkt vor allem der „neue Mittelstand“, der an Stelle des verfallenden alten tritt, die Scharen der Intellektuellen und ihrer Handlanger, die sich aus dem Nachwuchs des alten Mittelstandes, überschüssigem Nachwuchs der Kapitalistenklasse und einzelnen aufsteigenden Spitzen der Arbeiterklasse rekrutieren.

Diese Scharen wachsen rasch an, weit rascher als die Nachfrage nach ihren Diensten. Auch in ihren Reihen bildet sich Ueberproduktion. Um so wichtiger wird für sie der Staat. Dessen Bedarf an Hilfskräften aller Art, hohen und niederen Beamten, wächst einseitig infolge der Zunahme der Funktionen des Staates, andererseits auch infolge der Ausdehnung des Staatsgebietes durch die Kolonialpolitik: der Staatsdienst gewinnt so für den neuen Mittelstand immer größere Bedeutung.

Indes, so groß die Staatskrippe ist und so sehr sie ununterbrochen wächst — sie reicht doch nicht aus, aller Nachfrage nach Stellen zu genügen, alle zu versorgen, die versorgt sein möchten. Ein Teil bleibt von der Krippe ausgeschlossen. Die Regierung aber ist es in letzter Linie, die entscheidet, wer an die Krippe darf, wer nicht. Ihre Freunde werden zugelassen, ihre Gegner ausgeschlossen. So erstreckt für die einzelnen Parteien ein zweites Motiv, nach der Staatsgewalt zu streben, neben dem, die Macht zur Durchführung ihres Programms zu erringen: das, die Verfügung über alle die unzähligen Posten und Pöstchen zu erlangen, die von der Regierung besetzt werden. Vom Beginn des modernen Staates an war dieses Verstreben bei den bürgerlichen Parteien vorhanden. Es tritt jedoch in dem Maße in den Vordergrund, in dem das andere Motiv zurücktritt. Je weniger ernst es den Parteien ist, die Regierung zu gewinnen, um ihr Programm durchzuführen, um so ernster wird für sie die Gewinnung der Regierung zur Ausübung des Staates für ihren Anhang als Versorgungsanstalt. Der Weg zur Macht erhält so für sie eine eigenartige Bedeutung. Die Macht, die sie anstreben, ist schließlich nicht mehr die Macht den Staat umzugestalten, sondern nur noch die, den Staat auszubuten.

In den verschiedenen Staaten sind je nach ihrer historischen Entwicklung die Kriterien sehr verschieden, nach denen die Zulassung zum Staatsdienst oder das raschere Fortkommen in ihm bestimmt wird. In Oesterreich bildet die Zugehörigkeit zu bestimmten Nationalitäten dabei eine große Rolle. Im Deutschen Reich die Religion. Es macht einen gewaltigen Unterschied im Fortkommen, ob man Protestant, Katholik oder Jude ist.

Die Parteien, welche die bisher im Staatsdienst begünstigten Kategorien vertreten, kämpfen mit Mägeln und Jähnen dafür, dies Privileg aufrechtzuerhalten. Die Vertreter der zurückgesetzten oder gar ganz ausgeschlossenen Kategorien kämpfen ebenso mühsam dafür, selbst zur Macht zu kommen, um das Privileg zu brechen. Obwohl die Prinzipienkämpfe der bürgerlichen Parteien immer mehr aufhören, tritt doch nicht Friede unter ihnen ein, sondern ihre Kämpfe werden oft noch erbitterter als bisher, gerade deswegen, weil sich's dabei nicht mehr um große, weltbewegende Ideen, sondern um bloße Geldgeschäfte handelt. So groß kann die Bui-

der Kämpfenden werden, daß manche unter ihnen dabei sich schließlich dazu versteigen, im Kampfe um den Futtertrog die Unterstützung sogar der Sozialdemokraten anzurufen, von denen man doch durch eine tiefe Kluft getrennt ist.

Die gewöhnliche Methode ist das Freilich nicht, schon deshalb nicht, weil ja die Sozialdemokraten noch nicht über die Regierungsgewalt verfügen, und wenn sie einmal darüber verfügten, allem Ausbeutungsunwesen ein Ende machen würden. Der nächste und gangbarste Weg ist der, sich dem Herrn der Regierungsgewalt als verwertbare Diener anzubieten, ihm zu zeigen, daß man alle Prinzipien als schädlichen Ballast betrachtet und bereit ist, dem Herrn ebenfotig zu dienen und noch billiger als die eben im Amte befindlichen Konkurrenten, daß man als Demokrat bereit ist, jede Erhöhung der Zivilliste und des Militärbudgets mit Garra zu bewilligen.

Indes das genügt nicht immer, um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Man muß auch zeigen, daß man bequemeres Regieren versteht als sie, das heißt, man muß trachten, sie im Parlament in die Minorität und sich selbst in die Majorität zu bringen.

Dazu gibt es zwei Wege. Einmal den, sich mit anderen Parteien zu verbinden, wenn man allein nicht über die Mehrheit verfügt. Das war ehemals nicht leicht, solange die Parteien noch für Programme und Prinzipien sohten. Nur einander verwandte Parteien konnten sich verbünden. Heute geht das einfacher. Man verbündet sich ja nicht, um irgend ein Programm durchzuführen, sondern um „regierungsfähig“ zu werden, das heißt Zutritt zur staatlichen Versorgungsanstalt zu erlangen. Sobald man sich mit anderen Mittstreibern darüber verständigt hat, liegt dem Zusammenstreben zu einer „positiv-fruchtbaren Arbeitsmajorität“ nichts mehr im Wege. Der Willkür ist gezeigt, daß sogar eine Koalition zwischen Freisinnigen und Konservativen nicht mehr zu den Unmöglichkeit gehört.

Störend wirkt dabei nur eins: Jede der Cliquen möchte so viel als möglich aus dem Staate herausziehen, das sehr aber voraus, daß vorher auch recht viel hineingekommen wird. Darüber, daß die jetzigen Ausgaben des Staates in ihrer bisherigen Höhe verbleiben müssen und die Masse der arbeitenden Schichten zu ihrer Deckung aufkommen muß, sind sie alle einig. Aber die Belastung der Volksmassen findet ihre Grenzen, wird auch immer gefährlicher. Die Besitzenden müssen schließlich ebenfalls zu den Staatslasten zugezogen werden — jeder will aber so viel als möglich nehmen, so wenig als möglich geben. Jede Clique sucht das Zahlen den anderen zuzuschreiben, wenn einmal die Besteuerung der Besitzenden unermesslich wird. Darüber entspinnen sich oft die wüthendsten Kämpfe. Dieselben Elemente, die mit größter Gemüthsruhe den arbeitenden Klassen die größten Lasten auferlegen, geraten außer sich und erklären die heiligsten Güter der Menschheit für bedroht, sobald ihnen eine neue, wenn auch noch so unbedeutende Steuer zugemutet wird. In Geldsachen hört leicht nicht nur alle Gemüthlichkeit, sondern auch alle Blockpolitik auf.

Außer durch Bündnisse mit anderen Parteien kann man auch durch Veränderungen des Wahlrechts die Stärke der eigenen Partei vermehren. Neben dem wachsenden Ansturm der Sozialdemokratie ist dies einer der Gründe, warum in den verschiedensten Ländern und Gemeinden Wahlrechtsänderungen in letzter Zeit vorgenommen werden. Aber auch hier handelt es sich bei den bürgerlichen Parteien nicht mehr um Prinzipien und Programme, sondern nur noch um Mandate.

Nur die Sozialdemokratie verfährt in dieser wie in jeder anderen Sache stets den gleichen prinzipiellen demokratischen Standpunkt. Die Forderungen und Bestrebungen jeder einzelnen bürgerlichen Partei, selbst der bürgerlichen Demokratie, wechseln dagegen mit den Umständen. Wo es profitabel ist, tritt nicht bloß der Freisinn, sondern auch das Zentrum fürs allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ein. Neben der Sozialdemokratie waren es die Ultramontanen in Süddeutschland wie in Oesterreich, die die letzten Wahlreformen machten. Aber derselbe Freisinn, der in Preußen ansehnend eine Verbesserung des Wahlrechts forderte, verschlechtert das Wahlrecht, wo ihm die Sozialdemokratie auf den Fersen ist, und daselbe Zentrum, das in Bayern die Wahlreform forderte, hindert sie in Preußen. Nirgends ein großzügiges Programm, überall nur kleinliche Verrechnung des nächstliegenden Augenblicksinteresses.

Auch bei dieser Kauferei um die Mandate gibt es oft lebhafte Kämpfe zwischen den bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokratie muß natürlich alle Zwischengänge zwischen ihren Gegnern zu ihren Gunsten auszunützen suchen, mögen deren

Differenzen auch nicht mehr, wie ehemals, prinzipiellen Gegensätzen, sondern nur noch dem Hunger nach Ämtern und Liebesgaben und der Abneigung vor der Tragung von Staatslasten entspringen. Sie muß jeweils einzelne Parteien gegen andere unterstützen, wie sie es seit jeher getan. Aber sie kann das nur tun, um dabei bestimmte einzelne Erfolge zu erreichen, etwa eine bestimmte Wahlreform durchzusetzen, die schon beraten wird, oder eine bestimmte Steuer abzulehnen, die vorgeschlagen ist. Dagegen wäre es schlimmer als zwecklos, wollte sie sich mit einzelnen bürgerlichen Parteien zu einer längeren Aktion oder gar zu einer festen, dauernden Regierungsmehrheit vereinigen. Derartige etwas sich schon undurchführbar zu der Zeit, wo die bürgerlichen Parteien noch feste, weithinsehende Programme hatten. Selbst damals, als der deutsche Liberalismus noch etwas an sich hatte, das nach revolutionärem Charakter aussah, wurde er die Furcht vor der politischen Macht des Proletariats und den Gegensatz des Kapitalisten zum Arbeiter nicht los. Heute aber ist auf keine der bürgerlichen Parteien in irgendeiner der Fragen, die das Proletariat interessieren, irgendwie ein Verlaß möglich.

Man spricht von einem liberal-sozialdemokratischen Block zur Bekämpfung der Reaktion des Zentrums und der Konservativen. Jedoch gestern erst muhten unsere Genossen in Süddeutschland mit dem Zentrum Hand in Hand gehen, um den liberalen Widerstand gegen die Wahlreform zu überwinden, und gestern erst fanden sich die Freisinnigen mit den Konservativen in Preußen zusammen, um eine „positiv-fruchtbare Arbeitsmajorität“ zu bilden.

Sicher müssen wir heute das Zentrum bekämpfen wegen seiner reaktionären Politik. Aber die Liberalen bekämpfen es nicht aus dem gleichen Grunde. Sie waren bereit und sind bereit, mit den Konservativen gemeinsame Politik zu machen. Was sie gegen das Zentrum erbittert, das ist die Tatsache, daß es den Konservativen ermöglicht, reaktionäre Politik ohne Liberale zu treiben, daß der Platz an der Futterkrippe durch liberale Streber besetzt wird, auf den die Liberalen Streber Anspruch erheben. Die Liberalen und liberalen Streber gleichzeitig zu befriedigen, geht schwer an, dazu ist der Ausbeutungsorganismus des Staates noch nicht groß genug. Die Liberalen hassen die Liberalen, aber sie sind stets bereit, um sie zu ersetzen, an ihrer Stelle reaktionäre Politik zu machen.

Und das sind die Bundesgenossen, die wir uns suchen sollen, um derentwillen wir alles aufgeben sollen, was unsere Sache groß und siegreich macht!

Man muß alles sozialistische Empfinden verloren haben, muß alles prinzipielle Denken verlernt oder nie besessen haben, muß sich ganz dem bürgerlichen Beispiel, von dem Vorbild der jetzigen, nicht ehemaligen bürgerlichen Politik befehligen lassen, um die Fähigkeit anzutreiben, unzerer Partei zu raten, sich mit den Nationalliberalen zu einer Regierungsmehrheit in gleicher Weise zusammenzutun, wie es die Freisinnigen mit den Konservativen taten.

Der Karlsruher „Volksfreund“ hat recht, wenn er erklärt, die „Prinzipienreiterei“ komme bei der Großblockpolitik „nicht auf ihre Kosten“. Allerdings, wenn er hinzufügt, die „Prinzipienreiterei“ sei ein „ebenso leichtes wie bequemes Vergnügen“, so beweist er damit, daß er nicht weiß, was ein Prinzip ist, auf welche Weise man sich zu Grundsätzen durchringt, in welcher Weise man unter ihrer Leitung kämpft. Er scheint unter Prinzipien leere Redensarten zu verstehen. Jeder urteilt über Prinzipien nach denjenigen, die er hat.

Wenn unsere Partei sich soweit lastrieren würde, daß sie selbst die Gegnerschaft der Nationalliberalen in Zutrauen verwandelte, so würde sie doch dabei nicht einmal vorübergehend gewinnen — weder sie noch das Proletariat, denn das gemeinsame Arbeiten wäre ja nur dadurch möglich, daß unsere Partei alles vermieße, was bei den Liberalen Anstoß erregen könnte, wie ja auch schon das badische Beispiel beweist, wo unsere Genossen im Landtag sich gezwungen sahen, die neue Gemeindeordnung, die das Dreiklassenwahlrecht beseitigt und die Arbeiter dauernd hindert, zur Mehrheit in der Gemeindevertretung zu gelangen, als demokratische Errungenschaft zu preisen. Denn um ihre nationalliberalen Bundesgenossen nicht abzustoßen, durften sie nicht eine Agitation für das gleiche Wahlrecht zur Gemeindeordnung im Lande entfalten.

Der ganze Effekt der Großblockpolitik, wenn sie im Reich überhaupt möglich wäre, könnte höchstens der sein, daß wir den Liberalen als Stufe dienen, über die sie zur Staatskrippe hinaufstiegen, um dieselbe reaktionäre Politik mit einigen unbedeutenden Variationen zu machen, die jetzt gemacht wird: Weltpolitik.

Die Sublimatvergiftungen im Deutschen Reich. Sublimat ist eines der vorzüglichsten Desinfektionsmittel, das wir besitzen, es wird daher nicht nur von den Ärzten, sondern auch vom großen Publikum in ausgedehntem Maße verwendet. Außerdem wird Sublimat zu genehmlichen und technischen Zwecken und neuerdings auch in der Amateurphotographie in großem Umfang verwendet. Die beliebteste Anwendungsform ist die in Form der Pastillen, die aus gleichen Teilen Sublimat und Kochsalz bestehen unter Zusatz eines roten Farbstoffes. Dieser rote Farbstoff, meist Eosin, bezweckt, die Gefahr der Verwechslung des an sich farblosen Sublimats herabzumindern.

Sublimat ist nämlich ein fürchtbares Gift und wie manche zu Desinfektionszwecken viel gebrauchten Stoffe, z. B. Karbolsäure und Lyso, werden auch die Sublimatpastillen mit zunehmender Verbreitung zu Selbstmordzwecken benutzt; desgleichen sind sie manchmal aus Fahrlässigkeit oder Versehen eingenommen worden. Um zuverlässige Unterlagen über die Unglücksfälle durch Sublimat zu erhalten, hat der Reichsanwalt vom Jahr 1897 ab statistische Erhebungen veranlassen lassen, deren Resultate jetzt vom Reichsgesundheitsamt publiziert wurden. Danach sind von 1897—1905 im Ganzen 101 Vergiftungen mit Sublimatpastillen amtlich gemeldet worden, von denen 92 in selbstmörderischer Absicht erfolgten und die übrigen aus Versehen. Von den 101 Vergiftungsfällen verliefen 58 tödlich, während 43 Vergiftete am Leben blieben. Das weibliche Geschlecht überwiegt beim Selbstmord mit Sublimat gegenüber dem männlichen, wobei die Geneigtheit des weiblichen Geschlechtes, zu Selbstmordzwecken Gift zu wählen, deutlich hervortritt. Als tödliche Dosis genügt schon das Verchluden einer Sublimatpastille von 1/2 Gramm. Es hat nach dieser Statistik die Zahl der in Deutschland jährlich vorgekommenen Sublimatvergiftungen durchschnittlich 11 betragen, von denen 10 in selbstmörderischer Absicht ausgeführt wurden; das ist eine geringe Zahl, bedenklich doch in Preußen allein im Jahre 1905 im ganzen 630 Personen ihr Leben freiwillig durch Gift.

Notizen.

Die Reinigung der Straßen von Denkmälern. Der Pariser Gemeinderat hat vor einigen Tagen in einem ausführlichen Bericht dargelegt, daß eine der ärgsten Verlebenshemmnungen in der zunehmenden Masse der Denkmäler besteht. In der Tat hat die Beierwirtschaft in der Gemeinde und das Mäcenatentum dekorationswürdiger Speicher eine wahre Ueberfluthung in Bronze und Marmor hervorgerufen. So ist z. B. Alfred Russel in Paris gleich mit drei Denkmälern vertreten. Corbeiller fragt nicht mit Unrecht: „Was hat Shakespeare auf dem Boulevard Drouotmann zu tun, Henri Deque auf dem Trottoir der Avenue de Villiers?“ Aber das sind immerhin doch Größen der Literatur, die im Publikum mehr oder minder Erinnerungen auslösen. Sinnloser noch sind die Monumente von allerhand längst vergessenen Generalen und Admiralen und obskuren Professoren. Corbeiller beantragt, einfach alle Denkmäler — mit Ausnahme der patriotischen Großen — aus der Stadt zu schaffen und auf den Festungswällen aufzustellen, wo sie niemand genieren.

Kleines feuilleton.

Schlaporelli über die Marskanäle. Der jüngst verstorbenen italienische Astronom Schlaporelli, dem wir die ersten grundlegenden Beobachtungen über die sogenannten Marskanäle verdanken, hat noch kurz vor seinem Tode in einem Privatbrief zu dieser viel umstrittenen Erscheinung Stellung genommen. Der schwedische Physiker Arhenius hatte die „Kanäle“ für Spalten erklärt, die unseren Erdbebenpalten entsprechen. Schlaporelli äußert sich dazu in dem vom „Kosmos“ veröffentlichten Briefe: „Was mich betrifft, so ist es mir noch nicht gelungen, mir ein organisches Ganzes von vernunftgemäßen und glaubwürdigen Gedanken über die Marsphänomene zu bilden, die vielleicht doch noch etwas verwickeltere Erscheinungen darstellen als Herr Arhenius annimmt. Aber ich bin mir ganz klar über einen Punkt, hinsichtlich dessen ich mich in voller Uebereinstimmung mit ihm befinde, daß man nämlich eine Mitwirkung der geologischen Struktur des Planeten in Rechnung ziehen muß: Alexander v. Humboldt nannte dies in abstrakter Weise die Reaktion des Innern auf die Oberfläche und auf die den Planeten in Form einer Atmosphäre umgebenden Hüllen. Ich glaube auch mit Herrn Arhenius, daß die Linien und Streifen des Mars (der Name „Kanäle“ sollte vermieden werden) sich durch die Tätigkeit von physiko-chemischen Kräften ganz allein erklären lassen; ausgenommen immer gewisse periodische Färbungen, die wohl das Ergebnis organischer Bildungen von großer Ausdehnung sein könnten, wie auf der Erde das Wäsen der Steppen und ähnliche Erscheinungen. Ich bin ebenfalls der Meinung, daß die geometrischen und regelmäßigen Linien (deren Vorhandensein noch von vielen Personen bestritten wird) uns für den Augenblick hinsichtlich der wahrscheinlichen oder unwahrscheinlichen Existenz intelligenter Wesen auf diesem Planeten gar nicht lehren. Indessen erachte ich es für gut, wenn jemand alles sammelte — sei es auch nur als Grundlage für die Prüfung —, was sich auf vernünftige Weise zugunsten dieser Existenz vordringen läßt. Und unter diesem Gesichtspunkte schäze ich außerordentlich die hochherzigen Bemühungen des Herrn Lowell und die von ihm zu diesem Zweck gemachten Aufwendungen an Geld und Arbeit sowie seine sehr scharfsinnigen Ausführungen darüber.“

Die „wissenschaftliche Bildung“ des bayerischen Klerus. Aus München wird uns geschrieben: Viel belacht wird hier ein grausamer Reinfall eines Zentrums-Theologen, der es unternommen hat, den Bischof von Regensburg wegen seines bekannten Ausspruches: „Wer knecht ist, soll Knecht bleiben!“ gegen die Angriffe der sozialdemokratischen Presse zu verteidigen. Die „Münch. Post“ hatte an der Hand von Bibelstellen nachzuweisen gesucht, daß sich in den Schriften des Apostels Paulus, auf den sich der Bischof berufen, ein derartiger Ausspruch nicht finde, und hatte dazu bemerkt:

„Wir demühen den Text der ganz zuverlässigen Konstanzer Ausgabe der Bibl. Sacr. vom Jahre 1770.“

Diesem Quellennachweis gibt der ultramontane Theologe, der in mehreren Blättern einen großen, angeblich „wissenschaftlichen“

Rechtfertigungsartikel zugunsten des Bischofs veröffentlicht, wieder, indem er sagt, die Herren Theologen der sozialdemokratischen Presse beriefen sich auf „den Text der ganz zuverlässigen Konstanzer Ausgabe der biblischen Sacramente (!)“ usw.

Was sich der Zentrums-Theologe unter der Konstanzer Ausgabe der „biblischen Sacramente“ vorgestellt hat, ist sein Geheimnis. Von jedem Buchhändlerlehrling hätte er sich belehren lassen müssen, daß die Abklärung Bibl. sac. nichts anderes bedeuten kann als Biblia sacra, zu deutsch: heilige Bücher. So etwas braucht ein Zentrums-Theologe natürlich nicht zu wissen.

Aber nicht genug damit; mit einem ganz unscheinbaren Mittel, nämlich mit Hilfe des hinzugefügten Ausdruckszeichens, weiß der „Bayer. Kurier“, der den Artikel auch abdruckt, die zentrums-theologische Dummheit von den „biblischen Sacramenten“ als ein Zeichen sozialdemokratischer Unwissenheit erscheinen zu lassen! So paaren sich bei dieser ultramontanen Stippe in anmutiger Gemeinschaft Unwissenheit und Vertheid.

Der unterlebene Handfuß. Die russische Zeitung „Netsch“ berichtet aus Orenburg: In der achten Klasse des Orenburger Gymnasiums stand der Schüler Wsewolod Schufschinzew vor dem Abiturium. Neun Jahre lang war er, wie der Direktor wiederholt anpöberte, Wusterschüler gewesen; er war infolge dessen Kandidat für die goldene Schümedaille. Da kam am 15. Juni das Abiturium, und der junge Mann bestand es glänzend. Etwas sehr Bedauerliches passierte nur bei der Religionsprüfung, Bischof Dionysius von Tscheljabinsk, der dem Examen beizohnte, verteilte unter die Absolventen Evangelien. Schufschinzew nahm sein Evangelium, lächelte, bezog aber die Hand des Bischofs zu lähen. Entrüstet entrieß der geistliche Herr dem Schüler das Evangelium, eilte zum Katheder und änderte die gute Jenur 4, die der Abiturient in Religion erhalten hatte, in 2 um. Als aber der Schüler auf Verlangen des Direktors den Bischof um Entschuldigung bat, verbrauchte der Jorn des kirchlichen Bisdenträgers und er änderte die 2 in eine 8 um. Das Reifezeugnis war gereicht. Alle waren zufrieden, nur der Direktor nicht. Er zitierte die Mutter des Knaben zu sich und erklärte, er gebe ihrem Sohne das Abgangszeugnis nicht, bevor sie nicht den Bischof um Verzeihung für ihren miktroteten Jungen gebeten haben würde. Die Schlichterme und tränkliche Frau tat das. Der Bischof war über den Ueberreifer des Direktors sehr erstaunt, aber „durchaus nicht erfreut. Aber der Direktor war noch nicht zufriedengestellt. Er forderte von der Mutter ein ärztliches Zeugnis über die geistige Anomalität ihres Sohnes, den er früher als Wusterschüler gepriesen hatte. Die Mutter beschaffte das Zeugnis (!). Und auch das genügte dem Direktor nicht. Er berief den Beirrat und setzte hier durch, daß der ausgezeichnete Schüler für Betragen eine schlechte Note erhielt. Als dieser Jenur und dem ärztlichen Zeugnis war dem jungen Abiturienten der Zutritt zur Universität verschlossen. Und um seinen großzügigen Straßplan ganz durchzuführen, ging der Direktor zum Vater des Schülers, der als Lehrer am Gymnasium sein Untergebener war, und forderte ihn auf, um seinen Abschied einzulommen. So lebt man in Rußland!







bedienen, wenn das Objekt mehr als 600 M. beträgt. — 2. Ja. — 3. Ja. 23. 1. Rein, 2. Rein, falls, wie wahrscheinlich, der Sohn nach dem Eintritt des Erbfolges großjährig ist. — 4. N. 20. Sie sind nur zur Zahlung des Reinerlöses, der sich bei der Versteigerung ergeben hat, verpflichtet, falls Sie vor dem Versteigerungstermin eine Aufforderung zur Freigabe nicht erhalten haben. Ist das letztere in glaubhafter Form geschehen, so sind Sie zur Erhaltung des ganzen Wertes verpflichtet. — 5. J. Das Vorhandensein zweier Kinder berechtigt Sie zu dem Verlange auf Herabsetzung um eine Stufenstufe. — **Wartba.** Welchen Sie sich bei der Klage über die Erhaltung des ganzen Wertes verpflichtet. — 100 R. 1. Ja. 3—5 Mark wöchentlich. 2. Nein, sofern Ihre Frau die Sachen eingebracht oder während der Ehe erworben hat. — 52. Besten Dank. Werden Ihren Wunsch berücksichtigen.

**Wartbaer Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch:** Zufuhr reichlich, Beschäftigung ruhig, Preise unverändert. **Wid:** Zufuhr nicht genügend, Beschäftigung reger, Preise gut. **Wid:** Zufuhr genügend, Beschäftigung lebhaft, Preise fest. **Fische:** Zufuhr mäßig, Beschäftigung reger, Preise für Fischhölzer hoch. **Butter und Käse:** Beschäftigung ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Beschäftigung mäßig, Preise fest, Preise fast unverändert.

**Wetterprognose für Sonnabend, den 30. Juli 1910.**  
Niedlich warm bei mäßigen südlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Gewitterneigung; später wieder aufklarend.  
Berliner Wetterbureau.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolke- bedeckung	Temper. in °C	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolke- bedeckung	Temper. in °C
Schwetzingen	760	SW	2	18	Darmstadt	756	SW	2	17
Darmstadt	757	SW	2	16	Petersburg	756	SW	2	16
Berlin	759	SW	2	18	Stettin	755	SW	3	13
Frankfurt	759	SW	1	18	Herbert	750	SW	2	13
München	760	SW	3	16	Paris	758	SW	3	13
Wien	761	D	1	17					

# Theater und Vergnügungen

**Sonnabend, den 30. Juli.**  
Anfang 7 Uhr.  
**Neues königl. Opern-Theater.**  
Die Hölle.  
Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Dorothea Rettung.  
Kammerstücke. Liebeswägen.  
Leffing. Kamenentant.  
**Romische Oper.** Der Regiments-  
papa.  
**Deutscher.** Takt.  
**Kleines.** Nur ein Traum. (Anfang  
1/2 Uhr.)  
**Neues Schauspielhaus.** Der  
Hilger.  
**Geibel.** Dem gehört Helene?  
Spul. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Neues Operetten-Theater.** Der Graf von  
Luxemburg.  
**Lustspielhaus.** Das Leutnants-  
mündel.  
**Thalia.** Charleys Tante.  
**Schiller.** (Wagner-Theater.)  
Mädchen aus Schöneberg.  
**Schiller.** Charlottenburg. Die  
von Hochstetel.  
**Säulen.** Der Graf von Monte  
Christo.  
**Herrnsfeld.** Die Welt geht unter.  
Wenn zwei das selbe tun.  
**Rose.** Der Seefahrer.  
**Wetrowski.** Gallo II — Die große  
Revue.  
**Folies Caprice.** Die böse 13.  
Die keusche ToINETTE. — Der  
Athlet. — Pariser Ehen. —  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Volgt.** Bineta.  
**Puffmann.** Berliner in Japan.  
**Apollon.** Spezialitäten.  
**Wassage.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Winter-Tamian.  
**Walhalla.** Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Karl Faberland.** Spezialitäten.  
**Walter.** Schützenfest.  
**Urania.** Taubenschlag 48/49.  
Abends 8 Uhr: Die Insel Rügen.  
**Sternwarte.** Amalienstr. 57—62.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Taubenstraße 48/49.  
Heute abend 8 Uhr:  
**Die Insel Rügen.**  
**ZOO-LOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert**  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder  
unter zehn Jahren die Hälfte.  
**Ausstellungshalle am Zoo.**  
Täglich (Anfang 8 Uhr):  
**Kinematographische  
Vorführungen.**  
Heute neues Programm.  
**Castans Panoptikum**  
Friedrichstr. 165 (Pachorrrpal).  
Größte Sehenswürdigkeit  
Berlins  
**Der Mann  
mit der eisernen Zunge.**  
Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstetel.**  
Lustspiel in 3 Aufzügen von Leo  
Waller Stein und Ludwig Keller.  
Erste nach 10 Uhr.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstetel.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstetel.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)  
**Gottscheld-Oper.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
In vollstimmigen Besetzung:  
Das Milchmädchen aus Schöneberg.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Bei ermäßigten Preisen:  
Martha oder: Der Markt zu Richmond.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Das Milchmädchen aus Schöneberg.  
**Luna Park**  
TERRASSEN  
HALENSEE  
Größter Vergnügungspark  
des Kontinents.  
Täglich: Sensationelle Attraktionen, Translatour-  
und Militär-Orchester. — Eintrittspreis 50 Pf.  
Demnächst: **Tanagra, das achte Weltwunder.**  
Sonnabend,  
den 30. Juli: **Gala-Tag. 6 Kapellen.**

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**  
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntags 50 Pf., Dauert 6 M.  
**Folies Caprice**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
**Die böse 13.**  
**Die keusche ToINETTE.**  
**Der Athlet.**  
**Pariser Ehen.**  
**Herrnsfeld**  
Theater  
Heute: Wiedereröffnung.  
Die größten Solager  
der letzten Saison:  
**Die Welt geht unter!** und  
**Wenn zwei das selbe tun**  
mit Anton und Donat Herrnsfeld.  
Bühnenverf. 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Volgt-Theater**  
Gesundbrunnen Badstr. 53  
Sonnabend, den 30. Juli:  
1/8 Uhr **Bineta.** 1/8 Uhr  
Gr. romant. Lebensbild mit Gesang  
und Tanz in 3 Akten von G. Schulz.  
Das glänzende Juli-Programm.  
Kaisereinführung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.  
**Schweizer Garten**  
Am Koenigsplatz — Am Friedrichshalm.  
Täglich:  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Abend 1/10 Uhr:  
**Berliner Herzen.**  
Volksstück mit Ges. in 2 Akt.  
Volksbelustigungen. Tanz.  
Anfang 5 Uhr. Entree 20 Pf.  
Jed. Mittw.: Kinderfrauenfest.  
**Puffmanns Theater**  
Schön. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.  
Wenn schön — im Garten!  
Wenn Regen — im Saal!  
**Die Tochter der Hölle**  
Das die brillantesten Spezialitäten.  
Anfang wochentl. 1/5, Sonnt. 1/4 Uhr.  
Entree wochentl. 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.  
Rittwoch zum ersten Male: **Ver-  
liebte Mädchen.** Sonnabend, den  
6. Aug.: Benefiz für Frau Käthe Reich:  
Die Blumenfäule.

**Lessing-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Kajernenluft.**  
**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: **Taifun.**  
Morgen: **Taifun.**

**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Montag und folgende Tage:  
**Kasernenluft.**  
**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Graf von Luxemburg.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-  
möglicht. Preisen: Die Dollarprinzessin.

**Theater des Westens.**  
Saison-Eröffnung:  
Sonntag, den 31. Juli, 8 Uhr:  
**Die geschiedene Frau.**

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Anfang 8 Uhr.  
Wiedereröffnung Sonntag, 31. Juli:  
**Im Taubenschlag.**  
Schwanz in 3 Akten von Denniquin  
und Weber.  
Morgen und folgende Tage dieselbe  
Vorstellung.  
Sommer-Preise.

**Luisen-Theater.**  
Sonnabend, den 30. Juli, 8 Uhr:  
**Der Graf von Monte Christo.**  
Schauspiel in 7 Akt. nach A. Dumas.  
Sonntag und folgende Tage: **Der  
Graf von Monte Christo.**  
Sonnt. 3 Uhr: **Reue Darnstetten.**

**Lustspielhaus.**  
Abends 9 Uhr:  
**Das Leutnantsmündel**

**WINTERGARTEN**  
Saison-Schluss: 31. Juli 1910.  
**Vorletzter Tag!**  
**La Tortajada**  
in ihrer neuesten Schöpfung:  
„Abenteuer eines Toreros“.  
**Garcias**  
jonglierende Silhouetten,  
Kaufmanns Lady Cycle-Troupe  
sowie  
die sensationellen Attraktionen  
des Juli-Programms!

**Passage-Panoptikum.**  
Die zusammengewachsenen  
**Schwestern Blazek  
und ihr Kind.**  
Von 11—1 Uhr mittags  
u. von 3—10 Uhr abends zu sehen.  
**Keln Extra-Entree!**  
Nur wenige Tage!  
Eintritt 50 Pf., Kinder und  
Soldaten 25 Pf.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der größte Theatererfolg  
Berlins**  
**Caruso**  
Senor Ordona,  
der stimmungsvollste Tenor,  
der je gehört wurde,  
u. das große Juli-Programm.

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
**Die große Revue!**  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szenen  
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.  
**Apollon**  
Theater  
Ab 8 Uhr: Das Programm der  
großen Spezialitäten. 9 1/2 Uhr:  
**Klassische Tänzerinnen**  
vom königl. dänischen Hofest  
**5 Beautés Korinnas 5.**  
9 1/2 Uhr:  
**Schimpanse - Orang-Utang**  
als Taubenschlag  
u. u. u.

**ROSE-THEATER**  
Große Franzfurter Str. 102.  
Auf der Gartenkade:  
**Der Seekadett.**  
Operette in zwei Akten von  
Otto Richter. Musik von G. Strauß.  
Auftreten erstklassiger Spezialitäten.  
Großes Gartenkonzert. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Westl.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Anfang wochentags 7 Uhr.  
Sonntags 4 Uhr.

**„Pharus-Sommer-Theater“**  
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart.  
Berlin N., Müllerstr. 142.  
Täglich: Im herrlichen Naturgarten, bei Regen im Theatersaal:  
**Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung**  
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.  
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**  
Anfang Sonntags 4 Uhr, wochentags 4 Uhr.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landshorger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungenügender Witterung  
Edel für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Aufstehen der  
**besten Turnfeilkünstler** der Welt The Liepoltz.  
**The 3 Blackburns,** phänomenaler Luftkünstler. Gr. Lufterfolg:  
**Gustav Looser Comp.** Sensation. Pantomime, ein Spaß in  
einer hochwichtigen Rollenstellung. — **Tuett Krill** und **Gustav  
Müller,** Original-Quartett  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlagern und des  
neue beste Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen - Feuerwerk und Ball.**  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 8 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamtbesuch 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten  
Louise und Waldemar Diez.

**Burgtheater-Kinematograph**  
vom. Grotorjan, Ansb. : Rud. Marx,  
Schönhauer Allee 129. Tel. 3, 9353.  
**Lebende Photographien.**  
Während der Sommermonate nur  
Sonnabend, Sonntag u. Montag.  
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 1/2, Sonnt. 4 u. Vorzugskarten,  
nur wochentl. gültig, 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Stets wech. Progr. Jed.  
Sonnt. i. Oberaal: **Kinderkonzert.**  
Entree 15 Pf., Kinder 10 Pf.  
R. d. Konzert: **Familien-Kränzchen.**  
Täglich: **Freikonzert.**

**Max Kliems Sommertheater**  
und Festsäle.  
Inh.: **Rudolf Krüger.**  
Haseholde 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.  
Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-  
Vorstellung.**  
Artist. Leitung: **Walter Gravenitz,**  
Kapellmeister: **Max Wolfheim.**  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**  
Anfang: Wochentl. 8 Uhr, Sonnt. 1/2, 5 Uhr.

**Schillingsbrücke**  
am Schlesischen Bahnhof.  
Morgen Sonntag mit Musik  
früh 8 Uhr und nach **Neue Mühle.** Ein 50 Pf.  
mittags 2 Uhr und nach **Neue Mühle.** Ein 50 Pf.  
Nächsten Dienstag: **Kladderfest.** Abfahrt früh 10 Uhr und mittags  
2 Uhr. Entf. Bes. an Bord. Ein und zurück 50 Pf. 149b  
**Von der Michaelbrücke** an der Michaelbrückstraße. Heute  
Sonnabend: **Gr. Waidhühner-  
Promenadenfahrt** mit Ruck nach Müggelwarder mit  
Rundfahrt auf dem Müggelsee. Doleicht Sommerachtsball.  
Abf. 9 1/2 Uhr abds. Preis hin u. zurück 50 Pf. Reederrolf G. Zachow. Tel. 4, 5621.

**Königstadt-Kasino.**  
Königsplatz. 72. Ecke Alexanderstraße.  
(Inhaber: Max Schindlerhaus.)  
Im herrlichen Naturgarten (bei un-  
genügender Witterung im Theatersaal).  
Täglich: **Quint. „Kouf“** aus Joso-  
fama 7 1/2 u. 1/2. bester Ent-  
wicklungsstil. u. u. Goldschmied  
**Teaterlein.** Volkst. m. Ges. in 1 Akt.  
Anfang wochentl. 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Gastspiel  
**Winter  
Tymian**  
mit seiner berühmten  
Hörren-Gesellschaft  
Anf. wochentl. 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Montag, d. 1. 8.:  
Wiederbeginn der  
Soireen der  
**Stettiner Sänger.**

**Volksgarten-Theater**  
früher Weimann.  
Badstr. 8, Böhm. u. Belferemannstraße.  
Täglich: **Konzert, Theater- und  
Spezialitäten-Vorstellung.** Das neue  
Hörren-Gastspiel. Zur Auffüh. gel.:  
**Der Goldentel.** Lebensbild mit  
Gesang u. Tanz in 3 Akt. n. H. Elmar.  
Jed. Donnerst.: **Gr. Brillant-Feuerw.**

**BBB**  
Brunnenstraße 16.  
**Das größte Kino-  
Theater Berlins.**  
Neues Programm.  
Eintritt 30 Pf.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
Täglich:  
**Konzert, Theater,  
Spezialitäten.**

**Walhalla-  
Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal Tor.  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**Das großartige  
Variete-Programm.**

**Sommer-Theater  
Café Bellevue**  
am See und  
Bahnhof Stralsau-Rummelsburg.  
Täglich:  
**Spezialitäten  
Theater, Konzert.**

**Victoria-  
Brauerei, Lützowstr. 111/112**  
Im Garten ober Saal: Täglich  
**Gr. humorist. Soiree.**  
(Gesangsvorträge, Theater und  
Variete-Vorstellungen.)  
Sonntags, Dienstag, Donnerstag,  
und Sonnabends: **Tanzkränzchen.**  
Anf.: Wochentags 8, Sonntags  
7 Uhr. — Alle Biers gültig.  
Im Restaur.: Wochentags 75 Pf.  
Gr. u. L. Söle zu Festlichkeiten  
aller Art. Max Sanger.

**Spreegarten  
Treptow.**  
(Gegenüber der Sternwarte.)  
Heute Sonnabend,  
den 30. Juli:  
**Großes Militär-Konzert**  
Kapelle d. Garde-Granadier-  
Reg. No. 5, kgl. Obermusik-  
meister Kneifel.  
Im Riesen-Fest-Saal:  
**Großer Sommernachts-Ball.**

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Täglich:  
**Schützenlied.**  
Spezialitäten, Konzert und Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Ristaus Restaurant  
und Garten-Lokal**  
Friedrichsfelde, Schloßstr. 17  
empfiehlt den geehrten Gästen seine  
großen Garten-Lokalitäten und  
Bereitwilligkeit zur geselligen Be-  
weigung. 2903\*  
Bereitwilligkeit noch für einige  
Tage zu vergeben.

Na ja,  
kann hat man den Rücken gewandt,  
dann geht es los — in  
**Nible's Festsäle**  
Dennewitzstraße 13.  
Jeden Donnerstag, Sonnabend  
und Sonntag: 1325\*

**Großer Ball.**  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.







Hus Industrie und Handel.

„Christlich im Handel — christlich im Wandel!“

Zum Dortmunder Bankkrach.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Der Fall des „alten, ehrlichen“ Christenmenschen, der schredlich fromm tut, damit ihm die lieben Mitmenschen nicht genauer auf die Häute sehen, hat abermals eine neue Auflage erlebt. Die Niederdeutsche Bank hat an vielen Plätzen Zweiggeschäfte, auch mehrere im Münsterland, wo die Bank durch das fromme Getue des ehrenwerten Direktors Ohm beim Alerius-Einfluß hatte. Die Verbindlichkeiten der Bank werden auf circa 50 Millionen Mark geschätzt. Zahlreiche Beamte der Treuhandgesellschaft sind anscheinend in 14 Tagen noch nicht in der Lage gewesen, Klarheit in die verwirrten Verhältnisse zu bringen. Nicht bloß das ganze Aktienkapital ist verloren, sondern auch die Gläubiger kommen um den größten Teil ihres Geldes. Bei den vielen Geschäften, die mit der Niederdeutschen Bank in Zusammenhang stehen, gibt es einen Krach, wie ihn Westfalen noch nicht gesehen hat. In Betracht kommen: die Altmeyer-Bank, die Altmeyer-Bräuerei A.-G., die A.-G. für luftlos-elastische Fahrradbereifung in Dortmund, die A.-G. Pretter u. Co. in Dortmund, die Blankenese-Marienhöhe Terrain-A.-G. in Hamburg, die Phosphor-Metallgesellschaft A.-G. in Köln, die Habermann u. Gude A.-G. in Kiel, die Schleppdampfschiffahrtsgesellschaft Karl Liebmann und Kautz u. Vohm A.-G. in Hamburg, die Dortmunder Brauhausgesellschaft, die Aktiengesellschaft für Holzverwertung, die Maschinenbauanstalt Altmeyer, die Motoren- und Lastwagen-Aktiengesellschaft in Aachen, die Gummitextil Frankfurt, die Nordische Küstenfahrtsaktiengesellschaft, die Westfälische Marmor- und Granitwerke. Die Niederdeutsche Bank hat Filialen in Bedburg, Bramsche, Brandenburg a. S., Bremerhafen, Bremerbüchel, Burgsteinfurt, Cloppenburg, Coesfeld, Emden, Emsdetten, Essen, Gelsenkirchen, Godesberg, Göttingen, Hamburg, Hannover, Hörde, Horrem, Ladinghausen, Melle, Münster, Oelde, Osnabrück, Paderborn, Pyrmont, Barendorf usw.

Allgemein herrscht die Ansicht, daß noch weitere Verhaftungen folgen werden, da die Schiedungen — mit einem Loch wurde das andere zugestopft — auch dem Aufsichtsrat hätten bekannt sein müssen. Beim letzten Mal wurden noch 7 Proz. Dividende ausgeteilt. Die Erbitterung der Bevölkerung richtet sich vor allem gegen den fromm-lutherischen Direktor Ohm. An tausend Menschen hatten sich bei der Verhaftung am Banklokal angeammelt.

Die „bürgerlichen“ lokalen Zeitungen zeigen sich nun zum Teil recht tapfer und wünschen die Schuldigen in die tiefste Wollschucht. Wenn aber dabei mitgeteilt wird, daß man die Dinge schon lange durchschaut habe und in Dortmund jeder habe wissen können, wie es mit der Niederdeutschen Bank stehe, so fordert dies doch eine eingehendere Würdigung heraus. Wenn das so ist, wenn verschiedene Zeitungen um die faule Sache gewußt und nichts getan haben, um das Publikum zu warnen, so sind diese ehrenwerten Blätter in hohem Grade mitschuldig an der Katastrophe. Es ist also wieder die alte Geschichte: die Wissenden wollten sich „nicht die Finger verbrennen“, sie „nahmen sich in acht“ und so weiter, wie ja die geschäftsmäßig „weisen“ Lebensmaximen lauten. Der Rat zum Urteil hört auf, wo's Geschäft Schaden nehmen kann. Jetzt wird die „arme, alte Frau“ angeklöpelt, die „alles verloren“ hat, den „Krost“ und das Entzücken ihres hilflosen Alters.“ Das erinnert wieder an den Satz aus Lessings „Rathan“, wieviel leichter „andächtig schwärmen“ als gut handeln ist und wie so viele Menschen andächtig schwärmen, um gut handeln nicht zu müssen. Indem die Wissenden von der bürgerlichen Presse ihr Publikum schweigend täuschen und dies noch dummertweise nachträglich an die Glocke hängen, wird ein großes Stück Pressekorruption aufgedeckt. Nicht ganz so dumm schreibt die „N.-W.-S.-Z.“:

„Bis in die letzten Tage noch hat es die Zeitung der Niederdeutschen Bank für nützlich und erlaubt gehalten, die Zeitungen für ihre Zwecke zu mißbrauchen: sie zur Verbreitung, wie jetzt nicht mehr zu bezweifeln ist, irreführender Nachrichten benutzte und sie durch Drohungen zu bestimmen versuchte, die Wahrheit zu verschweigen. Doch solches Bestreben, durch die Presse zwar Erfolge gegen laut verkündigten zu lassen, Mißerfolge, die natürlich überall einmal vorkommen, aber zu unterdrücken, bei der jetzt fallierten Bank bestanden hat, ist leider nun der Fall. Eine ähnliche Mahnung ist an das Publikum, an die Aktionäre zu richten. Die wollen im allgemeinen durch die Presse schon unterrichtet werden, schimpfen und toben aber, wenn gegen die Vorzüglichkeit und die glänzenden Aussichten „ihres“ jeweiligen Unternehmens in Zeitungen auch nur ein Wort des Zweifels laut wird. Das Bankgeschäft ist mehr als jeder Warenaustausch Vertrauenssache. Vertrauen ist das größte Aktivum einer Bank. Die richtige Verantwortung, ihr das zu tauben, darf nur jemand übernehmen, der recht sichere Unterlagen in Händen hat.“

Die „N.-W.-S.-Z.“ meint dann weiter, die Verwaltung der Bank habe sich nicht in die Karten gucken lassen. Aber die im obigen Zitat von uns gezeigten Stellen zeigen uns doch klar den Korruptionssumpf. Man richtet eine Mahnung an das Publikum, sich belehren zu lassen. Als ob „das Publikum“ auf Wunsch von der Presse belogen werden müsse oder dürfe! Recht niedrig! Damit also die Leser das bürgerliche Blatt nicht abbestellen und der Verleger weniger gute Geschäfte macht, werden ungünstige Nachrichten unterdrückt!

Rein, die bürgerliche Presse hat kein Recht, jetzt in „Entrüstung“ zu machen, sie ist mitschuldig, soweit sie tuschelt und schweiget. Die Sozialdemokratie will die Korruption mit der Wurzel ausrotten und bekämpft deshalb die kapitalistische Wirtschaft, mit deren Fall erst der Korruptionssumpf trocken gelegt werden kann.

Beteiligung der Reichsbank beim Ankauf der Niederdeutschen Bank. In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank teilte der Vorsitzende über die Beziehungen zu der Niederdeutschen Bank mit, daß die Reichsbank im Verkehr mit diesem Institut stets große Vorsicht geübt habe. Das gesamte Wechselengagement belaufe sich nach dem Stande vom 23. Juli d. J. auf 1264000 M. Davon würden nach vorsichtiger Schätzung 844000 M. voraussichtlich durch die Mitverbundenen bezahlt werden. Die übrigen 420000 M. seien durch die gesperrten Girokonten und durch andere Sicherheiten im Betrage von zusammen rund 500000 M. gedeckt, so daß der Reichsbank aus dem Zusammenbrüche der Niederdeutschen Bank, soweit sich bis jetzt übersehen lasse, Verluste überhaupt nicht erwachsen würden.

Ein russischer Getreidekrieg. Aus Petersburg wird telegraphiert: Unter dem Vorsitz des Gehilfen des Handelsministers v. Müller hat heute eine Beratung der bedeutendsten Getreideexporteure Petersburgs stattgefunden, in der beschlossen wurde, einen Bund der Getreideexporteure zu gründen zum Zweck der Regulierung des Getreidehandels und des Schutzes seiner Interessen im In- und Auslande.

Vermischtes.

Bluttat einer Geisteskranken.

In Köln-Chrenfeld wurde Freitag früh in dem Hause Lichtstraße 64 die 53jährige Frau des Wegemeisters Wefers am Fenster ihrer Wohnung ertränkt aufgefunden. Die 33jährige Tochter der Frau lag erdrosselt vor dem Bett. Drei Kinder ihres Sohnes wurden erdrosselt in ihren Betten aufgefunden. Da die 53jährige Mörderin schon in einer Nervenanstalt war, nimmt man an, daß sie die Tat in geistesgestörtem Zustande verübt hat. Noch am Abend vorher hat sie geäußert, sie wolle die ganze Familie umbringen. Der Mann der Mörderin befindet sich zurzeit auf einer Ferienreise. Der Vater der ermordeten drei Kinder: ein Reisender, befindet sich ebenfalls auf einer Reise in Holland.

Weiter wird zu der Schredensstat berichtet: In der Wohnung der Mörderin wurden zwei Fettel gefunden, auf deren einem sie von ihrem schredlichen Vorhaben Kenntnis gibt, während sie auf dem zweiten Fettel mitteilt, daß sie die Tat vollbracht habe und sich selbst das Leben nehmen werde. Unter dem Kopfkissen der Mörderin wurde ein Geldbetrag gefunden. Nach dem Befund scheint sie die meisten Opfer durch Würgen am Hals getötet zu haben. Das sechsjährige Mädchen wurde dagegen mit einem Strick um den Hals erdrosselt aufgefunden. Da das dreijährige Kind Blutspuren im Gesicht aufweist, nimmt man an, daß es wach geworden ist und sich gehöhrt hat.

Die Vergung der Leichen auf Zeche Rabbod.

Auf Zeche Rabbod sind seit dem 11. d. M., wo die letzten Vergungen erfolgten, wieder 13 Leichen geborgen worden und sind gestern vormittag von denselben 10 in einem Massengrab in Hövel beigelegt worden. Im ganzen sind jetzt 191 Leichen geborgen.

Schwere Unwetter.

Aus Mailand meldet uns der Telegraph: Ein heftiges Unwetter herrschte gestern in der Gegend von Susto und in der Umgegend von Mailand. Der Jylson hat neuerdings großen Schaden angerichtet. Namentlich die Weinernte ist auf großen Strecken völlig vernichtet. Auch andere Arten von Feldfrüchten haben durch die Ueberschwemmung sehr gelitten. Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen mit Mailand sind vollständig zerstört. Mehrere Personen wurden verletzt. Einige Frauen sind wahnsinnig geworden. In Vincenzo hat ein plötzlicher Wettersturz stattgefunden. Empfindliche Kälte ist eingetreten. Es herrscht so starkes Schneegestöber, wie es selbst bei dem letzten stattgefundenen Wettersturz im Juni nicht der Fall war und wie sich derartiges selbst die ältesten Leute in der Umgebung nicht erinnern können, derartiges jemals erlebt zu haben. Das Thermometer stand zeitweise unter Null. In der letzten Nacht hat sich die Witterung etwas gebessert. Gewitter gingen in den frühen Morgenstunden nieder. Im Gebirge herrscht ebenfalls Unwetter. Die Wege sind durch die überall niedergehenden Lawinen unsicher gemacht. Die Züge können nur mit großer Verspätung verkehren.

Porter wird nicht ausgeliefert.

Rom, 28. Juli. (Eig. Ver.) Wie der „Messaggero“ aus London erfährt, wird Porter, der Mörder von Comersee bestimmt von den Vereinigten Staaten nicht ausgeliefert. Da die italienische Regierung nie und in keinem Falle von ihrem Rechtsgrundrecht abgegangen ist, keinen italienischen Staatsbürger auszuliefern, so will auch die amerikanische Regierung nichts von der Auslieferung eines Amerikaners wissen. Es ist aber immerhin ein Unterschied zwischen der italienischen und der amerikanischen Gesinnung, da der im Auslande zum Verbrecher gewordene Italiener nach seiner Rückkehr von italienischen Gerichten

gerichtet wird, während Porter ganz unbehelligt bleibt und seine Delinquenz ruhig weiter betätigen könnte, wenn man ihn nicht in einer privaten Irrenanstalt interniert.

Aus dem dunkelfesten Bayern

wird uns geschrieben: In der Oberpfalz, der Domäne des Zentrums, herrscht namentlich auf dem Lande noch der finstere Aberglaube. In Pilsenhausen mußte kürzlich eine Tagelöhnerin auf dem Heimwege vom Felde an dem Anwesen des Schmiedemeisters V. vorbeifahren. Ein zufällig vor dem Stalle stehender Arbeiter meinte zu der Frau: „Schau nur dem V. seine Kühe an, wie schön die sind!“ Die Frau erwiderte: „Ja, der füttert halt gut,“ und ging bis zur Stalltür hin. In diesem Augenblick kam der Schmied herbei und rief ganz bestürzt dem Arbeiter zu: „Warum hast Du mir diese Hege in den Stall gelassen? Wenn meine Kuh jetzt weniger Milch gibt, dann ist's g'fesselt!“ Und „g'fesselt ist's“, rief der Mann immer wieder aus und gebärdete sich dabei, als ob er vom Teufel besessen wäre. Der abergläubische Meister ließ sich auch in seinem Glauben nicht irre machen und versicherte hoch und teuer, daß die Milch, die seine Kuh jetzt weniger gebe, der Frau in die Brust gefahren sei! — Die Frau wollte sich aber keine „Hege“ schelten lassen und ließ den Schmied vor den Bürgermeister rufen, der ihm eine an die Urmentafel zu zahlende Buße von fünf Mark andiktirte. Von seinem Aberglauben wird der gute Mann dadurch freilich nicht kuriert sein.

Kleine Notizen.

Schwer verunglückt. Die Münchener Wälder aus Segendorf melden, ist der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Freiherr v. Freyberg (Zentrum) bei einer Ausfahrt infolge Scheiterns der Pferde aus seinem Wagen geschleudert worden und hat eine Gehirnerschütterung erlitten. Erst nach langer Zeit kam er zum Bewußtsein, jedoch besteht eine unmittelbare Lebensgefahr nicht. Auch der Kutscher wurde schwer verletzt.

Ein Eisenbahnunfall wird aus Nürnberg vom gestrigen Tage gemeldet: Vor dem fahrplanmäßigen um 11 Uhr 48 Min. in Bamberg fahrenden Schnellzug München—Berlin D 39 rief sich infolge Achsenbruchs 300 Meter vor der Station Kersbach der letzte Wagen erster Klasse los, sprang aus den Schienen und grub sich in der Erde fest. Eine Dame wurde verletzt. Der Zug setzte die Fahrt mit einständiger Verpätung fort.

Nasenfänger Diebstahl. Dem Direktor eines großen Brüsseler Unternehmens, der am Mittwoch zur Börse kam, wurden 76000 Frank in Banknoten gestohlen. Er trug die Summe in einer Handtasche und ging in ein Kaffeehaus, um einige Erfrischungen zu sich zu nehmen. Als er in die Zeitung vertieft war, tauchte ein junger Mann die Tasche mit dem Gelde, die der Direktor neben sich auf einen Stuhl gestellt hatte, mit einer ähnlichen um und entkam. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Ein Doppelselbstmord wurde gestern am Ammersee (Oberbayern) begangen. Die Majorwitwe Sengl aus Hamburg und ihre 26jährige Tochter sprangen in den Ammersee, nachdem sie sich zusammengewunden hatten. Die Leichen wurden noch gestern geborgen. Die Tat geschah, weil der in einem Ammerseeort tätige frühere Verlobte des Mädchens das Verhältnis rückgängig gemacht hatte.

Vom Automobil überfahren. Der 30jährige Sohn des Mühlensbesizers Krämer fuhr mit seinem Fahrrad von Friedberg nach Rauheim. Er wurde von einem Automobil überfahren und so schwer verletzt, daß er bald seinen Verletzungen erlag. Der Chauffeur wurde verhaftet.

Pilzvergiftung. Die Kinder eines Schreiners in Frankfurt sammelten am Sonntag im Walde Schwämme, welche die Familie am Montag als Mittagsspeise genoss. Darauf erkrankte die aus Mann, Frau und vier Kindern bestehende Familie sehr schwer an Pilzvergiftung. Ein 9jähriges Mädchen ist an den Folgen derselben bereits gestorben; die drei anderen Kinder befinden sich noch in Lebensgefahr.

Die Schule geschlossen. In Schwerte (Westfalen) sind wegen epidemischen Auftretens des Haarschwindes unter den Schülern und Schülerinnen der Volksschule die Schulen bis zum 10. August seitens der Behörden geschlossen worden. Bis jetzt sind über 200 Kinder erkrankt.

Tödtlich verunglückt. Bei einem Straßenbahnzusammenstoß in Danzig, der sich gestern Abend ereignete, erlitt der dort zum Besuch weilende Polizeiwachmeister Paul Wüking-Berlin eine Gehirnerschütterung, der er erlegen ist.

Die Parvolfahrt verschoben. Die für Freitag früh angekündigte Fernfahrt des „P. VI.“ von Bitterfeld nach München wurde abgeblasen.

Ein Postwagen beraubt. Der Postwagen des Expreßzuges Paris—Orleans ist beraubt worden. Sechs leere Briefsäcke, dreizehn leere Geldbrieftumschläge und zehn auf den Inhaber lautende Obligationen sind in der Nähe von Orleans gefunden worden. Man vermutet, daß der Diebstahl durch Gebrauch von Nachschlüssel ausgeführt wurde und daß die Wertgegenstände sodann während der Fahrt Mitschuldigen zugeworfen worden sind.

Explosion. Aus Pola meldet ein Telegramm: Beim Bau der Gasenperrre in Valde Sigo entstand auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise eine Explosion. Mehrere Arbeiter erlitten schwere Verletzungen, zwei von ihnen dürften kaum mit dem Leben davonkommen.

Gefrandet. Der 7000 Tonnen fassende Dampfer „Agamenon“ ist in der Nähe der isländischen Küste auf einen Felsen gelaufen. Die Besatzung konnte sich retten, jedoch wird befürchtet, daß das Schiff nicht wieder flott gemacht werden kann.

Eine Falschmünzfabrik. Der Pariser „Eclair“ berichtet aus Rom: In der römischen Patrizierfamilie Baffelli ist ein großer Skandal ausgebrochen. Die Polizei entdeckte in dem Landhause der Familie eine vollständig eingerichtete Falschmünzwerkstätte. Alle Mitglieder der Familie sind verhaftet worden.

Von einem Jäger erschossen. In Oberalm erschöpf einer Meldung aus Salzburg zufolge, auf der Jagd der Bauamtsassistent Edariching den 48jährigen Fabrikarbeiter Johann Eidel.

Am 1. Juli beginnt ein neues Abonnement der Zeitschrift „In Freien Stunden“ illustrierte Romanablsklohe für das arbeitende Volk 3- Wochenheften, je 24 Seiten, für 10 Pfennig Als Gratisbeilage erhalten die Leser mit dem 52. Heft das zweifarbige Kunstblatt: Flusslandschaft mit Windmühle von Jacob Ruissdael. Jeder Leser unseres Blattes lasse sich von dem Zeitungsträger ein Probeheft vorlegen.

Waldorf-Astoria Cigarettes „Oku“ 2 Pl. — „Hockey“ 3 Pl.

Kaffe billiger! Sie sparen viel und trinken noch den schönen Kaffe, wie er in Wien und Carlsbad getrunken wird, durch einen kleinen Zusatz von dem Wiener Kaffe Zusatz von Thilo & v. Döhren, Wandsbek. Die darin enthaltenen Feigen geben den bekannten milden und doch kräftigen Geschmack. Packets à 10 und 25 Pfg. verkaufen alle besseren Handlungen. Gratisproben überall erhältlich.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Nidelswerder, an der neuen Geertstraße beim Alten Freund.



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Montag, den 1. August 1910:

## Bezirks - Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Norden:** Pharus-Säle, Müllerstr. 142, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
 Vortrag: „Arbeiterchaft und Christentum.“ Referent: Genosse  
 H. Zimmer.
- Norden:** Obiglios Festsäle, Schwedter Straße 23, abends  
 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
 Vortrag des Kollegen Adolf Busch über: „Gewerkschafts-  
 bewegung und Konsumgenossenschaften“.
- Norden:** Frankes Festsäle, Sadstr. 19, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
 Vortrag.
- Tegel:** Borsigwalder Festsäle in Borsigwalde, Span-  
 dauer Straße, abends 6 Uhr.
- Moabit:** Prachtsäle Nord-West, Wicelstraße 24, abends  
 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Westen und Schöneberg:** Wiceloch, Schöneberg,  
 Grünwaldstr. 82, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> U.
- Osten und Lichtenberg:** Litfins Festsäle, Memeler  
 Straße 67, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Stralau und Rummelsburg:** Blumes Restaurant, Mit-  
 Vorhaben 56, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> U.
- Südenbezirke:** Lokal Süd-Ost, Waldemarstraße 75, abends  
 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Weißensee:** Restaurant zum Prälaten, Weiffensee,  
 Lehderstr. 122, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Rixdorf:** Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Charlottenburg:** Volkshaus, Hofenstr. 3, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
 Vortrag des Genossen Dr. Bruno Borchardt.
- Steglitz:** Scheihases Festsäle, Ahornstraße 15a, abends  
 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen:** Gesellschaftshaus,  
 Friedrichstr. 69, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Spandau:** Restaurant Vorwärts, Schönwalder Straße 80,  
 abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Ober-Schöneweide:** Restaurant Wernicke,  
 Wilhelmshofstr. 18, abds. 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Tages-Ordnung: 119/5

### Stellungnahme zu der Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Schreibsich Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

### Achtung, Stukkateure!

Die Mitgliederversammlung findet nicht am  
 2. August, sondern am Montag, 8. August, statt.

## Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Bureau: Seebastianstr. 37/38, Hof rechts II. — Telefon: Amt IV, 9787.

### Achtung! Stapelkonfektion! Achtung!

Sonnabend, den 30. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Lokal von Schulz,  
 Münzstraße 17 (Eingang Königsgraben):

## Versammlung aller in der Stapelkonfektion beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

„Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Stapel-  
 konfektion und was muß hier geschehen?“ Referent Kollege Kunze.  
 Kollegen und Kolleginnen! Erscheint alle in dieser Versammlung.  
 Die Kommission.

182/11

# Ein Tip

ist es, wenn Sie vor Schluß meines Saison-  
 Räumungsverkaufes die Gelegenheit zum  
 Kauf eleganter moderner Herrengarderobe  
 fertig und nach Maß benutzen. Es ist eine

## totsichere Sache

dass Sie niemals so billig und gut kaufen  
 können, denn jedes Stück ist eine ganz  
 besondere Gelegenheit. Zum Beispiel:

Jackett-Anzüge 8<sup>50</sup> 12<sup>50</sup> 14<sup>50</sup> 18<sup>50</sup> usw.

Herren-Paletots u. Ulster 7<sup>75</sup> 11<sup>00</sup> 14<sup>00</sup> 17<sup>50</sup> usw.

Hosen u. Phantasiewesten 1<sup>95</sup> 2<sup>50</sup> 3<sup>25</sup> 4<sup>50</sup>

Streng reelles Geschäft! — Feste Preise!  
 10 Prozent Rabatt bis Schluß des Saison-  
 Räumungsverkaufs. Ein Versuch sichert mir  
 Ihre dauernde Kundschaft und Sie sparen

## viel Geld!

**August Pietsch** G. m. b. H.

Berlin, Rosenthalerstr. 9, Ecke Auguststr.

Laden und I. Etage.

Achten Sie genau auf Firma und Hausnummer.

Unsere

# Maß-Anfertigung

geschieht in eigenen Betriebswerkstätten unter  
 Benutzung modernster technischer Hilfsmittel.

Direkter Bezug der Stoffe aus ersten Fabriken Deutschlands und Englands.  
 Durch unseren Werkstätten-Betrieb wird die vollkommenste,  
 preiswürdigste Herstellung bewirkt. — Höchste Leistungsfähigkeit.

Maß-Bestellungen können inner-  
 halb 9 Stunden ausgeführt werden.

Jackett-Anzüge nach Maß

m. 30.— 39.— 44.— 50.— 60.— bis 90.—

Rock-Anzüge nach Maß

m. 36.— 46.— 53.— 60.— bis 100.—

Sommerpaletots u. Ulster nach Maß

m. 28.— 34.— 36.— 41.— 47.— 56.— bis 77.—

Hosen nach Maß m. 9.— 12.— 15.— 18.— bis 27.—

Was nicht tadellos passt, wird  
 anstandslos neu angefertigt.

# BaerSohn

Chausseestraße 29-30  
 Gr. Frankfurterstr. 20

11 Brückenstraße 11  
 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 39 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

## Steinarbeiter.

Mittwoch, den 3. August, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
 Engelauer 15:

### Mitglieder-Versammlung der Sektion I.

Tages-Ordnung:

1. Beratung und Beschlußfassung über die Kom-  
 missionsvorlage, betreffend Arbeitslosenunterstützung.
2. Verschiedenes.

Kollegen! Wohlert für guten Besuch! Die Ortsverwaltung.

## Erfindung für Dreherel.

Die vom kaiserlichen Patentamt  
 geschützte Vorrichtung Nr. 413541,  
 mit welcher die Beschläger  
 ohne zu rechnen für Gang und  
 Willkürgerade für Drehbänke  
 mit einer Teilspindel von 2, 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>,  
 3, 4, 5 und 6 Gang auf 1" engl.  
 in wenigen Sekunden zu ermitteln  
 sind, ist jetzt zum Preise von  
 60 Pf. zu beziehen durch

Expedition des „Vorwärts“  
 Berlin SW.  
 Lindenstr. 69 (Laden).

## Nathan Wand

129 Stalher Str. 129.

Die schönsten  
 Herren-Frühjahrs-Paletots  
 und Anzüge in neu  
 (seite) gezeigelt  
**Monats-Garderobe**  
 von Kavaliere getragene Sachen,  
 fast neu, für jede Figur passend,  
 gezeigelt Ganzanzüge sind in  
 großer Auswahl stets zu staunend  
 billigen Preisen zu haben.

## Nathan Wand

129 Stalher Str. 129.

Hochbahnstation Kottbuser Tor.  
 Bitte auf Hausnummer zu achten.



Dieses Bild zeigt - in genauen Maßen - die  
 enorme Umsatzsteigerung von PALMIN  
 (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-  
 Butter-Margarine) in Deutschland inner-  
 halb der letzten 7 Jahre. — Ein stärkerer  
 Beweis für das Bedürfnis nach PALMIN  
 und PALMONA und für die Beliebtheit  
 unserer Produkte ist kaum denkbar.  
**H. SCHLINCK & CIE., A.-G.**

## Teilzahlung

gewährt ich Jedermann  
 bei Entnahme von

# MÖBEL

## Polsterwaren

Größte Auswahl

ca. 50 kpl. Musterzimmer

In getrennten Abteilungen:

## Garderobe

für Herren, Damen und Kinder

## Damenhüte

mit  
 35% Rabatt

Größtes  
 Kredithaus Deutschlands

# B. FEDER

Brunnen - Strasse 1  
 Frankfurter Allee 89  
 Kottbuser Damm 103

## Ausnahme-Preise

Wollen Sie vorteilhaft kaufen?

So kaufen Sie

la. Briketts nach Gewicht!

# A. B. KOCH

Kohlen- und Briketts-Großhandlung

Hauptkontor:

Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.  
 Telefon Amt 7, 3040 u. 3036.

Lagerplätze:

Rüdersdorfer Str. 71 —  
 Ostbahn, Küstriner Platz.  
 Fruchtstr. 13 — Ostbahn,  
 Güterbahnhof.  
 Behmstr. 28-34 — Ecke  
 Schivelbeiner Straße.

Preise für la. Marken ab meinen  
 Lagerplätzen von 10 Ztr. an:

la. Halbsteine Hansa p. Ztr. 70 Pf.

la. Marienflück Salon p. Ztr. 72 Pf.

la. Gathold Salon . . . p. Ztr. 82 Pf.

la. Diamant Salon . . . p. Ztr. 90 Pf.

(ges. geschützt p. Ztr. 115-120 St.)

la. Ilse Salon . . . . . p. Ztr. 90 Pf.

la. Anthracit Cade . p. Ztr. 2,20 M.

Transport bis in den Keller  
 oder 4. Etage, je nach Quantum,  
 10—15 Pfennige mehr.

Bruchbriketts guter Qualität  
 und Steinkohlen billigst.

— Koks zu Anstaltspreisen.

Holz, nach Wunsch serkleinert,  
 per Ztr. 2,00 M.

Bei größeren Abschüssen und  
 Original-Waggons sämtlicher  
 Brennmaterialien verlangen Sie  
 meine Spezial-Offerte.

Versand nach allen Bahnstationen.

## Kautabake — 5 Pfg.-Rollen

der Firma

## Fischer & Herwig, Hann. Münden.

Erstklassiges Fabrikat.

Hauptniederlage:

Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70

Amt VII, 3047.

295L\*

Wer eine wirklich gute Pfeife rauchen will, der wähle unter den  
**Kapitän-Rauchtabaken**  
 die von hervorragendster Qualität in den verschiedensten  
 Mischungen und Preislagen (in Päckchen von 10 Pf. bis  
 1,50 Mk.) in den meisten Zigarrengeschäften zu haben sind.  
 Spezialität: **Feiner Goldshag** (in roten Düten).  
 Man achte jedoch genau auf das ges. gesch. Wort  
 „Kapitän“, Päckchen ohne diese Bezeichnung  
 weise man als unecht zurück. 3011.\*  
 Gen.-Vertrieb **Carl Röcker**, Grüner Weg 112.











Partei-Angelegenheiten.

Niedorf. Den Mitgliedern des Wahlvereins hiermit zur Kenntnis, daß die Fortsetzung der Generalversammlung am Dienstag, den 2. August, abends 8 Uhr, in Doppel-Festhallen, Hermannstr. 49, stattfindet. Auf der Tagesordnung steht: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Diejenigen Mitglieder, welche noch keinen Jahresbericht erhalten haben, können denselben am Eingang zum Saale in Empfang nehmen. Der Vorstand.

Potsdam. Sonntag, den 31. Juli d. J., nachmittags 3 Uhr, im Viktoriagarten, Alte Luisenstraße 19: Stiftungsfest des Wahlvereins. — Mittwoch, den 3. August, findet bei Glaser, Kaiser-Wilhelm-Straße, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. (Halbjahresbericht, Vorstandswahlen und Delegiertenwahlen zur Kreisgeneralversammlung.) Der Vorstand.

Mariendorf. Am Sonntag, den 31. Juli, findet der Familienausflug des Wahlvereins nach Blankenfelde statt. Treffpunkt ist früh 8 Uhr an der Dorf- und Großbierenstraßen-Ecke. Von dort nach Volkshaus Marienfelde, von wo aus die Abfahrt nach Rahlow 8 Uhr 50 Min. stattfindet. Für Rahlow ist der Zug von Mariendorf 12 Uhr 51 Min. zu benutzen. Für diese beiden Plätze ist am Volkshaus Rahlow ein Wagen für die Kinder bereitgestellt. Mittag ist für 2 Uhr bestellt. Das Komitee hat alles aufgeboten, um den Genossen mit ihren Familien einen angenehmen Tag zu bereiten. Der Vorstand.

Trebbin. Am Sonntagnachmittag in der Plantage Ulfeson Sommervergügen des Wahlvereins. Alle Arbeiter und insbesondere alle Arbeiterinnen sind hiermit eingeladen.

Berliner Nachrichten.

Piraten im Althandel.

Die Not war aufs höchste gestiegen. Ich selbst arbeitslos, die Frau krank, zwei Monate mit der Miete rückständig, nur noch ein paar Groschen in der Tasche zu Brot für die Kinder. Schmalhans war schon seit Wochen bei uns Küchenmeister. Der Armenvorsteher, der mit größtem Widerwillen in Anspruch genommen worden war, hatte einen Kocherheuer geschickt. Der musterte mit kritischen Blicken die wahrlich nicht elegante, aber tadellos erhaltene Wohnungeinrichtung und meinte unzuweifelhaft, daß davon doch manches Stück eigentlich überflüssig sei. Also veräußern sollten wir, was mit äußerster Mühe, mit Tausenden von Spargroschen angeschafft und unser häuslicher Stolz war. Ich machte eine Faust in der Tasche. Wer haben will, muß in solcher Lage sich bezähmen. Schnell waren die paar Mark aufgezehrt. Was nun? Schlächter und Bäcker gaben nichts mehr auf Kredit. Ich nahm es ihnen nicht übel. Heberall ging man uns aus dem Wege wie Ausfägigen. Schändet die Armut doch? War uns die heimlich getragene Not schon an den Augen anzusehen? Tausend wirre Pläne, um Geld und Nahrung zu schaffen, wurden entworfen, taufend wieder verworfen. Und immer festere Gestalt nahm der Rat des Armenpflegers an: Verkauft, was ihr entbehren könnt! Wieder bis ich die Hände zusammen, griff nach einem Zeitungsblatt. Da stand verlockend in langer Reihe hintereinander: „Komme sofort, zahle konkurrenzlos die allerhöchsten Preise. . . Komme bestimmt, unübertreffliche Preiszahlung. . . Unglaublich hohe Preise zahle ich. . . Fabelhaft hohes, staunenerregendes Preisangebot. . . Verpflichte mich, mehr zu zahlen, als jeder andere Händler. . .“

Und sie kamen alle, an die ich mich ausgeliefert hatte, einer nach dem andern, wie auf Kommando. Als ob sie sich verabredet hätten, die Zitrone bis auf den letzten Tropfen auszupressen. Ob ich nicht die ganze Wirtschaft verkaufen und neue Sachen auf Abzahlung nehmen wolle? Scheinbar ging ich auf das Angebot ein. Tausend Mark reichlich waren allein in die Möbel hineingesteckt. Was boten die Hyänen des Althandels? Den unübertrefflichen, staunenerregenden, fabelhaft hohen Preis von — hundert Mark!!! Wenn du die jetzt hättest. . . dir wäre geflossen. Nur ein Moment des Schwankens, dann siegte die Vernunft. Den ersten Zitronenpresser lachte ich aus, den zweiten hat ich, schleunigst die Tür von draußen zuzumachen, den dritten, der für ein guterhaltenes Kleiderband 5 Mark bot und für einen Winterüberzieher die Hälfte, nahm ich beim Kragen und setzte ihn an die frische Luft. Allen Nachzoglern wünschte ich hochulachend glückliche Reise ins Pfefferland. Aber am Abend schrien die Kinder nach Brot. Duffiebernd schrieb ich wieder, auch an jenen, der meine Faust im Nacken gespürt hatte. Er kam. . . sogar sofort. Windelweid und demütig. Er konnte beim besten Willen nicht mehr zahlen als vier Mark für das Kleiderband und anderthalb für den Überzieher. Und die sechs Stühle (unter Brüdern waren sie mindestens vierzig Mark wert) wolle er auch noch nehmen, das Stück für zwei Mark, auch die Waschtollette für sechs Mark. Mir wurde es schwarz vor den Augen. Hinter mir saß mein Jüngstes: „Vater, kriegen wir nun bald was zu essen? Ich habe so fürchterlichen Hunger. . .“ Wild schlug ich mit der Faust auf den Tisch: „Halunken seid ihr doch alle! In Dreiteufelsnamen. . . Her mit dem Geld! Her, sage ich. . . hört ihr nicht das Jammer meiner Kinder?“ Nicht doch, so schnell ging das noch nicht. „Wie heißt es? Geld? Wuh ich doch erst abholen lassen die Sachen. . . und bringe sofort noch heute das Geld.“ Also wieder warten. . . warten. . . und den Jammer mitanhören. Er hielt Wort, fürchtete wohl, daß ihm der Raub noch entgehen könnte. Ein Stück nach dem andern trugen sie mitteillos hinaus. . . und tausend wehmütige Erinnerungen. Wie Feuer brannte das Goldstück in meiner Hand. Stirrend slog es in die äußerste Ecke. Und mit dem roten Golde, das zum Leben reichte für acht Tage, spielten die hungernden Kinder. Was dann werden sollte, wenn wieder der letzte Groschen für Brot ausgegeben war. . . nein, nur nicht denken, nur ausharren und. . . nach Arbeit jagen. Als drei Tage später das Unglück durch einen Zufall sich wendete und ich meine in der äußersten Not für ein Sündengeld verschleuderten Sachen zurückkaufen wollte, waren sie in alle Winde zerstreut, verschachtet. Und so oft mein Bild wieder mal auf jene Billungsdrift fällt, hinter der so viel Lüge lauert, packt mich die Not über jene gewerbsmäßigen Hyänen, die die Not auszunutzen bis aufs Hemd.

Die jugendlichen Straßenreinigungsarbeiter, die man als Asphaltburschen zu bezeichnen pflegt, sind für die Straßenreinigungsverwaltung von jeher ein Stein des Anstoßes gewesen. Immer wieder hat sie geklagt, daß sie mit ihnen wenig

Freude erlebe, und daß viele schon nach kurzer Zeit wieder entlassen werden müssen oder selber ihre Tätigkeit aufgeben. Sie hat das oft daraus erklären wollen, daß es den meisten an der rechten Lust fehle. Im „Vorwärts“ aber ist wiederholt die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die Hauptschuld auf Seiten der Verwaltung liege. Sie wünscht, daß die jugendlichen Straßenreinigungsarbeiter mehr Berufsfreudigkeit zeigen. Gewiß, dieser Wunsch ist berechtigt. Aber wenn ihm Erfüllung werden soll, so muß vor allem die Höhe des Lohnes und einer angemessenen Beschränkung der Arbeitsdauer, sondern auch einer die Persönlichkeit achtenden Behandlung durch die sogenannten Vorgesetzten. Obwohl in manchem die Lage der Asphaltburschen sich in neuerer Zeit gebessert hat, kann doch auch heute noch keineswegs ihr Lohn als hoch angesehen oder die ihnen zugemutete Arbeitsleistung eine mäßige genannt werden. Hinsichtlich der Behandlung durch die Vorgesetzten scheint sich wenig oder nichts geändert zu haben. Noch immer ist bei der Straßenreinigung der Unteroffizier üblich, noch immer werden besonders die jugendlichen Arbeiter in einer Weise behandelt, die nicht mal auf dem Kasernenhof als zulässig gilt. Daraus mag sich dann die doch einigermaßen auffällige Tatsache erklären, daß bei den Asphaltburschen auch an dem Hin und Her der Ausscheidenden und neu Eintretenden und wieder Ausscheidenden sich nicht viel geändert hat und dort noch immer ein ständiges Kommen und Gehen wie in einem Laubenschlag zu beobachten ist. Die meisten Burschen lassen sich die ungehörige Behandlung eine Zeitlang gefallen, und auch die Eltern schweigen dazu im Hinblick auf die dem Sohn für später winkende „Lebensstellung“, bis eines Tages die Geduld reißt und der Sohn mit Zustimmung der Eltern oder auch ohne solche die Arbeit hinwirft.

Seiten dringt etwas über diese Zustände in weitere Kreise. Eine Mutter hat und jetzt gebeten, einmal öffentlich zu sprechen, welche Erfahrungen ihr Sohn bei der Straßenreinigung in der Abteilung 27 gemacht hat, deren Depot sich in der Elbinger Straße befindet. Andere Burschen, die in derselben Abteilung beschäftigt sind oder waren, haben die und gemachten Angaben bestätigt. Der Ausscher Orth scheint nicht davor zurück, zur „Erziehung“ der ihm unterstellten Burschen sich großer Schimpfwörter zu bedienen. „Dummler“, „Vagabund“, „Strolch“, das sind Ausdrücke, mit denen er Burschen seiner Abteilung titulieren zu dürfen gemeint hat. Kürzlich äußerte er vor seinen Burschen, bei der Straßenreinigung melde sich ja keiner weiter als die Faulenzler, die nicht arbeiten wollen; wenn diese Dummler arbeiten wollten, so wären sie nicht hierher gekommen. Danach scheint Herr Orth aus seiner Erfahrung heraus zu der Ansicht gelangt zu sein, daß man bei der Straßenreinigung ein Dummler- und Faulenzlerleben führen könne. Die Burschen, die unter ihm tätig sein müssen, sind anderer Meinung, und auch die erwachsenen Arbeiter seiner Abteilung dürften schwerlich ihm beistimmen, daß sie selber auf Rosen gebettet seien. Gegenüber den jugendlichen Arbeitern schlägt dort übrigens auch ein Vorarbeiter Schmidt einen Ton an, der schärfste Rüge verdient. Eines Tages erklärte er, die Burschen müßten mit dem Ohsenziemer gehauen werden, morgens zweimal und abends fünfmal. Man sieht: Wie der Herr, so's Gescherte, wie der Ausscher Orth, so sein Vorarbeiter Schmidt! Daß unter einem solchen Aufsichtspersonal den Jugendlichen die Zugehörigkeit zu einer der Verwaltung unheimlichen Organisation noch mehr erschwert wird als den Erwachsenen, das versteht sich von selber. Als einmal die zur freien Jugendorganisation gehörenden Asphaltburschen von einem der anderen als „rote Hunde“ beschimpft wurden und es darüber zu einem Wortwechsel kam, wurde dem Ausscher Orth bekannt, daß Burschen seiner Abteilung es gewagt hätten, ihrer Ueberzeugung zu folgen und sich jener Organisation anzuschließen. Er versammelte seine Burschen, fragte sie, wer zur freien Jugendorganisation gehöre, und drohte dafür Entlassung an. So sieht die „Freiheit“ aus, die bei der Straßenreinigung der Stadt Berlin herrscht. Auch ein erwachsener Arbeiter mußte den Jörn des Ausschers Orth schmecken, als er es gewagt hatte, in seiner freien Zeit die Jugendlichen durch Zettel zum Besuch einer Versammlung einzuladen. Ihm wurde das unter groben Schimpfreden verboten.

Die Straßenreinigungsverwaltung wird sich diesen Herrn Orth und vielleicht auch seinen Vorarbeiter Schmidt einmal etwas genauer ansehen müssen. Daß solchem Aufsichtspersonal das Handwerk gelegt werde, liegt nicht nur im Interesse der jugendlichen Straßenreinigungsarbeiter, sondern auch der Verwaltung selber. Sie sollte dafür sorgen, daß alles vermieden wird, was den Jugendlichen die Freude an ihrem Beruf schmälert und ihr selber die Heranziehung eines Stammes tüchtiger Burschen erschwert. Es gibt zu denken, daß bei 525 bis 650 Burschenstellen im Jahre rund 800 neu besetzt werden müssen. Die Mehrzahl der Burschen halten nicht länger als ein Jahr aus, bei vielen dauert es sogar nur ein paar Monate, bis sie es satt haben und um eine Entlassung reichlich von dannen gehen. Schon manchem Vater und mancher Mutter sank da jäh die Hoffnung auf eine „Lebensstellung“ des Sohnes in nichts zusammen.

Rückkehr von Ferienkolonisten.

Über 1600 Berliner Ferienkolonisten sind vorgestern und gestern mit zwei Sonderzügen und den fahrplanmäßigen Zügen auf dem Stettiner und Anhalter Bahnhof wohlbehalten wieder in Berlin eingetroffen. Groß war die Freude der Eltern, als sie ihre von der Luft gebräunten Lieblinge wieder in Empfang nehmen konnten. Trotz des nicht immer besonders günstigen Wetters war die Gewichtszunahme bei den meisten Kolonisten eine recht erfreuliche. Unfälle, Krankheiten und unangenehme Vorfälle sind trotz der großen Zahl der schwächlichen Kinder fast gar nicht zu verzeichnen gewesen. Derzeit freudig war es mitanzusehen, wie die Kinder von ihren Führern und Führerinnen Abschied nahmen und von ihren Angehörigen ausgefragt und gemustert wurden. Aus Bad Sulza kamen 100 Mädchen, aus Rosberg 150 Mädchen, aus Zingst, Preetzow, Wustrow, von Rügen, aus Waren, Demmin i. R. trafen zahlreiche Knaben und Mädchen ein.

So erfreulich es ist, daß diesen armen Kindern ein ständiger Landaufenthalt zu teil wurde, so dürfte es noch eine kurze Spanne Zeit dauern, bis die Kinder ihre frühere Blasse Farbe wieder bekommen, weil sie in dieselben trostlosen Verhältnisse wieder hineinkommen, aus denen sie einige Wochen herausgeholt worden sind.

Die Kastanienbäume in der Bellevuestraße

haben es seit einiger Zeit dem „Berliner Tageblatt“ angetan. Ohne zu wissen, um was es sich bei dem Beschluß der Tiefbaudeputation und der diesen Beschluß sanktionierenden Zustimmung des Magistrats handelte, hat es verschiedene Artikel verbrochen, in denen es sich in der bestmöglichen Weise gegen die Entfernung der Kastanienbäume in der Bellevuestraße wendete. Die „W. Z.“ am Montag und die „Vossische Zeitung“ folgten dem Beispiel des „Berl. Tageblatt“ und selbst die „Kommunale Praxis“ schloß sich in einem von

Genossen Dr. Südekum verfaßten Artikel dem Protest des „Tageblattes“ an. In Wirklichkeit beruhten alle die Protestartikel auf falschen Voraussetzungen und ungenügender Information.

Wir selbst haben kürzlich über die Sachlage eingehende, auf Grund genauer Kenntnis der Dinge beruhende Mitteilungen gemacht, die zeigten, daß der Beschluß der Tiefbaudeputation ein sehr wohlwollender war und im Interesse der Stadt eine vorausschauende Politik verriet, nach welchem auf Jahre hinaus an eine Beseitigung der Bäume gar nicht zu denken sei. Die genannten Blätter kümmerten sich um diese Sachdarstellung nicht. Allerdings ist das Nachrichtenamt des Magistrats an der falschen Auffassung der Blätter nicht ganz unschuldig, da die erste Mitteilung des Nachrichtenamtes sehr unvollkommen war und jede Auslegung zuließ. Jetzt bringt das Nachrichtenamt eine, wenn auch noch nicht ganz korrekte Ergänzung jener ersten mißverständlichen Notiz, die sich im Rahmen der von uns gegebenen Sachdarstellung bewegt. Das „Berliner Tageblatt“ meint nun, der Magistrat trete mit dieser Aufklärung den „Rückzug“ in der Sache an.

Es unterliege keinem Zweifel, daß die „Durchführung“ des Planes der „Festsetzung“ sofort gefolgt wäre, wenn nicht rechtzeitig in entschiedenster Form dagegen Verwahrung eingelegt worden wäre und wenn unser energischer Protest nicht einen so starken Widerhall im Publikum gefunden hätte. Man würde indessen sehr leichtsinnig handeln, wenn man nun die Angelegenheit für erledigt ansehen wollte. Es wird im Gegenteil notwendig sein, sie recht genau im Auge zu behalten, damit nicht die eben getretete Kasernenallee in einer stillen Nacht doch der „vorausschauenden Kommunalpolitik“ gewisser Projektentwerfer geopfert wird.

Was das „Tageblatt“ hier schreibt, ist purer Unsinn. Der Magistrat hat seit der Zeit, da er dem Beschlusse der Tiefbaudeputation zustimmte, in der Sache keinen anderen Beschluß gefaßt, kann also gar keinen Rückzug angetreten haben. Uebrig bleibt nur, daß „Tageblatt“ und andere Blätter ihre Anteile an einer Sache verschwendet haben, die sie gar nicht kannten.

Der Postbesorger Bergmann, der im Postamt 17 50 000 M. unterschlagen hat, ist noch nicht ergriffen. Nach neueren Meldungen wird angenommen, daß B. sich noch in Berlin befindet. Die Postdirektion gibt in Ergänzung unserer Mitteilungen bekannt:

Der Geldbetrag bestand zu 20 700 M. in Hundertmarkscheinen, deren Nummern unbekannt sind, 20 000 M. in Gold, 8200 M. in Silber und 100 M. in Nickel. Auf die Ergreifung des Bergmann und die Wiederherbeibringung des Geldes ist eine Belohnung von 1000 M. angesetzt worden. Mitgeteilt wird außerdem, daß Bergmann vor einem Vierteljahre vom Wilhelmsdorfer Postamt nach Potsdam 17 trafo versetzt worden sei. Es befremdet daher, daß seine Vorgesetzten ihm so großes Vertrauen entgegengebracht hätten.

Von unserer Steuerverwaltung.

Dieser Tage kam ein Arbeiter G., der in der Elbinger Straße 9 wohnt, nach Hause und war nicht wenig erstaunt, an der Tür seiner Wohnung einen vom Steuerheber Klische angehefteten Mahnzettel wegen Zahlung rückständiger Steuern zu finden. Adressiert war der Zettel an ihn selbst, so daß die an der Wohnungstür vorbeigehenden Mieter glauben mußten, die öffentliche Mahnung gelte ihm, dem Inhaber der Wohnung. Auf der Rückseite des Mahnzettels fand sich folgender mit Bleistift gemachter Vermerk: „In der Steuerangelegenheit für Herrn Schulz war ich heute zur Pfändung ohne Schloßer hier. Bei Nichtwiderankommen wird die Wohnung zwecks Pfändung dem Schloßer geöffnet.“

Aus diesem Vermerk ergibt sich, daß nicht G., sondern ein gewisser Schulz der Steuerschuldner ist und es ist also ganz unverständlich, warum der Steuerheber Klische den Mahnzettel auf der für jedermann sichtbaren Vorderseite mit der Adresse des G. versah. Dazu kommt aber, daß Schulz bei dem G. zwar gemohnt hat, aber seit einem Vierteljahre ausgesogen und auch polizeilich abgemeldet ist. Nicht unter diesen Umständen der Steuerheber in Abwesenheit des Wohnungsinhabers G. in die Wohnung ein, so kann der Eifer dem Herrn Klische sehr teuer zu stehen kommen. Der Vorfall zeigt aber, in welcher Weise von unseren Steuerbureaus gearbeitet wird.

Unter einem Bretterkapel begraben. Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittags auf einem Holzplatz am Kottbuser Ufer ereignet. Dort spielten die hjährige Tochter Verba und der sechsjährige Sohn Paul der bei der Holzfirma beschäftigten Arbeiter Reuter und diese neben einem hohen Bretterkapel. Plötzlich gerieten die Hölzer aus bisher nicht ermittelter Ursache ins Rutschen und die beiden Kinder wurden vor den Augen ihrer Väter von den herabstürzenden Brettern begraben. Sämtliche auf dem Holzplatz anwesenden Arbeiter und Kutscher machten sich sofort an die Rettungsarbeiten und es gelang ihren Anstrengungen, die Verunglückten schon nach wenigen Minuten zu befreien. Während der Anabe wunderbarerweise mit allerdings ziemlich erheblichen Hautabschürfungen am Kopf und an den Beinen dabongekommen war, hatte das Mädchen außer einer klaffenden Kopfwunde und einem Bruch beider Beine schwere innere Verletzungen erlitten. Das bedauernswerte Kind verstarb unter entsetzlichen Schmerzen in den Händen des zu Hilfe gerufenen Arztes.

Seinen Verletzungen erliegen ist der achtjährige Knabe Erich Gänzel, der dieser Tage in der Alten Schönhauser Straße von einem schweren Lastwagen, den der Vater fuhr, überfahren wurde. Wie uns in Ergänzung unserer neuesten Mitteilung berichtet wird, ging der Knabe neben dem Wagen rechts auf dem Trottoir her, rutschte aus und geriet zum Entsetzen des Vaters zwischen Vorder- und Hinterrad des Wagens. Das linke Bein mußte dem Knaben amputiert werden, er überstand aber die Amputation nicht.

Beim Kinderfest des vierten Kreises im Ethium sind zwei Schirme verloren gegangen; es wird um Abgabe gebeten im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 1/2.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Gehaltsfestsetzungen für die Lehrerinnen und Handarbeitslehrerinnen an den Gemeindeschulen in Charlottenburg sind von der königl. Regierung zu Potsdam in der vom Magistrat feierlich beantragten Höhe nunmehr genehmigt worden. Für die Lehrerinnen beträgt hiernach das Grundgehalt 980 M., steigend nach 31 Dienstjahren auf 1200 M., die Vrientschädigung 650 M., Höchstzulage 250 M., steigend bis auf 450 M., die Alterszulage beginnend nach sieben Dienstjahren mit 100 M., steigend bis auf 1250 M. Mark; zusammen Anfangsgehalt 1700 M., Höchstgehalt nach 31 Jahren 2450 M. Für die Handarbeitslehrerinnen beträgt das Grundgehalt 800 M., steigend nach 31 Dienstjahren auf 1000 M., die Vrientschädigung 650 M., die Ortszulage 150 bzw. 100 und 50 M., die Alterszulage beginnend nach 7 Dienstjahren mit 100 M., steigend bis auf 1250 M., zusammen Anfangsgehalt 1600 M., Höchstgehalt nach 31 Jahren 2800 M. Die Befoldungsordnung für Aktoren und Lehrer an den Gemeindeschulen ist noch nicht genehmigt; sie liegt noch dem Provinzialrat zur Einsehung vor. Wegen der Amtszulage für die Aktoren, die vom Magistrat auf 1200 M. angelegt, von der Regierung in Potsdam in dieser Höhe aber nicht genehmigt wurde, ist vom Magistrat Beschwerde beim Unterrichtsminister eingereicht.



### Schöneberg.

Die gut besuchte Generalversammlung des Wahlvereins vom 26. Juli beschäftigte sich zunächst mit dem Bericht der Funktionäre. Der Bericht, der zum ersten Male gedruckt vorlag, erstreckt sich über 1 1/2 Jahre (1. Januar 1909—30. Juni 1910) und legt Zeugnis von reicher Agitationsarbeit ab. — Die Geschäftsführung machte 57 Sitzungen des Vorstandes erforderlich. 16 Wahlvereins- und 15 öffentliche Versammlungen dienten der allgemeinen Aufklärung. Die Zahl der Mitglieder weist 2050 männliche und 320 weibliche auf. Die Zahl der Abende wurden durchschnittlich von 38 Proz. der Mitglieder besucht. Der Kassenabschluss belanziert in Einnahme und Ausgabe mit 11 792,43 M. Der „Vorwärts“ hatte Ende Juni einen Abonnentenstand von 3113. — In Anbetracht der reichen Tagesordnung wurde die Diszussion über den Vorstandsbericht vertagt.

Nächst den nächsten Punkt: „Die Budgetbewilligung in Baden“ referierte Genosse Adolf Hoffmann. Er führte aus: Wenn die Tagesordnung des Magdeburger Parteitagestages manchem Genossen wohl zu ruhig und nächster Dinge, so wäre doch die Wahrung des Volkes und die Schärfung unserer Waffen zur Reichstagswahl sicher bedeutend genug gewesen. In die für uns politisch so günstige Zeit fällt nun die Nachricht von der Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget, die angetan sei, die Einheit der Partei in Frage zu stellen. — Der Redner schilderte nun die „Vergrößerung“ Badens durch Napoleon, die nach dessen Sturz wider Willen einsetzende liberale Regierung und den Freiheitssturm im Mutterlande. Wenn der politische Fortschritt in Süddeutschland auch mehr in die Erscheinung trete als nördlich des Rheins, so müssen sich Sozialdemokraten von diesem Zauber (der sich sogar mal bis zu einer Republik mit dem „roten“ Großherzog an der Spitze verließ), fernhalten. Leider zeige die Beteiligung der badischen Landtagsfraktion an höfischen Zeremonien das Gegenteil. — Da nach der bekannten Erklärung des Genossen Frank im badischen Landtage die politische Gleichberechtigung noch nicht durchgeführt und auch die Voraussetzung für eine Bewilligung des Budgets nicht gegeben sei, so dürfen wir nicht dulden, daß auf dem Parteitage das für und Wider nochmals zur Sprache kommt, sondern es handelt sich lediglich darum, ob Beschlüsse zu halten sind oder nicht. Der Parteitag muß Stellung nehmen zu dieser systematischen Ignorierung seiner Beschlüsse, zu dieser schweren Verletzung gegen die Einheit der Partei. Das sei kein Zwischenfall mehr (wie die „Voss. Zig.“ schrieb), sondern es handle sich um ein Bündnis mit der bürgerlichen Linken bessere Zustände zu schaffen. Er wies nur auf die Wahlrechtsverhandlungen hin, um die Utopie eines Großblods einschließlich der Nationalliberalen darzutun. Wer aber dennoch auf eine Koalition von Wassermann bis Bebel hoffe, der sei an die Ausführungen des Demokraten Dr. Breitfeld erinnert, daß ein Großblock der Linken ein parlamentarischer Ministerium voraussetze und bei Militärvorlagen schon in die Knie gehen müsse. — Genosse Hoffmann empfahl nun die Resolution des Zentralvorstandes. Dieselbe werde verschiedenen Genossen nicht scharf genug sein, man könne jedoch alles weitere dem Parteitage überlassen. Es genüge, zu zeigen, daß Groß-Berlin an den Beschlüssen des Rürnberger Parteitagestages festhalte. (Beifall.)

In der Diskussion führte Genosse Eduard Bernstein etwa folgendes aus: Durch die Rede des Genossen Hoffmann klang hindurch, daß Einheit und Disziplin gewahrt werden müsse. Das sei richtig. Da sei es nun aber merkwürdig, daß die badischen Abgeordneten in verschiedenen Orten Zustimmung gefunden haben. Weiter sei zu beachten, daß es Grundfalsch sei, Gesetze und Vorschriften so abzufassen, daß sie gehalten werden können. Wir wollen doch freiwillige Disziplin, keinen Rodovergehoram. Jeder Bädogoge werde sich überlegen, Vorschriften aufrechtzuerhalten, die immer wieder übertreten werden, weil sie gegen ein natürliches Bedürfnis verstoßen. Der Rürnberger Beschluß sei eine solche verfehlte Vorchrift. Redner erklärt sich mit Entschiedenheit gegen die Idee eines Großblods von Bebel bis Wassermann. Das sei eine Utopie, schon deshalb, weil zahlreiche Anhänger des Zentrums weiter links stehen als die Nationalliberalen. Da können wir Sozialdemokraten uns nicht verpflichten, unter allen Umständen für einen Nationalliberalen gegen einen Zentrumsmann zu stimmen. Unsere Mitarbeit im Parlament bringe auch Verantwortung. Wenn wir bei einzelnen Positionen eines Gesetzes die günstigsten Verbesserungen durchsehen, können wir nicht ständig die Mittel zur Durchführung verweigern. Der Parlamentarismus ist aber zu neun Zehnteln Reformarbeit. Uebrigens werde der Schlußabstimmung über große Bedeutung beigemessen, die sie in verschiedenen Ländern gar nicht habe. Die Süddeutschen seien durch die Rürnberger Resolution in unangenehme Situationen gekommen. Sie verlangen mit Recht nach Lage der politischen Verhältnisse größere Bewegungsfreiheit im Rahmen des Parteiprogramms. Genosse Bernstein beantwortete dann folgende Resolution:

„Die heutige ordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Schöneberg spricht den Wunsch aus, daß es dem Parteitag in Magdeburg gelingen werde, für die Frage der Budgetabstimmungen eine solche Lösung zu finden, die den Vertretern der Partei in den staatlichen und städtischen Parlamenten diejenige Freiheit der Entschlieung läßt, deren sie bedürfen, um die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter unter allen Umständen wirksam geltend machen und die Rechte bürgerlicher Parteien jederzeit zu nichte machen zu können.“

Genosse Thieleke hält eine Spaltung der Partei für unausbleiblich. Die Führer in Baden fühlen sich nicht mehr eins mit der Arbeiterklasse. Ihnen fehle die Empörung gegen die heutige Gesellschaftsordnung infolge ihrer Erziehung. Wenn die badischen Führer durch ihren Gesang sich als Anechte fühlen, mögen sie Anechte bleiben. Unsere Agitation für die Reichstagswahlen wird erschwert. Wir müssen von Haus zu Haus agitieren, die Wissenschaft bringe nicht in alle Kreise. Die Badenler hätten eine Anerkennung des Rürnberger Beschlusses beantragen müssen, wenn sie denselben für verfehlt halten. Redner wendet sich gegen etwaige Auschlussanträge und spricht sich für die Berliner Resolution aus.

Genosse Peterson: Wenn in der engeren Bewegung der einzelne keine Verträge sich aufzulösen kommen lasse, so drohe gleich der Ausschluß. Man möge nun mit den Badenlern auch nicht zu olimpisch verfahren. Die Ansicht des Genossen Bernstein, den Abgeordneten in den einzelnen Staaten mehr Bewegungsfreiheit zu gewähren, werde so viele Meinungen und Grundfälle, wie wir Vaterländer im Reich haben, zur Folge haben, und die Einheit der Partei wäre dahin.

In seinem Schlußwort ging Genosse Hoffmann auf alle Einwände in der Diskussion ein: Bei einer Abspaltung der Badenler würden die Führer bald Offiziere ohne Soldaten gleichen. — Die Zustimmung der badischen Wähler gegenüber ihren Abgeordneten sei erklärlich; wenn aber in jeder Versammlung ein Korreferent zur Stelle gewesen wäre, würden in den einzelnen Orten andere Beschlüsse zustande gekommen sein. — Der Rürnberger Beschluß wäre leicht zu halten gewesen, denn das Budget wäre auch ohne Zustimmung nicht schädlicher geworden. — Das Beispiel des Genossen Bernstein mit dem Bädogogen sei leicht zu widerlegen. Ein Erzieher werde eines unfolgsamen Kindes wegen seine Grundfälle nicht ändern zum Nachteil anderer gehoramer. — Wenn Genosse Bernstein den ständig verneinenden Standpunkt für verfehlt halte, würden unsere Genossen in den Parlamenten nach Bernsteins Ansicht in die Lage kommen, für den Militäretat zu stimmen, wenn beispielsweise eine von uns beantragte Erhöhung der Kapazitätslöhne durchgesetzt worden ist. — Genosse Hoffmann spricht sich dann noch gegen die Resolution Bernstein aus, deren Annahme eine Aufhebung unserer Grundfälle bedeuten würde.

Die Resolution des Zentralvorstandes wurde hierauf mit übergroßer Majorität angenommen. Für die Resolution Bernstein erhoben sich nur wenige Hände.

Die durch Stimmzettel vorgenommenen Wahlen der Funktionäre und Delegierten hatten nachfolgendes Resultat: 1. Vorsitzender: A. Müller; 2. Vorsitzender: A. Rode; 1. Kassierer: H. Fischer; 2. Kassierer: L. Herder; 1. Schriftführer: W. Heinrich; 2. Schriftführer: Chr. Franke; Beisitzerin: Frau Böhm; Revisoren: Peters, Keimert, Mazurkowi; Lokalkommission: Peterson, Mische, Knobloch. — Zur Kreisgeneralversammlung wurden delegiert: Däumig, Herter, Rode, Palm, Stengel, Frau Seyde. — Als Delegierter zum Parteitag wird der Kreisgeneralversammlung Genosse Rode, zur Provinzialkonferenz Genosse Stengel vorgeschlagen. — In den Kreisvorstand sollen die Genossen O. Schenk als Revisor, H. Fischer und A. Müller als Agitationskommissionsmitglieder und A. Palm als Prehkommissionsmitglied empfohlen werden.

Ein zur Kreisgeneralversammlung gestellter Antrag, der sich mit einer Regelung des Urlaubs des angehenden Sekretärs und Kassierers befaßt, wurde abgelehnt.

Die Fortsetzung der Generalversammlung findet am Dienstag, den 2. August, statt.

In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission hielt Genosse Däumig einen Vortrag über: „Kommunale Arbeitslosenfürsorge.“ In Deutschland seien es leider erst wenige Städte, die derartige soziale Einrichtungen getroffen hätten, während andere Länder, wie Belgien und England, bereits weiter vorgeschritten seien. So habe England im Jahre 1908 aus Staatsmitteln 8 1/2 Millionen Mark zu diesem Zwecke seinen Gemeinden überwiesen. — Redner kam dann auch darauf zu sprechen, daß ja im Schöneberger Stadtparlamente eine kommunale Arbeitslosenfürsorge erwogen worden ist, es wurde auch ein Ausschuß eingesetzt, um die notwendigen Vorarbeiten zu erledigen. Derselbe habe bereits seine Arbeiten beendet und ein Statut nach dem Genet System ausgearbeitet. Der Magistrat habe sich jedoch nicht bereit finden können, seine Zustimmung zu geben, sondern erklärt, er wolle nicht der erste auf diesem Gebiete sein. Erst nach den Ferien soll erneut zu dieser Frage Stellung genommen werden und gedenkt der Magistrat mit Charlottenburg in Verbindung zu treten, um ein gemeinsames Vorgehen dieser beiden Städte zu erzielen.

### Vorhagen-Rummelsburg-Stralau.

„Die Jugend, die Jugendheime und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung“ lautete das Thema, das Genosse Dr. Liebnecht am Dienstag in einer auch von Frauen zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung im „Café Bellevue“ erörterte. Der Redner verbreitete sich über die Notwendigkeit, der arbeitenden Jugend sich besonders anzunehmen. Was die Arbeiterschaft für die Jugend in materieller Hinsicht ausbitt, bekommt sie mehrfach in ideeller Hinsicht dadurch zurückgestellt, daß die jungen Leute nach dem Auslernen oder wenn sie ins Rammesalter treten, gleich solidarisches fähig und als bewachte Klassenkämpfer in ihre Reihen treten. Zur geistigen und körperlichen Pflege empfiehlt Redner, der Jugend die wahre geschichtliche Entwicklung zu lehren, sowie dieselbe durch Einführung in die vorhandenen Kunstschätze und in die Schönheiten der Natur, in ihrem Selbstbewußtsein zu heben und ihr Streben zur Teilnahme an den Kulturgütern zu fördern. Zur Aufnahme von guter geistiger Nahrung gehört aber auch ein gesunder Körper, und darum ist es notwendig, daß die Jugend auch zum Wandern und Turnen sowie überhaupt zu Leibesübungen angehalten wird. Auf den Wert der Jugendheime übergehend, betont Redner, daß es notwendig ist, solche Heime zu gründen und zu fördern, um die jungen Leute von der Straße und von wüsten, den Körper schädigenden Vergnügungen fernzuhalten. Diese Heime sind einfach, aber soviel wie möglich künstlerisch ausgestatten. Es ist eine gute Bibliothek zu halten und es sind vernünftige Unterhaltungsstücke zu veranstalten. Bei der Auswahl der in den Heimen tätigen Erwachsenen soll man vorzüglich zu Werke gehen; es kann wohl einer ein sehr tüchtiger und befähigter Klassenkämpfer sein, sich deswegen aber noch lange nicht zum Erzieher und Pädagogen eignen. Auch der Ausbeutung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen haben die Jugendausschüsse ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Mit der Maßnahme an die Mütter und Väter, ihre Kinder den Jugendheimen und den Jugendorganisationen zuzuführen, und an die Mitglieder der Jugendausschüsse, ihre Tätigkeit nicht als Herren und Borgehete der Jugendlichen zu betrachten, sondern ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen als Freunde, damit zu hoffen ist, daß der heranwachsenden Generation die Progenetere der Freiheit bald leuchten möge, schloß der Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen, interessanten und belehrenden Vortrag. — Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Es erfolgte die Wahl des Jugendausschusses für Vorhagen-Rummelsburg-Stralau. Der Leiter forderte am Schlusse die anwesenden Eltern auf, ihre Kinder nach dem Rummelsburger Jugendheim: Alt-Vorhagen 66 vorn I, zu senden.

### Lankwitz.

In der Generalversammlung am Mittwoch erstattete der Genosse Anders zunächst den Vorstandsbericht. Danach haben im verwichenen halben Jahr stattgefunden: 2 Generalversammlungen, 5 Mitglieder- und 5 öffentliche Versammlungen, 1 engere und 9 erweiterte Vorstandssitzungen. Außerdem gelangten 24 000 Flugblätter zur Verbreitung. Genosse Anders rügt den Mangel an Arbeitslust, den die Mitglieder zeigen. Wenn auch die Organisation am Ort von 100 Mitgliedern am 1. Januar auf 251 Mitglieder am 30. Juni gewachsen sei, so hätte bei reger Betätigung der Mitglieder bedeutend mehr erzielt werden können. Auch der ungünstige Ausfall der Gemeindevertreterwahl sei nur der Daulheit der Mitglieder zu danken.

Der Bericht des Kassierers ergab eine Einnahme im letzten Quartal von 200,55 M. Dem steht eine Ausgabe von 83,58 M. gegenüber, dem Kreis überwiesen wurden 116,67 M.

Die Neuwahl zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Anders; 2. Vorsitzender: Biegs; Schriftführer: Dehnst; Kassierer: Rißer und Weißer Vorheimer. Revisoren: Riech, Koch und Reine. Lokalkommission: G. Hinge und Hilbert; Bibliothekar: Voigt. Jugendausschuss: Port und Voigt. In die Kinderjugendkommission wurden die Genossinnen Modrad, Biegs, Herold, Aeneker und Hinge gewählt.

Da der Gemeindevertreter Genosse Theurig sich beharrlich weigert, seinen Mandatgebern über seine Tätigkeit im Gemeindeparlament Bericht zu erstatten, so wird ihm mit allen gegen eine Stimme ein Mißtrauensvotum erteilt, indem die Versammlung einem Antrag Dehnst, den Genossen Theurig nicht mehr als den Vertreter unserer Partei anzuerkennen, zustimmte.

Dann wurde Stellung genommen zu der am 21. August stattfindenden Verbandsgeneralversammlung, welche sich mit der Erhöhung der Beiträge beschäftigen wird. Die sich hierüber entspinrende, sehr rege Diskussion ergibt, daß die große Mehrheit sich mit einer Beitragserhöhung nicht einverstanden erklären kann.

Herner verurteilt die Versammlung das Verhalten der badischen Landtagsfraktion durch die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die heutige Generalversammlung von Lankwitz spricht ihr lebhaftes Bedauern über die Budgetbewilligung seitens der Genossen der badischen Landtagsfraktion aus. Die Versammelten erblicken hierin ein Attentat gegen die Einheit der Gesamtpartei und Mißachtung der Beschlüsse der Gesamtheit; sie erwarten von dem kommenden Parteitag eine Stellungnahme, die solche Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich machen.“

### Spandau.

Den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zur Mitteilung, daß die Auskunftsverteilung in Gewerbe-, Inhabilitäts- und Unfallfällen wieder vom Genossen Hartung, Seeburger Straße 83, ausgeteilt wird.

### Treptow.

Heute: Sonnabend, den 30. Juli, feiert der Turnverein „Jahn“ in Treptow (M. d. A.-L.-A.) im Lokale des Herrn Ludwig, am Treptower Park, sein 4. Stiftungsfest. Da sich genannter Verein bei Arbeiterfesten jederzeit zur Verfügung stellt, wäre eine rege Beteiligung der Arbeiterschaft erwünscht.

### Zehlendorf (Wannseebahn)

Der hiesige Wahlverein nahm in seiner Versammlung am 26. Juli ebenfalls Stellung zu dem Magdeburger Parteitag. Genosse Ullm in führte in seinem Referat aus, daß der diesjährige Parteitag einen Markstein in der Entwicklung der Partei bilden dürfte. Das habe er dem Vorgehen der badischen Landtagsabgeordneten zu danken, die durch ihr Verhalten bei der Budgetabstimmung und der Schließung des badischen Landtages in schwerster Weise gegen die notwendige Disziplin in der Partei gestreift haben. Dem Parteitag in Magdeburg ist es vorbehalten, die Stellung einzunehmen, die gegenüber einem solchen Verhalten von Aufgeblasenen unerlässlich ist, soll nicht die Aktionsfähigkeit der Partei in Frage gestellt werden. Hier handelt es sich nicht um die Gefährdung der freien Meinungsäußerung, wie viele glauben machen möchten, sondern es gilt festzulegen, daß Beschlüsse, die von verschiedenen Parteitagern festgelegt sind, gehalten werden müssen, solange sie nicht durch andere ersetzt sind, soll man nicht das Vertrauen an den Kampfgesossen verlieren. Mißfällig an dem Vorgehen der Parteitag in Nürnberg, der sich nach der bekannten Erklärung der 88 der Situation nicht gewachsen gezeigt habe. Gleich nach dem Parteitag in Nürnberg konnte bekanntlich ein Galver im „Scherchen“ Tag“ schreiben, daß der Parteitag in Nürnberg praktisch den Sieg des Revisionismus bedeute, denn die Erklärung der 88 zeige, daß ein großer Teil unserer Parlamentarier es satt habe, nur zu „negieren“, und daß er praktische Arbeit leisten wolle. Die praktische Arbeit liegt jetzt vor uns, und der Parteitag hat sich damit abzugeben. Er darf sich nicht mehr mit der bloßen Annahme von verurteilenden Resolutionen begnügen. Er muß klar die Grenze ziehen, die kein Genosse überschreiten darf, will er nicht aufhören, Mitglied der Partei zu sein. — An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Scheler, Kutta und Herr Ost als Gast. Während erster im Sinne Ullms sprach und eine entsprechende Resolution einbrachte, hofften Genosse Kutta und Herr Ost ein noch maliges Ueberbrücken, um in der gegenwärtigen Situation eine Spaltung zu vermeiden. Um ein einheitliches Vorgehen der Genossen Groß-Berlins zu betätigen, vereinigten sich die Genossen dann auf die Annahme der Resolution des Zentralvorstandes von Groß-Berlin.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Am 28. Juli. Zur Regelung des Näheringewinnes wird einstimmig beschlossen, Herrn Jenger für seinen in Betracht kommenden Teil die Auflösung zu geben. Die Regierung hat ihren Zuschuß zur gewerblichen Fortbildungsschule verringert. Genosse Richter nahm dies Verhalten der Regierung in allen derartigen Fragen und Angelegenheiten unter die Lupe. Es wurden einstimmig 137,50 M. nachbewilligt. Zur endlichen Erledigung und Inangriffnahme der Entwürfe des Siebbusches machte sich eine Mehrausgabe von 800 M. notwendig. Mit Ausnahme von zwei interessierten Herren wurden die Ausgaben beschlossen.

### Rowawes.

Die Ausschreibung der Herstellung einer Regenrohrleitung in der Wilhelmstraße zwischen der Charlottenstraße und der Rütche hatte ein Resultat gezeitigt, welches wieder einmal zeigt, in wie oberflächlicher Weise in den Kalkulationsbüros mancher Unternehmer bei der Berechnung von Submissionsarbeiten verfahren wird. Zur Ausführung der genannten Arbeit hatten 13 Unternehmer Offerten eingereicht; während die Firma Holzmann u. Co. in Berlin für die Herstellung der Leitung 13 075 M. verlangte, erbot sich die Firma Thiel u. Schneider in Charlottenburg, dieselbe Arbeit für 8960 M. auszuführen. Dieser letzteren Firma wurde auch der Zuschlag erteilt, da nachteilig, auch bezüglich der Arbeiterverhältnisse, nicht in Erfahrung gebracht wurde. Die übrigen Offerten schwankten zwischen 4824 und 12 681 M.

Sein Amt als Gemeindevertreter zweiter Klasse hat der Rechtsanwalt Altman niedergelegt, was den Bürgermeister beauftragte, in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung sein Bedauern darüber auszudrücken, daß ihn Herr Altman bei der Erledigung von Rechtsfällen vielfach unterließ habe.

Wetress der Überlegung des Bahndirektors durch Rowawes kurzte in letzter Zeit hier das Gerücht, daß dieselbe um zwei Jahre verschoben sei. Demgegenüber können wir bestätigen, daß die abgeschlossenen Verträge von den maßgebenden Instanzen genehmigt sind, so daß wahrscheinlich schon in nächster Zeit mit den Arbeiten zur Überlegung begonnen werden wird.

### Potsdam.

1200 Personen in einer Volksversammlung sind in Potsdam bisher wohl noch nie dagewesen. Und trotzdem mußten noch verschiedene Personen umkehren, als am Mittwoch Genosse Dr. Karl Liebnecht die gegenwärtige politische Lage im Lokal „Victoria-garten“ besprach. Von den bürgerlichen Parteien meldete sich niemand zur Diskussion, trotzdem sie besonders eingeladen waren. Der zahlreiche Besuch dürfte der „Erfolg“ des am Orte besonders intensiv arbeitenden Reichsverbandes sein. Nur so weiter!

### Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Berlin. Heute abend pünktlich 8 Uhr in den Remindallen, Kommandantenstr. 63 (großer Saal): Generalversammlung. Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist, so muß jedes Mitglied pünktlich erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 31. Juli, vormittags 11 Uhr, kleine Frankfurter Straße 6; Sonntag den 31. August, 10 Uhr, „Im Kopf und Herz sich streiten.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein Grundwalde-Teichberg, Diszerein Berlin. Sonntag, den 31. Juli, nachmittags 3 Uhr, bei Thimm, Tiltter Str. 79: Generalversammlung. Gäste willkommen.

### Eingegangene Druckschriften.

Und Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. Gesellschaft des deutschen Bauernbundes. Von Dr. Heinrich Gerdes. (30. Band.) Die Grundbegriffe der modernen Naturlehre. Von Professor Dr. Felix Auerbach. (40. Band.) Die Ralte, ihr Wesen, ihre Erzeugung und Verwertung. Von Dr. H. M. Mit 45 Abbildungen und 2 Tafeln. (31. Band.) Herz, Mineralstoffe und Blut und deren Erkrankungen. Von Dr. Heinrich Kohn. (32. Band.) Preis pro Band geb. 1 M., geb. 1,25 M. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	28. 7.	27. 7.		28. 7.	27. 7.
	95	—8	Saale, Großh.	114	—10
Regel, Tüft	—23	—2	Qabel, Sandau <sup>1)</sup>	63	—2
Regel, Jüterburg	134	+6	Rathenow <sup>1)</sup>	85	—1
Regel, Tüft	273	+31	Spree, Spremberg <sup>1)</sup>	182	—1
Regel, Krotzen	192	—21	Seehof	60	+2
Regel, Frankfurt	211	—12	Elbe, Rindow	—	0
Regel, Schimm	—	—	Elbe, Rindow	—	—1
Regel, Landsberg	18	—7	Elbe, Magdalenbau	84	—11
Regel, Borsdorf	—8	—2	Elbe, Rindow	—	—2
Regel, Leitzmeritz	18	—17	Elbe, Rindow	—	—2
Regel, Dresden	—90	0	Regel, Heideborn	—	—11
Regel, Barby	180	—12	Regel, Bietzen	171	—2
Regel, Magdeburg	154	—10	Regel, Lier	120	—13

1) + bedeutet Hoch, — Niedrig. — Unterpost.